

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis: sechs Monate 3.30 RM, monatlich 1.10 RM, vierteljährlich 2.20 RM, frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummern mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Belegungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berlangungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Einseitige und Schließliche Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erhältlich täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983. **Dienstag, den 22. Mai 1906.** Expedition: SW. 68, Lindenstraße 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die preussische Praxis des gesetzlichen Arbeiterschutzes im Jahre 1905.

Nach den Aufzeichnungen der Gewerbeaufsichtsbeamten waren in den Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen ganz Preußens beschäftigt:

	im Jahre		Zunahme 1904 auf 1905
	1905	1904	
Kinder unter 14 Jahren	2 352	2 430	—
Anaben	1 509	1 534	—
Mädchen	843	896	—
Kinder von 14—16 Jahren	201 651	189 697	6,3
Anaben	182 597	124 905	6,7
Mädchen	69 054	65 892	5,8
Arbeiterinnen über 16 Jahren	509 962	487 738	4,6
Arbeit. von 16—21 Jahren	214 571	201 044	6,7
Arbeit. über 21 Jahren	295 391	286 694	3,—
Männliche Arbeiter über 16 Jahren	2 124 960	2 025 080	4,9

Die Schwankungen in der Zahl der beschäftigten Kinder unter 14 Jahren sind ohne Bedeutung, da sie von zufälligen Umständen abhängen. Der Berliner Bericht macht aber darauf aufmerksam, daß offenbar die Zahl der tatsächlich beschäftigten Kinder die angegebenen Ziffern nicht unbedeutend übersteigt. Die Erhebungen hierüber würden dadurch erschwert, daß einmal ein großer Teil dieser Kinder vorwiegend oder ausschließlich zu Botengängen verwendet wird und infolgedessen in den Betrieben nur selten und zufällig anzutreffen ist, und daß zum anderen vielfach die Kinder selbst wie auch ihre gesetzlichen Vertreter bestrebt sind, diese Tätigkeit möglichst zu verheimlichen. Recht bedeutend sei auch die Zahl derjenigen Kinder, welche zur Heimarbeit herangezogen werden.

Im weiteren weist der Berliner Bericht darauf hin, daß die Zahl der beschäftigten Kinder zwischen 14 und 16 Jahren wiederum um rund 1500 zugenommen hat. Diese Zunahme entspreche aber noch nicht dem gesteigerten Bedürfnisse, das durch das erneute Aufblühen der gesamten Industrie hervorgerufen ist. So werde namentlich in der Konfektionsindustrie über Mangel an jungen Leuten und zumal an Wehrmädchen geklagt. Dieser Mangel werde vielfach dem Umstande zugeschrieben, daß diese Personen, und besonders die weiblichen, immer mehr in den Warenhäusern Stellung nehmen, wo sie keine längere Lehrzeit durchzumachen brauchen und meist von Anfang an Gehalt bekommen. In den kleineren Städten der Regierungsbezirke Königsberg und Allenstein klagen nicht selten Bäcker und Schuhmacher darüber, daß sie keine Lehrlinge bekommen könnten. Ebenso haben die Hanauer Bijouteriefabrikanten nicht genügend Lehrlinge einstellen können.

Wiel häufiger sind in den Berichten die Klagen über Mangel an Arbeiterinnen über 16 Jahre. In Berlin ist die Zahl dieser Arbeiterinnen um rund 1500 gewachsen. Trotzdem soll sich hier ein Mangel an Arbeiterinnen hauptsächlich in der Konfektion, der Schokoladenindustrie und den sonstigen Saisonindustrien bemerkbar gemacht haben, die jetzt für die kurzen Zeiten des gesteigerten Geschäftsverkehrs kaum noch Aushilfsarbeiterinnen in nennenswerter Zahl bekommen können. Ähnlich lagen die Verhältnisse in mehreren anderen Bezirken. Für die Arbeiterinnen ist es ein erfreulicher Fortschritt, daß der Unternehmer nicht mehr so leicht Aushilfskräfte bekommt, die er nach einigen Wochen wieder entläßt. Denn die Unternehmer sehen sich dadurch genötigt, die erforderliche Anzahl von Arbeiterinnen dauernd zu behalten, und die Arbeit demgemäß möglichst zu verteilen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß — wenn der Unternehmer gar nicht anders kann — eine solche Verteilung der Arbeit auch in mancher Saisonindustrie ganz gut möglich ist.

Ebenso herrsche in fast allen Bezirken ein Mangel an männlichen Arbeitern über 16 Jahre. Die günstige Geschäftslage des vorigen Jahres veranlaßte die Unternehmer, ihren Betrieb, so weit es irgend ging, auszuweiden. Dies hatte zwar in den meisten Fällen und im ganzen genommen eine Zunahme in der Zahl der beschäftigten Arbeiter zur Folge. In einzelnen Fällen jedoch wurde die Steigerung der Produktion dank der Einführung von Maschinen und des Erlasses der bisherigen Maschinen durch leistungsfähigere erreicht, und damit war eine Vergrößerung des Arbeiterpersonals vermieden.

Selbstverständlich nützen auch die Arbeiter die günstige Geschäftslage dort, wo sie den nötigen Galt an einer starken Gewerkschaft hatten, möglichst dazu aus, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen. Der Berliner Bericht bezeichnet die Erwerbsverhältnisse, namentlich der gelehrten Arbeiter, als günstig. Das Einkommen dieser Arbeiter habe eine Steigerung erfahren, nicht nur durch Lohnsteigerung, sondern auch, weil der Verdienst stetig war und jeder, der Arbeit suchte, sie bald finden konnte. Trotzdem kann — dieser Erkenntnis konnten sich die Beamten denn noch nicht verschließen — von einer allgemeinen Besserung der Lebenshaltung nicht die Rede sein.

Wenn auch keine Wohnungsnot vorhanden gewesen, also die Ausgaben für Wohnung nicht gesteigert zu werden brauchten, so sei doch eine starke Verteuerung der Lebensmittel, insbesondere des Fleisches und der Gebrauchsgegenstände eingetreten.

Wichtiger sind die Erfolge, welche ein Teil der Arbeiter in bezug auf die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit erreicht hat. Dabei hat sich ergeben, daß genau so, wo die Sozialdemokraten schon seit langer Zeit behauptet haben, unsere Industrie sich sehr gut mit einer kürzeren Arbeitszeit abzufinden vermag. Besonders lehrreich ist das Vorgehen der Betriebsleitung in einer Holzmittelfabrik des Regierungsbezirks Potsdam. In der Presserei dieser Fabrik wurde die Arbeitszeit von 8 auf 7 Stunden herabgesetzt, ohne die Akkordsätze zu verändern. Die Arbeiter hatten sich anfangs dagegen gestäubt, weil sie eine Verringerung ihres Arbeitsverdienstes befürchteten. Es hat sich aber gezeigt, daß schon nach wenigen Tagen die Leistung der Arbeiter die gleiche Höhe erreicht hatte wie vordem bei der längeren Arbeitszeit. Auf diese Weise ist es der Firma gelungen, im Laufe von etwa 8 Jahren die Arbeitszeit unter Aufrechterhaltung der Akkordsätze von 10 auf 7 Stunden zu verringern.

Trotzdem wird in manchen Industriezweigen noch immer unvernünftig lang gearbeitet. Selbst in Berlin ist dies der Fall. So sind es in der Konfektionsindustrie namentlich die Bügler, die häufig in die Nacht hinein und des Sonnabends mitunter sogar die ganze Nacht hindurch tätig sein müssen. Da es sich hier ausschließlich um männliche Arbeiter über 16 Jahre handelt, so bietet — wie der Gewerbeinspektor hervorhebt — die gegenwärtige Gesetzgebung nur dann eine Handhabe zur Beseitigung dieses Mißstandes, wenn sich die Arbeit bis in Sonntag- oder Festtage hinein ausdehnt. — Ebenso wurden außerordentlich lange Arbeitszeiten bis zu 17 Stunden wieder in einzelnen wenigen Fleischereien ermittelt. Ein gesetzlich festgelegter Maximalarbeitsstag für alle Arbeiter ist eben eine dringende Notwendigkeit.

Die preussischen Behörden freilich erschweren den Arbeitern die Erlangung kürzerer Arbeitszeiten durch die Bewilligung von Ueberstunden für Arbeiterinnen und von Sonntagsarbeit für männliche Arbeiter. Im letzten Jahre wurden bewilligt:

- an den Wochentagen außer Sonnabend für 55 951 Arbeiterinnen auf 693 953 $\frac{1}{2}$ Ueberstunden gegen 53 405 „ 868 732 $\frac{1}{4}$ „ im Vorjahre
- an den Sonnabenden die Erlaubnis zur Ueberarbeit für 11 549 Arbeiterinnen gegen 10 060 „ im Vorjahre
- Sonntagsarbeit männlicher Arbeiter über 16 Jahre 693 194 $\frac{1}{2}$ Arbeitsstunden gegen 694 425 $\frac{1}{4}$ „ im Vorjahre.

Die Ueberstundenwirtschaft wird also weiter und weiter getrieben, zum Teil ist sie sogar schlimmer geworden, als sie im Vorjahre gewesen ist. Kein Wunder, daß es noch so viele Unternehmer gibt, welche die wenigen bestehenden Arbeiterschutzbestimmungen offenbar nicht recht ernst nehmen. Die Gewerbeaufsichtsbeamten ermittelten:

- Zu widerhandlungen gegen die Schutzbestimmungen für die beschäftigten Kinder: in 6015 Anlagen, gegen 7405 „ im Vorjahre.
- Zu widerhandlungen gegen die Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen: in 4044 Anlagen, gegen 2803 „ im Vorjahre.

Die Zahl der Ermittelungen ist demnach erheblich größer geworden. Trotzdem ist nur der kleinste Teil der tatsächlich vorgekommenen Zu widerhandlungen zur Kenntnis der Beamten gelangt. Bestrafungen sind wegen der ermittelten Zu widerhandlungen, soweit sie sich auf die Beschäftigung der Kinder beziehen, nur in 1291 Fällen erfolgt, in 1408 Fällen dagegen im Vorjahre. Trotzdem die Zahl der Anlagen, in welchen Zu widerhandlungen ermittelt worden sind, größer war, ist die Zahl der bestrafte Personen geringer. Gegen die Unternehmer wurde eine noch größere Nachsicht als im Vorjahre geübt. Ähnlich verhält es sich bei den Zu widerhandlungen gegen die Schutzbestimmungen für die Arbeiterinnen. Die Zahl der Bestrafungen ist zwar von 576 im Vorjahre auf 657 gestiegen. Diese Steigerung ist aber um so viel geringer als die Zahl der Anlagen, in welchen Zu widerhandlungen ermittelt worden sind, daß im letzten Jahre nur in $\frac{1}{5}$ der Fälle, im Vorjahre dagegen in $\frac{1}{3}$ der Fälle eine Bestrafung eingetreten ist.

Die in den Berichten mitgeteilten einzelnen Fälle zeigen, mit welcher Rücksichtslosigkeit manche Unternehmer die Gesundheit der Arbeiter aufs Spiel setzen. Im Regierungsbezirk Minden z. B. wurde festgestellt, daß ein noch schulpflichtiger Knabe von einem Gastwirt bis 3 $\frac{1}{2}$ Uhr nachts mit Gläsern beschäftigt worden war. In einer Wassermühle des Regierungsbezirkes Marienwerder wurde ein Lehrling in der Nacht und am Sonntage beschäftigt. Wie unsinnig es übrigens ist, daß die beschäftigten Kinder über 16 Jahre in bezug auf den Arbeiterschutz als erwachsene Personen behandelt werden, zeigt uns wieder einmal der Doppelner Bericht. Nach demselben ist wiederholt die Wahrnehmung gemacht worden, daß junge

Arbeiter, wenn sie nach Vollendung des 16. Lebensjahres zur Nachtschicht herangezogen werden, noch ein großes Schlafbedürfnis zeigen und deshalb der Versuchung, sich an einer verborgenen Stelle dem Schlafe hinzugeben, nicht widerstehen können. Aus diesem Anlaß sind in Hochofenbetrieben schon mehrere Unglücksfälle vorgekommen. Die Jungen hatten sich Stellen in der Nähe von Gasleitungen zum Ausruhen ausgesucht und wurden während des Schlafes durch ausströmendes Gas vergiftet. — Die Arbeiterinnen wurden häufig zu solchen Beschäftigungen gezwungen, die für sie ganz und gar nicht paßten. Ruhte doch selbst noch in Berlin eine Arbeiterin aus einem Kesselraume entfernt werden, in dem sie entgegen der Vorschrift der Genehmigungsurkunde für die Anlage die Wartung des Dampfessels besorgte. — Endlich ist die Zahl derjenigen Fälle auffallend groß, in denen Unternehmer vor den Strafrichtern gestellt werden mußten, weil sie es an den notwendigsten Schutzvorrichtungen gegen Betriebsunfälle oder Schädigungen der Gesundheit der Arbeiter fehlen ließen. Freilich erkannten die Gerichte zum Teil auf so geringe Strafen gegen die Unternehmer, daß praktisch nicht viel erreicht wurde. So zeigen die neuesten Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten wieder, daß es in unserem gegneten Preußen mit dem gesetzlichen Arbeiterschutz noch sehr mäßig bestellt ist.

Die Revolution in Rußland.

Trepow Triumphator!

Der Zar hat es auf Rat gewisser Hofpersönlichkeiten, in erster Linie Trepows, abgesehen, die Adresse der Duma persönlich entgegenzunehmen. Dem Präsidenten der Duma Kurozow gelang es nicht, eine Audienz beim Zaren durch Vermittelung des Hofministeriums herbeizuführen, nachdem er am Sonnabend von Peterhof zurückgekehrt war, wo er keine Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem Zaren fand. In Hofkreisen herrscht Empörung über den von der Duma zur Schau getragenen Mangel an Respekt gegenüber dem Zaren, und man ist fest entschlossen, durchzusetzen, daß die Adresse nur dem Ministerpräsidenten Goremykin zur Erwägung im Ministerrat überwiesen werde. Die Beziehungen zwischen der Regierung und der Duma sind sehr gespannt.

Die Antwort der Duma.

Petersburg, 21. Mai. Die auf heute vormittag 11 Uhr angesetzte Sitzung der Duma wurde mit $\frac{1}{2}$ stündiger Verspätung eröffnet. Die Parteien benutzten die Zeit zur Besprechung des Verhaltens gegenüber dem Schreiben des Ministerpräsidenten an den Präsidenten der Duma, in dem Goremykin mitteilt, die Adresse der Duma sei dem Kaiser nicht durch eine Deputation, sondern gleich derjenigen des Reichstages durch eine besondere Eingabe des Präsidenten zu unterbreiten. Bei Eröffnung der Sitzung verlas der Präsident Kurozow das Schreiben Goremykins, wobei das Haus vollkommene Ruhe bewahrte. Nachdem mehrere Redner die Ansicht vertreten hatten, daß es sich hier um eine Formfrage handle, die keinesfalls zu einem Konflikt mit der Regierung führen dürfe, beschloß die Duma, die Adresse mittels Immediateeingabe ihres Präsidenten an den Kaiser zu übermitteln. Während dieser Vorgänge herrschte im Hause vollständige Ordnung, der Ministerisch war leer, nur einige Reichsräte waren anwesend. Hierauf trat das Haus in die Tagesordnung, Mandatsprüfungen, ein.

Petersburg, 21. Mai. Der Beschluß der Reichsduma, die Adresse dem Kaiser mittels Immediateeingabe des Präsidenten zu überreichen, geschah durch einstimmige Annahme einer vom Abgeordneten Nowgorodzew (Jelaterinow) eingebrachten Resolution der Partei der Volkfreiheit, welche besagt: Von der Annahme ausgehend, daß die Bedeutung der Antwort auf die Thronrede in dem Inhalt, nicht in der Art der Ueberreichung liegt, geht die Duma zur Tagesordnung über und stellt die Erörterung über eine Frage ein, die durchaus nicht die Rechte und die Bedeutung der Duma berührt. Im Laufe der Beratung über diese Resolution wies Kladin (Simbirsk) darauf hin, daß Abordnungen der Parlamente überall empfangen würden; daß Volk werde die der Duma bereiteten Schwierigkeiten nach Gebühr zu schätzen wissen. Nowalewoff führte Beispiele aus der parlamentarischen Praxis anderer Länder an, wo die Adressen ohne jede Feilheit überreicht werden. Redner trat für Annahme der Resolution ein.

Rabakow hob den Unterschied zwischen den Abordnungen, welche um etwas bitten, und der Abordnung der Duma hervor, deren Charakter ein ganz anderer sei. Die Ablehnung des Empfangs durch den Kaiser ändere nicht die Bedeutung der Adresse. Wichtig sei das Wesen, nicht die Form. Er bat, den Antrag anzunehmen. Hierauf erfolgte die Annahme der Resolution. Die von einem Abgeordneten betonte Notwendigkeit, den Ausschreitungen auf die Tagesordnung zu setzen, beantwortete Rabakow mit dem Hinweis, daß ein derartiger Entwurf gar nicht eingebracht sei.

Der 1. Mai in Petersburg.

Nach den Angaben der offiziellen Nowoje Wremja beträgt die Zahl der Betriebe, die am 1. Mai ruhten, mehr als 500. Die Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter wird auf 110 000 Mann berechnet. Nur kleine Fabriken, die etwa 10 bis 30 Arbeiter beschäftigen, und einige Krow-

Betriebe haben die Arbeit nicht eingestellt. Auf dem Uferquai vor dem Gefängnis „Kreuz“ hatte sich eine Menge Arbeiter angeammelt, die von Zeit zu Zeit rufe: „Amnestie! Amnestie!“ ausstieß. Dann wurden Bücher geschwenkt, worauf aus dem Gefängnis Hände, Bücher, weiße und rote, zum Vorschein kamen. Auf der Insel „Golodaj“ haben die örtlichen Arbeiter eine Demonstration auf der Rewa veranstaltet. Sie mieteten eine Anzahl Ruderboote, ruderten durch den Fluß und sangen revolutionäre Lieder. An den Booten waren Fahnen mit den Aufschriften: „Achtstündiger Arbeitstag!“, „Amnestie!“ usw. befestigt.

In dem Arbeiterviertel Gadowj versammelte sich um 9 Uhr morgens eine Menge Arbeiter, die eine Anzahl roter Fahnen entfaltete und die Marzeflaire sang. Um 12 Uhr näherte sich eine bedeutende Zahl von Arbeitern einer Fabrik, in der gearbeitet wurde, und wollte die arbeitenden Genossen bestimmen, die Fabrik zu verlassen. Es mißlang, da die auf der Fabrik anwesende Infanterie und die Kosaken die Menge auseinandertrieben. Es kam dabei zu leichten Verletzungen.

Auf dem sogenannten kleinen Prospekt des Wassili Ostrow demonstrierte eine aus etwa 1000 Arbeitern bestehende Menge. Die Polizei und Kosaken trieben sie auseinander. Einige Demonstranten wurden festgenommen.

Auf dem anderen Ufer der Rewa, in dem Vorort Ochtsa, fand ein Meeting statt, das mehr als 5000 Mann versammelte. Die Redner forderten die Arbeiter zur Einigung auf und erklärten die Bedeutung des 1. Mai. In einiger Entfernung befand sich eine Kette Polizisten, die die Veranstaltung eines Umzuges hinderte.

Ein Anschlag gegen die Duma.

London, 21. Mai. Von einem militärischen Anschlag gegen die Duma will der Petersburger Korrespondent der „Tribüne“ aus unanfechtbarer Quelle Kenntnis haben. Es sei in stark besuchten Versammlungen der Gardebataillone ein genauer Plan ausgearbeitet worden, wonach die Verschwörer die Duma umzingeln, alle Abgeordneten verhaften und den General Trepow zum militärischen Diktator Rußlands ausrufen wollen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Mai.

Hochzöllner und militaristische Demagogen.

Von agrarischen Hochzöllnern wurden heute die Wucherzöllner befallen, als der schwedisch-deutsche Handelsvertrag zur Beratung im Reichstage stand. Stundenlang mühten sie sich ab, die Bedenken aufzumarschieren zu lassen, die ihnen in dem Vertrag aufgetoßen sind. Sie erreichten auch damit die Verweisung des Vertrages an eine Kommission.

Dann trat das Haus in die zweite Beratung der Militärpensionsgesetze ein. Die Parteien sind übereingekommen, trotz aller Bedenken, die sie gegen einzelne Bestimmungen der betreffenden Vorlagen haben, die Beratung dadurch zu fördern, daß sie auf Wiedereinbringung ihrer abgelehnten Anträge verzichten, damit für die Pensionberechtigten endlich das „Gangen und Gehen in schwebender Weis“ ein Ende nimmt.

Gegen diese Abmachung unternahmen die Nationalliberalen einen demagogischen Streich und stellten Anträge auf Erhöhung der Pensionen. Nunmehr erhoben die übrigen Parteien Widerspruch gegen die Sammelberatung einer Reihe von Paragraphen, sowie gegen die en bloc-Akzeptanz des übrigen Teiles des Gesetzes. Dabei wurde die Loyalität der Nationalliberalen weidlich gekennzeichnet. Genosse Singer konstatierte z. B., daß unsere Genossen in der Kommission Anträge auf Pensionserhöhungen stellten, die abgelehnt wurden, aber nun von den Nationalliberalen eingebracht worden sind, damit nach außen der Eindruck erweckt werde, als interessierten sich die Nationalliberalen für die Militärpensionäre am meisten.

Nach dieser Durchkreuzung des demagogischen Spieles suchte Graf Oriola den Vorgang auf Mißverständnisse zurückzuführen und zog unter dem Gelächter des Hauses seine Anträge zurück. Daraufhin gaben die übrigen Parteien ihren Widerspruch auf, und die vereinbarte Behandlung der Vorlagen trat ein.

Von unserer Seite präziserte Genosse Schöpflin den Standpunkt unserer Fraktion zu dem Pensionsgesetz für die Offiziere, das nach mehrstündiger Beratung nach den Beschlüssen der Kommission angenommen wurde.

Die Parade des Flottenvereins.

Die Generalversammlung des Flottenvereins in Hamburg hat in der Tat den Verlauf genommen, den wir in unserer Sonntagsnummer vorausgesagt. Man hat jeden Konflikt mit dem bayerischen Flügel vermieden und nach außen hin volle Einigkeit markiert. Eine interne Auseinandersetzung über die Stellungnahme des Vereins zum Flottengesetz war ja auch schon deshalb überflüssig, weil am Sonnabend die Flottenvorlage in dritter Lesung angenommen und damit das Schicksal dieses Gesetzes definitiv entschieden war. Den Flottentribünen blieb nichts anderes übrig, als allgemeine programmatische Forderungen aufzustellen und die öffentliche Meinung künftig noch energischer als bisher zugunsten unserer Flottenvermehrungspläne zu bearbeiten. In diesem Sinne waren denn auch die Referate und Resolutionen der Generalversammlung gehalten.

Bemerkenswert war es, daß kein geringerer als der Bruder des Kaisers, Prinz Heinrich, die Generalversammlung besuchte, doch alle „Fraktionen persönlich und korporativer Natur auszuschalten“. Aufgabe des Vereins sei es, auch jenen Teil der Bevölkerung, der noch nicht für die Marine schwärme, „aufzuklären“ und zu „erziehen“. In der Diskussion wurde von allen Seiten betont, daß das Hauptziel der Vereinspolitik die Erhaltung der Einigkeit sein müsse. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„In der Ueberzeugung, daß trotz der erfolgten Annahme der Flottenvorlage durch den Reichstag die Ziele des deutschen Flottenvereins noch nicht erreicht sind, das Vaterland vielmehr von dem Besitz einer starken Flotte noch weit entfernt ist, erkennt die Hauptversammlung es nach wie vor als Aufgabe des Vereins an, für den schnelleren Ersatz der minderwertigen Schiffe durch vollwertige einzutreten.“

Auch der „gemäßigtere“ bayerische Flügel des Flottenvereins bekannte sich also rückhaltlos zu der Forderung schnelleren Flottenrüstens, als es im Rahmen des durch die Flottennovelle ergänzten Flottengesetzes vorgesehen ist. Für den ganzen Flottenverein, auch den vom Zentrum beeinflussten Teil gilt also die Parole: „Nun aber weiter!“

Auf die Friedensreden jenseits des Kanals gab der Vorsitzende des Vereins, Fürst zu Salm-Horstmar, in einem Referate folgende Antwort:

„Friede auf Erden — ein schönes Bild für Völler Feierstunden! In der Verlagsstimmung sieht aber die friedliche „Völlerfamilie“ weit öfter aus wie der „Löwengarten“ des Königs Franz:

Und rings im Kreis,

Von Nord nach Süd

Lagern sich die grünen Ähren.

Die neue Aufgabe, die die Zeit dem Volke stellt, ist: Es muß den Willen zur Macht finden. Denn der Wille zur Macht, in diesen nur ein dunkler Naturdrang, wird zur sittlichen Pflicht für ein Volk, das die Gaben sieht, die Gott ihm verliehen hat. Für ein Leben in den Kriegen und Eiden ist unser deutsches Volk zu gut, es muß sich berufen fühlen zum Höchsten; es muß sich berufen fühlen, ein Herrenvolk zu sein, dessen geringstes Glied noch von dem Bewußtsein durchzuckt wird: Wir sitzen mit am Spiel, wo die Geschichte unserer Erde gemacht wird! Das kostet freilich Opfer. Aber ein edles Volk erschrickt vor keiner neuen Aufgabe, es greift zu und vollbringt das Große, nicht obwohl, sondern weil es unumgänglich schien.“

Der Kaiser beantwortete ein Guldigungstelegramm durch folgende Depesche:

„Ich habe mich über das treue Bedenken der zur sechsten ordentlichen Hauptversammlung vereinigten Mitglieder des Deutschen Flottenvereins sehr gefreut und erlaube Euer Durchlaucht, allen Beteiligten meinen wärmsten Dank auszusprechen.“

Wilhelm I. R.“

Die neue Flottenvorlage wird nicht lange auf sich warten lassen!

Im Kampf um die Selbstverwaltung der Gemeinden.

Stuttgart, 19. Mai. (Fig. Ver.)

Die Zweite Kammer des württembergischen Landtags hat jetzt wiederum die Gemeindeordnungsnovelle durchberaten, nachdem sie durch die Kammer der Ständeherren, meistens im Einverständnis mit der Regierung, in verschiedenen für die Selbstverwaltung der Gemeinden wichtigen Punkten rückwärts revidiert worden war. Leider zeigte die Zweite Kammer gegen diese Verschlechterungsbemühungen sehr wenig Rückgrat. Sie legte eine bewundernswürdige Nachgiebigkeit an den Tag, die für den bevorstehenden Kampf der beiden Kammern um die Verfassungsreform nicht viel Gutes erwarten läßt.

Eine der strittigen Bestimmungen betraf die Befugnis der Gemeinden, Gemeindefestungen (Ortsstatute) mit Gesetzeskraft im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften zu erlassen. Die Regierung verlangte für diese Ortsstatute das unbeschränkte „Genehmigungsrecht“, während die Zweite Kammer bei ihrer ersten Beratung des Gesetzes der Regierung nur ein „Vollziehbarkeitsrecht“ zugestanden hatte.

Die Furcht vor der in die Gemeindeverwaltungen immer stärker eindringenden Sozialdemokratie hatte die Erste Kammer veranlaßt, die Wünsche der Regierung zu erfüllen und das Recht der Gemeinden zum Erlass von Ortsstatuten sogar materiell nur auf die in der Gemeindeordnung vorgesehenen Angelegenheiten zu beschränken. Vergebens wandte sich hiergegen von unserer Seite der Genosse Aloß, für die Volkspartei Konrad Haugmann und selbst der konservative Abgeordnete Kraut meinte, daß eine solche Beschränkung den „Tod der Selbstverwaltung“ bedeute. Das Zentrum und die Privilegierten, sowie zwei Nationalliberale verschafften der reaktionären Fassung dieses Paragraphen eine knappe Mehrheit.

Ebenso wichen die bürgerlichen Parteien mutig zurück bei einer Frage, in der die Autorität des allgemeinen Wahlrechts von der Regierung und Ersten Kammer selbst angefochten wurde. In Württemberg werden die Ortsvorsteher von der Bürgerchaft auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts direkt gewählt. Die Zweite Kammer hatte bereits, trotz des Widerspruches der Sozialdemokratie, bei der ersten Beratung der Gemeindeordnung der Regierung ein Befähigungsrecht für diejenigen Ortsvorsteher zugestanden, welche erstmals nicht volle Zweidrittelmehrheit erhalten, und die bei wiederholter Aufstellung nach Ablauf ihrer Amtsperiode weniger als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen erhalten. Diese schon viel zu weit gehende „Restitutur“ des allgemeinen Wahlrechts genügte der Regierung aber noch nicht. Sie setzte daher in der Ersten Kammer durch, daß sie das unbeschränkte Befähigungsrecht für alle mit weniger als Zweidrittelmehrheit gewählten Ortsvorsteher erhielt. Und selbst bei denen, die mehr als Zweidrittel aller Stimmen erhielten, soll sie das Recht haben, die Befähigung zu verweigern, wenn das zuständige Disziplinargericht den Gewählten als unzulänglich zur Verübung des Amtes erklärt hat. Es versteht sich, daß eine solche Maßnahme der Bureaukratie von großer politischer Bedeutung werden kann, wenn z. B. eine sozialdemokratische Mehrheit der Wählererschaft einem der Regierung wegen seiner politischen Anschauungen nicht genehmen Kandidaten zum Siege verhilft. Bei der nunmehrigen Beratung dieser Beschlüsse des Oberhauses durch die Zweite Kammer, ließen die bürgerlichen Parteien leider jede Energie und Konsequenz vermissen. Am dramatischsten schloß in diesen Debatten die Volkspartei ab, die erst den Nütigen markierte und beantragte, an den früheren Beschlüssen festzuhalten, und die Ansprüche der Regierung dadurch zurückzuweisen. Sie zog diesen Antrag aber schließlich zurück, als sie merkte, daß er durch die Unterstützung des Zentrums und der Sozialdemokratie in der Lage war, eine Mehrheit zu erhalten. Als dann der sozialdemokratische Abg. Keil den zurückgezogenen Antrag der Volkspartei, durch den sie, wie Haugmann sich ausgedrückt hatte, ihren „prinzipiellen Standpunkt“ zum Ausdruck bringen wollen, wieder aufnahm, beging die Volkspartei das schmerzlich Angewöhnliche, in namentlicher Abstimmung gegen den eigenen Antrag zu stimmen! Bei dieser Gelegenheit zeigte sich wieder einmal die völlige taktische Unfähigkeit der volksparteilichen Führerschaft im hellsten Lichte. Die Volksparteiler möchten vor der Wählererschaft so gern als die zuverlässigen Hüter demokratischer Grundforderungen gelten, und andererseits fühlen sie sich im Landtage, als dessen stärkste Partei, berufen, bei der Gesetzgebung positiv, sozusagen „staatsmännlich“ mitzuwirken, werden jedoch bei den Versuchen nach dieser Richtung hin durch die im taktischen Wandern viel geschickteren Gegner fast regelmäßig, und so auch diesmal wieder, auf den Sand gesetzt.

In der Sache selbst wurde schließlich ein schwächlicher Kompromißantrag angenommen, wonach die Regierung auch einem mit absoluter Mehrheit wieder gewählten Ortsvorsteher die Befähigung verweigern kann, wenn sie selbst (!) der Meinung ist, daß unter seiner bisherigen Amtsführung die Gemeindeverwaltung oder die ihm übertragenen Angelegenheiten notgedrungen haben.

Von Bedeutung ist aus den weiteren Verhandlungen noch, daß die Erste Kammer die Herabsetzung der Gebühr für die Erwerbung des Bürgerrechts und somit des kommunalen Wahlrechts auf 2 M. unter Hinweis auf die drohende Gefahr des Anwachsens der Sozialdemokratie in den Gemeindeverwaltungen abgelehnt hatte. Hier gab die Zweite Kammer der Ersten erfreulicherweise nicht nach. Für die Sozialdemokratie begründete Abg. Keil nochmals ausführlich, wie wichtig die Anteilnahme der arbeitenden Bevölkerung an der Regelung der Gemeindeverwaltung sei. Es verblieb sodann auch bei der Herabsetzung der Bürgerrechtsgebühr auf 2 M.

Nun hat sich wieder die Erste Kammer zu diesen Beschlüssen zu äußern.

Die Stichwahlen in Frankreich.

Der gestrige französische Stichwahltag hat nicht nur gehalten, was unsere französischen Genossen und die Radikalen von ihm erwarteten, er hat diese Erwartungen noch übertroffen. Noch schärfer als bei den Wahlen am 6. d. M. tritt die antikerikale Strömung hervor, die nicht nur Paris, nicht nur die Zentren des Handels und der Industrie, sondern selbst viele ländliche Distrikte erfasst hat. 156 Stichwahlen

waren gestern zu vollziehen, darunter eine in La Martinique, die bisher noch nicht bekannt ist, wahrscheinlich aber einem Radikalen den Sieg gebracht hat. Von den übrigen 155 Stichwahlen sind nur 15 günstig für die Kerikalen und den zu ihnen haltenden Parteigruppen ausgefallen; 140 Mandate fielen den Radikalen und unseren Genossen zu. Hatte schon der erste Wahlgang diesen Parteien einen Reingewinn von 22 Mandaten gebracht, so ist dieser gestern noch um 35 weitere Mandate vermehrt worden, so daß voraussichtlich (mit Einschluß des Ergebnisses von La Martinique) 413 Mitglieder des Bloc und der sozialistischen Fraktion 177 Kerikalen, Konservativen und Progressisten gegenüberstehen werden.

Sehr günstig ist die Stichwahl für unsere französischen Genossen, die geeinigten Sozialisten, ausgefallen. In der letzten Kammer hatten sie 39 Sitze inne. Davon haben sie im ersten Wahlgang, am 6. Mai, 29 Sitze wiedererlangt. Gestern sind nach den bisher eingelaufenen telegraphischen Meldungen noch 26 Sitze hinzugekommen, so daß der Gewinn im ganzen 16 Mandate beträgt. Außerdem haben die sogenannten unabhängigen oder parlamentarischen Sozialisten, die in der letzten Kammer 15 Mitglieder zählten, zwei neue Mandate erobert; sie rücken also 17 Mann stark in das Parlament ein; doch bedeutet diese Verstärkung der „unabhängigen“ Sozialisten keinen Vorteil für die sozialistische Bewegung. Waren bisher schon diese „Unabhängigen“ zum größten Teil nichts anderes als solgarme Diener der Bourgeoispartei, so hat sich jetzt ihre Qualität durch die Hinzunahme einiger höchst zweifelhafter Kantonalisten eher verschlechtert, als verbessert.

Auch die den Sozialisten am nächsten stehenden Radikalen, die sogenannten sozialistischen Radikalen, haben ihren Bestand um 27 Mandate vermehrt.

Paris, 21. Mai. Nach den hier vorliegenden Stichwahlergebnissen ist die Besetzung von im ganzen 585 Deputiertenstellen bekannt. Es verkörtern die Radikalen 20, die Progressisten 35 Sitze, die Konservativen und Liberalen gewinnen 1 Sitz; auf der anderen Seite beträgt der Gewinn der republikanischen Linken 11, der sozialistischen Radikalen 27, der vereinigten Sozialisten 16, der unabhängigen Sozialisten 2 Sitze.

Paris, 21. Mai. Unter den in Paris Gewählten befinden sich die Sozialisten Allemane, Paschal Groussot, die sozialistischen Radikalen Magnaud, genannt Le Juge, Duiffon, Chantard, Vorsitzender des Gemeinderats, der Nationalist Tournade. In St. Denis siegte der sozialistische Radikale Depasse über den Nationalisten Guvot de Villeneuve, den Veröffentlichung der Auskunftsgeheimnisse. In Angoulême siegte der Radikale Mulac über Déroulède, in Cambéry wurde der Radikale Reinach gewählt, in Fontainebleau der Republikaner Abbot Lator. In Pontoise siegte der Radikale Aumont über den Nationalisten Major Driant. Schwiegersohn Boulanger, in Rézac wurde gewählt der sozialistische Radikale Lagasse, der seinerzeitige Verteidiger Esterhazy, in Uzès unterlag der konservative Herzog von Uzès gegen den sozialistischen Radikalen Poisson.

Paris, 21. Mai. In Vrest, wo der von den Sozialisten heftig bekämpfte Präsident des „Gelben Syndikats“ Biétry gewählt wurde, fanden lärmende Demonstrationen vor dem Redaktionsbureau der gemäßigt-republikanischen Zeitung „Dépêche“ statt. In Le Vigan (Departement Gard) sprengten mit Hacken und Knüppeln bewaffnete Anhänger des Kerikalen Kandidaten, der unterlegen war, das Tor der Unterpräfectur und drangen in das Haus ein, wurden jedoch von der Gendarmerie vertrieben.

Paris, 21. Mai. Die oppositionellen Blätter geben unerbötlich zu, daß ihre Partei eine weit über die schlimmsten Befürchtungen hinausgehende Niederlage erlitten habe und erklären, daß der Sieg des Blocs vor allem einen Sieg der revolutionären Sozialisten bedeute. Die bezeichnendste Erscheinung sei die Vermehrung der geeinigten sozialistischen Parteien, welche in ihren Reihen Anhänger des unveröhnlichen Kerikalismus und des internationalen antimilitaristischen Herdeismus zählten. Die radikalen und sozialistischen Blätter erklären, Frankreich habe durch die Wahl den lebhaftesten Willen bekundet, die Politik der Republik und der sozialistischen Reformen aufrecht zu erhalten. Als besonders charakteristisch für den Zusammenbruch der Antiblocparteien und mit besonderer Befriedigung haben die radikalen Blätter die Niederlage des Obersten Marchand, des Hauptmanns Guvot de Villeneuve, des Majors Driant und die des Führers der gemäßigten Republikaner Grafen Rontebello hervor, welcher in Reims gegen den radikalen Bürgermeister Pozzy unterlag.

Paris, 21. Mai. (Privattelegramm.) Die Stichwahlen haben die Niederlage der Reaktionäre am 6. Mai vollendet. Die Parteien der Nationalisten und Progressisten sind zerschmettert. Alle hervorragenden nationalistischen Führer sind unterlegen, darunter Déroulède, Marchand und Auffroy. Die Radikalen sind stark genug, um mit Hilfe der linksrepublikanischen oder der Sozialisten eine Regierungsmehrheit zu bilden, wodurch der Bloc überflüssig wird. Den Sozialisten brachten die Stichwahlen einen großen Erfolg. Sechs Wahlkreise wurden behauptet, drei verloren, 16 neu erobert. Die Fraktion der geeinigten Sozialisten steigt auf 55 Mitglieder. Die Radikalen kooperierten mit den Sozialisten, doch fanden genug Ausnahmen statt. In fünf Kreisen, wo die Sozialisten einen Vorprung hatten, unterlagen sie dennoch infolge der Wählerhaltung der Radikalen. Im dreizehnten Arrondissement von Paris siegte zum Beispiel der radikale Dissident gegen Cardet, weil die sozialistischen Radikalen teilweise gegen den Sozialisten stimmten. Ferner wurde Vrest von dem Führer der „gelben“ Gewerkschaften Biétry erobert, weil Hunderte von Radikalen gegen den sozialistischen Kandidaten stimmten. Andererseits verlor auch in manchen Wahlkreisen die Sozialisten den Radikalen die Wahlhilfe. In Troyes siegte Genosse Léandre Nicolas mit reaktionärer Unterstützung über den sozialistischen Radikalen. Im 15. Pariser Arrondissement, dem ehemaligen Wahlkreis des Genossen Vaynot, wo der neue sozialistische Kandidat Aubriot entgegen dem Beschluß des Föderalkongresses seine Kandidatur aufrecht erhalten hatte, siegte trotzdem der sozialistische Radikale Chantard.

Deutsches Reich.

Kaiserliche Beschlüsse und Befehle.

Die Annahme der Steuerentwürfe hat Wilhelm II. Veranlassung gegeben, an den Reichstag einen Schreiben zu richten, in welchem er seiner, von der deutschen Bevölkerung sicherlich nicht geteilten Auffassung Ausdruck gibt, daß die Apposition des Steuerentwurfs durch den Reichstag für die innere Festigung und Entwicklung des Deutschen Reiches von höchster Bedeutung sein wird. Dann heißt es weiter:

„Von ganzem Herzen beglückwünsche ich Sie daher zu diesem Erfolge, durch welchen Sie sich von neuem den Dank Ihres Kaisers und Königs wie des Vaterlandes erworben haben. Zugleich benutze ich die Gelegenheit, Ihnen, mein lieber Fürst, meine innige Freude darüber auszusprechen, daß Ihre durch das Uebermaß der Arbeit angegriffene Gesundheit durch Gottes Gnade vollständig wieder hergestellt ist und ich mich der zuverlässigsten Hoffnung hingeben kann, daß Ihre ausgezeichneten Dienste mir

noch recht lange erhalten bleiben zum Segen für das deutsche Volk und Vaterland."

Einen neuen Orden scheint Fürst Bälou nicht erhalten zu haben. Dagegen sind eine Reihe anderer Personen ob ihrer Verdienste um die sogenannte Sanierung des Reichsfiskus mit hohen Auszeichnungen bedacht worden. Es wurde verliehen: dem Staatssekretär des Reichshauptamts Freiherrn v. Stengel der Rote Adlerorden I. Klasse, dem Unterstaatssekretär im Reichshauptamt Tzwele und dem Ministerialdirektor im Reichshauptamt Hübn der Stern zum königlichen Kronenorden II. Klasse und dem Chef der Reichskanzlei, Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrat v. Loebell der Kronenorden II. Klasse.

Die beiden Ergänzungsetats zum Reichshaushaltsetat für 1906 fordern insgesamt rund 36 Millionen Mark, der eine etwa 17 Mill. Mark, der andere etwa 19 Millionen Mark. Im einzelnen werden gefordert über fünf Millionen Mark für die Weiterführung der Eisenbahn-Erweiterungsarbeiten nach Aetmandhoop, 10 1/2 Millionen für Entschädigungen an die durch den Aufstand schwer geschädigten Farmer und Farmbetriebe (voller Bedarf von der Untersuchungskommission angemeldet, drei Millionen, die für die ausgefallene Nachzahl in Anrechnung gebracht waren, sind hier nicht berücksichtigt), 800 000 Mark zu Weihen für solche ehemalige Schutztruppenangehörige, die sich in Südwesafrika ansiedeln wollen, 12 Millionen als weitere Kosten für Unterdrückung des Aufstandes in Südwesafrika, 4 Millionen für Verträge im Verkehren und der Luftschiffahrt. Der Rest wird für kleinere verschiedene Ausgaben angefordert. Die beiden Etats sollen noch vor Pfingsten erledigt werden.

Um schleunige Aufklärung wird gebeten!

In der „Freien Deutschen Presse“ lesen wir:

„Ueber die bisherigen Remunerationen für den Erbpriester zu Hohenlohe-Langenburg als Stellvertreter des Direktors der Kolonialverwaltung im Auswärtigen Amt sind Mitteilungen im Umlauf, die unseres Erachtens einer abschließenden Klärung dringend bedürfen, wenn nicht während der dritten Lesung des Etats im Reichstag wieder weitläufige unliebsame Verhandlungen über Kolonialverwaltung Platz greifen sollen. Das Etatsmäßige Einkommen des Direktors der Kolonialverwaltung beträgt 20 000 M. Gehalt und 1500 M. Wohnungsgeldzuschuß pro annum. So war denn auch nach dem Dienstvertrage des Herrn Dr. Stübel. Nun soll aber der Erbpriester zu Hohenlohe, obwohl er noch nicht einmal etatsmäßig angestellt war, sondern nur in Stellvertretung als Kolonialdirektor fungierte, bisher schon so dotiert worden sein, als ob er das Gehalt eines derjenigen Staatssekretäre hätte, die bislang bereits die Repräsentationszulage von 14 000 M. erhielten, also eine Remuneration von 44 000 M. jährlich. Ferner soll ihm ein Wohnungsentgelt, bezw. Zuschuß für die Wohnungsmiete bis zum Höchstbetrage von 20 000 Mark pro annum zugewilligt worden sein. Die Nachricht klingt so absurd, daß wir sie unterdrücken würden, wenn wir nicht ihre sofortige Dementierung im Interesse der Reichsverwaltung und einer geordneten Weiterführung der Reichstagsverhandlungen für unerlässlich hielten.“

Wenn wir uns recht entsinnen, wurde dieser seltsamen Gerüchte bereits vor einiger Zeit in einem süddeutschen Blatte Erwähnung getan, ohne daß ein Dementi erfolgt wäre!

Zur katholischen „Revolution“ in Elshelheim wird uns noch aus Baden geschrieben:

In Elshelheim bei Karlsruhe herrschte ein katholischer Geistlicher, der arg vom Teufel Witru geplagt wurde; er attackierte Frauen und Mädchen in der Kirche, stellte Schwangeren nach und ging auch an die Frau des Lehrers, mit dem er bis dahin auf gutem Fuße gelebt hatte. Als er aber bei der Lehrersfrau abfiel, suchte er seinen Krieger an dem Lehrer auszulassen und machte die ganze Gemeinde gegen ihn mobil. Dem Lehrer sollte die Wohnung abgetrieben werden, das Kindermädchen suchte man ihm abwendig zu machen und selbst den Weg von Lebensmitteln suchte man ihm zu erschweren. Der Gemeindevorstand ging mit einem Gemeinderat an die Oberbehörde, um die Forderung des Lehrers zu erzwingen — kurz es wurde mit Hochdruck auf Befestigung des Lehrers hingearbeitet. Aber die kirchlichen Geher hatten sich verrechnet. Der Lehrer erkrankte Anzeiger und nun ist über die Sache gerichtliche Untersuchung eingeleitet. Der Pfarrer wurde suspendiert und hält sich gegenwärtig in der „freien“ Schweiz auf. Die Oberbehörde lehnte ein Vorgehen gegen den Lehrer ab. Man sieht der Weiterentwicklung der Dinge mit Spannung entgegen.

Von anderer Seite wird uns noch berichtet: Der „Bad.“ Landesbote behauptet, daß während des Steinbombardements auf die Wohnung des Lehrers die Ortspolizei im Bett der Ruhe pflegte, während der Bürgermeister der Rebellion als Augenzeuge anwohnte!

Einen Antrag auf Erweiterung des bayerischen Gemeindevahlrechts hat die sozialdemokratische Fraktion im bayerischen Landtage eingebracht. Er lautet:

Die Kammer wolle beschließen:

A. In Artikel 70 der Gemeindeordnung für das rechtsrheinische Bayern nach den Worten: „Wahlberechtigt sind alle Gemeindeglieder“ einzufügen: „sowie jene Gemeindeglieder, die das selbständige Heimatrecht in der Aufstehungsgemeinde besitzen“.

B. Die lgl. Regierung sei zu ersuchen, dem Landtag in aller Eile einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach in allen Gemeinden bei Wahl der Gemeindebevollmächtigten und der Magistratsräte, des Armenpflegers und des Wachenrates, des Distriktrates und des Landrates das System der Verhältniswahl zur Anwendung zu kommen hat und die genannten Körperschaften ausnahmslos nach dem direkten Wahlrecht gewählt werden.“

Unerschämte Komödie.

Das „Berliner Tageblatt“ jammert in einem wehleidigen Artikel über die neue „Niederlage des Bürgerthums“, wie es die Annahme der sogenannten Reichsfinanzreform zu nennen beliebt. Er schildert es die schweren Schäden wie die löstigen Schulden, die dem einzelnen ebenso gut wie der Gesamtheit daraus erwachsen müssen, und sucht nach den Schuldigen. Dabei geniert es sich nicht, wörtlich folgendes zu schreiben:

„Soweit konservative und Zentrum in Betracht kommen, wird man von vornherein nichts anderes erwarten können, als daß sie die neuen Steuerlasten auf den Massenkonsum und den Verkehr abwälzen würden. Man kann keine Trauben von den Dornen und Feigen von den Dornen ernten. Wer dazu mitgeholfen hat, diese Parteien auch nur nach der Theorie vom kleineren Übel zu unterstützen, der darf sich nicht darüber beklagen, daß er jetzt für seinen politischen Fehler büßen muß. Aber man darf doch nicht übersehen, daß diese Parteien für sich allein nichts vermocht hätten, wenn ihnen nicht die Nationalliberalen zu Hilfe gekommen wären. Das war schon beim Zolltarif so, der glatt zu Boden gefallen wäre, wenn die Nationalliberalen ihre Unterstützung verweigert hätten.“

Jetzt haben die Nationalliberalen dasselbe Spiel wiederholt. Sie sind mit der Steuerreform durch die und dann gegangen, ja, sie übernahmen dabei mehr und mehr die Führung. Gerade die Fahrkartensteuer ist von der nationalliberalen Reichstagsfraktion aufrecht erhalten worden, obgleich aus der nationalliberalen Presse und aus den nationalliberalen Wählerkreisen heraus gegen diese Ungeheuerlichkeit der schärfste Protest erhoben wurde. Wenn man auf die nun

über alle Klippen hinweg in den Hafen bugsierte Reichsfinanzreform zurückblickt, so kann man keinen Augenblick daran zweifeln, daß sie ohne die nationalliberale Partei gescheitert wäre. Damit hat die nationalliberale Partei ihr Schuldkonto um einen neuen Posten belastet, vielleicht den größten, den sie seit ihrem Bestehen auf sich geladen hat.“

Darauf wird das „berühmte Gefühl“ zum Ausdruck gebracht, daß auch beim preussischen Schulgesetz die Nationalliberalen möglicherweise umfallen werden, was wiederum eine „vernichtende Niederlage des Bürgerthums“ bedeuten würde. Und dann heißt es: „Und ist es nicht schon ein trauriges Zeichen, wenn auf eine Partei, die sich mit dem Wort „liberal“ schmückt, so wenig Verlaß ist, daß man immer wieder von ihr einen Verrat am Liberalismus besorgen muß?“

Das stärkste aber leistet der Schlußsatz des Artikels, welcher lautet:

„Doch welches auch der Ausgang der letzten Parlamentskammer dieses Frühjahrs sein möge, so steht schon jetzt fest, daß das deutsche Bürgerthum ernstlich erwasen muß, wo eigentlich die Gründe für seine beständigen Niederlagen zu suchen sind. Mit dem Schlagwort von der liberalen Einigung ist es dabei nicht getan; man muß einmal prüfen, ob unter der liberalen Flagge nicht allerlei reaktionäre Kontorbande eingeschuggelt werden soll. Die Entscheidung der Nationalliberalen in der Schulfrage wird vielleicht die Antwort auf diese für die Revision der liberalen Kampfstrategie erforderliche Selbstbefragung herbeiführen.“

Das zu schreiben dreist es ein Blatt, das vor einigen Wochen, ja eigentlich sind es nur Tage, für die Wahl eines nationalliberalen Kandidaten gegen einen Sozialdemokraten mit allen Kräften Stimmung machte! Nämlich anlässlich der Wahl in Darmstadt-Gerau. Der nationalliberale Kandidat Herr Dr. Stein gehört zur schwärzesten „reaktionären Kontorbande“, die sich unter liberaler Flagge einschuggeln will. Trotzdem hat das „D. T.“ seinen Einfluß für ihn aufgebracht, und das nicht etwa nach der Theorie vom kleineren Übel, sondern mit dem Schlagwort von der liberalen Einigung. Es ist eine unerschämte Komödie, jetzt darauf zu spekulieren, daß die Deffenlichkeit das schon vergessen habe.

In einer Wahlrechtsbewegung, zum Kampf gegen das Altenburger Vierklassenwahlrecht tufen der Landesvorstand der Sozialdemokratie Sachsen-Altenburgs und die sozialdemokratische Fraktion des Altenburger Landtags die Bevölkerung des Herzogtums auf. Zur Einleitung der Wahlrechtsbewegung gelangt am Mittwochabend in den Städten, am Donnerstag früh auf dem Lande ein Flugblatt zur Verbreitung, das sich mit der Wahlrechtsfrage befaßt.

Ausland.

Italien.

Die Ministerkrise.

Rom, den 19. Mai (Fig. Ver.)

Das heutige Parlament hat uns im Laufe seines anderthalbjährigen Daseins mit vier Ministerkrisen beglückt. Zunächst hatte sich Giolitti aus dem Staube gemacht, weil er fühlte, daß er mit der aus seiner Wohlthat geborenen Kammer nicht regieren konnte, dann fiel das erste Kabinett Foris, weil es den affaristischen Elementen der Kammer zu indolent, den ehrlichen zu affaristisch war; auch das zweite Kabinett erlag gleich bei der Geburt der Ungebuld der Claque und dem Widerwillen derer, die die Politik für kein Geschäft halten. Sonnino hat eine Zeitlang, gestützt auf die letzten Elemente, sein Dasein gefristet, unsiher von heut auf morgen, stets in Gefahr, einem Ueberfall der Opposition zu erliegen, dem er dann glücklich am Abend des 17. Mai erliegen ist. Die Kammer ist ihrer Beschaffenheit nach nicht imstande, einem Ministerium die Grundlage für die Entwicklung seines Programms zu bieten.

Es ist daher nicht unlogisch, wenn die sozialistischen Blätter voran, die Kammerauflösung fordern, da man offenbar einem Parlament nicht alle vier Monate ein neues Ministerium servieren kann. Aber, mit welchem Programm soll man heute die Neuwahlen anfangen, da das Ministerium Sonnino gar nicht in seinem Programm oder einem Teil seines Programms geschlagen worden ist?

Wenn die Opposition auch recht genau weiß, was sie will, so kann sie es doch nicht in der Form eines Programms aussprechen und dem Ministerium entgegenstellen, weil eben recht viel Unausgesprochenes und Uneingesprochenes bei ihren Wünschen dabei ist. Denn die Opposition ist durchsichert von den Interessen der Hochfinanz, von jenem auf Kosten des Staates lebenden Affarismus, dessen typische Vertreter die „Stahlwerke Terni“ sind. Diese Interessen haben kein Programm, finden sich so ziemlich mit jedem Programm ab, sie verlangen nur eine gewisse „Durchlässigkeit“ in administrativer Hinsicht, die das Ministerium Sonnino nicht hat. Aus diesen Gründen war es für die Opposition wichtig, um sich nicht selbst die künftigen Wege der Herrschaft zu erschweren, das Ministerium in einer nicht programmatischen einschließenden Frage zu stürzen.

Das ist nun auch geschehen, freilich in unglücklich unkluger, widerbeisender Weise. Seit Wochen legte die Opposition ihre ganze Intelligenz darin an, Tag für Tag die Chancen einer Abstimmung abzuwägen. Am 17. fand sie sie günstig und beschloß den „Schlachttag“. Als Vorwand bot sich die Frage des Kommissionsberichts über den Rücklauf der Südbahnen; dieser Bericht verzögerte sich, augenscheinlich, weil die oppositionellen Kommissionsmitglieder Obstruktion trieben. Der geeignete Konflikt schien nun endlich gegeben, daß Sonnino von der Kommission die Festsetzung eines Termins forderte. Aber dieser Konflikt blieb aus, denn die Kommission erklärte sich bereit, dieser Forderung stattzugeben. Was nun? Das Schlachtfeld verschoben? Dazu war die Konstellation zu günstig. Also bringt Cozen-Otto eine Tagesordnung ein: „Die Kammer lehnt es ab, die Erklärungen der Regierung zur Kenntnis zu nehmen“, zieht sie aber sehr bestürzt zurück, als ihn der Kammerpräsident darauf aufmerksam macht, daß die Regierung ja — gar keine Erklärungen abgegeben hatte! So hat denn die Opposition sich schließlich auf die fast ebenso stupide Tagesordnung Ferraris geeinigt, die die Festsetzung eines Termins für die Arbeiten der Kommission als schädlich verwirft. Diese ganz sinnlose Tagesordnung — die Kommission hatte ja selbst diesen Termin gewählt, ging mit 179 gegen 152 Stimmen bei 40 Stimmenthaltungen (vorwiegend Republikaner) durch.

Auch die sozialistischen Stimmen hätten Sonnino nicht retten können. Vielleicht hätte aber, wenn die Parteifraktion vertreten gewesen wäre, die Opposition den Angriff nicht gewagt, aus Furcht, sich zu verrechnen. Ein anderer Zusammenhang zwischen der Mandatsniederlegung der Sozialisten und der heutigen Krise besteht nicht. Es war überhaupt nur eine Frage von Wochen, wann die Opposition das Ministerium übertrumpfen würde.

Es wäre ein Irrtum, anzunehmen, daß die heutige Krise auf Giolitti als Nachfolger weist. Sie gibt überhaupt keinen Fingerzeig, und darum wäre es logisch, wenn der König die Demission Sonninos nicht annähme, sondern diesem Gelegenheit gäbe, ein Votum über seine Politik in der Kammer zu provozieren. Nach diesem Votum wäre dann die Auflösung des Parlamentes am Platze, da keine Möglichkeit besteht, mit dem heutigen Parlament zu regieren. Die Neuwahlen müßten gegen die affaristischen Einflüsse in Regierung und Parlament gerichtet sein: diese Einflüsse paralytisieren die heutige Kammer und lassen auf dem Weichen des Landes. Sie haben Sonnino, den ohnehin so schwerfälligen, auf Schritt und

Tritt gehemmt: mag er zeigen, was er kann, wenn er von dem Druck ihrer Uebermacht befreit ist. —

England.

Die Lords und die Arbeiterpartei.

London, 19. Mai. (Fig. Ver.)

Am 17. d. M. stellte sich die Mehrheit des Oberhauses in einem Gegensatz zum Unterhause, indem sie eines von letzterem einstimmig angenommene Gesetzesvorlage verwarf. Die Vorlage war vom Genossen Keir Hardie eingebracht worden und hatte folgenden Inhalt: Während eines Streiks dürfen die Unternehmer keine ausländischen Arbeiter einführen, um die Stellen der Streikenden mit diesen zu besetzen. — Die Vorlage war ein Zusatz zu der von der letzten (konservativen) Regierung durchgesetzten Einwanderungsbill. Hardies Zusatz wurde im Unterhause ohne Diskussion angenommen. Vorgestern wurde er nun dem Oberhause zur Diskussion vorgelegt. Der liberale Lord Beardale empfahl die Annahme und sagte: „... Es wäre ein böser Tag für dieses Haus, wenn sich in den Köpfen der Arbeiter der Gedanke festsetzen sollte, daß das Oberhaus nur ein Kirchhof sei, auf dem die Wünsche des Volkes ein stilles Begräbnis fänden.“ — Im gleichen Sinne sprachen Graf Beauchamp, Marquis von Ripon und Lord Joices. Letzterer sagte, die Opposition gegen diese Bill sei auf politische Gründe zurückzuführen; denn im Prinzip ließe sich gegen sie nichts einwenden. Er sei Großunternehmer und habe von dieser Bill nichts zu fürchten!

Gegen die Bill sprach unter anderen auch Lord Lansdowne, der verlangte, die Regierung solle die Bill übernehmen und sie in der Kommissionsberatung amendieren lassen. Da aber die Regierung die Bill als eine private betrachte und die Verantwortlichkeit für sie nicht übernehmen wolle, so sei er mit seinen Freunden gezwungen, gegen die Bill zu stimmen. Die Bill wurde dann mit 96 gegen 24 Stimmen verworfen.

Unter den Zuhörern im Oberhause befanden sich mehrere Arbeiterabgeordnete, darunter Keir Hardie, Will Crooks und John Ward. Letzterer war früher Mitglied der Sozialdemokratischen Federation, jetzt ist er liberaler Arbeiterabgeordneter. Unmittelbar nach der Abstimmung des Oberhauses kehrten die Arbeitervertreter ins Unterhaus zurück, und da gerade die Etatsberatung über einige bauliche Verbesserungen des Oberhauses vor sich ging — es handelte sich um die Errichtung eines Fahrhafens — so beantragte Ward die Herabsetzung der Ausgaben um 700 Pfund Sterling, um sofort die Gelegenheit zu haben, mit den Lords abzurechnen! In der sich nun entspinneenden Debatte wurde dem Oberhause kräftig die Wahrheit gesagt. Die Iren nahmen die Gelegenheit wahr, um die ihnen feindlichen Lords zu züchtigen. Dann sprach Keir Hardie, der auch die Liberalen beschuldigte, die Vorlage nicht mit der nötigen Energie verteidigt zu haben. „Ich frage die Regierung, warum sie nicht eines ihrer Mitglieder beauftragte, die Vorlage im Oberhause zu übernehmen und zu vertreten? Es scheint mir, daß die Vorlage angenommen worden wäre, wenn die Regierung ihre Pflicht getan hätte. Dann möchte ich fragen, wie lange wir es noch dulden sollen, daß ein dem Lande unverantwortliches Haus die Macht hat, Beschlüsse der vom Volke gewählten Vertreter zu vernichten! Das Vorgehen des Oberhauses hat die alte Frage wieder aufgerollt: Ist England eine Demokratie oder nicht? Wenn sich die Lords herausnehmen, die vom Unterhause ergriffenen Maßregeln kurzerhand zu beseitigen, so müssen wir darauf dringen, daß das Oberhaus so schnell als möglich beseitigt wird.“

Soziales.

Aus dem Königreich des Millionen-Hehe.

In Geresheim, der Domäne des Glasöfners Hehe, ereignen sich in der letzten Zeit Dinge, die wieder so recht zeigen, in wie innigem Konnex Polizei und Unternehmertum stehen. Die Glasarbeiter, welche endlich aus ihrer Leihbargie erlöst sind, können der Organisation zu, welches Hehe mit allen Mitteln verhindern will. Jeder Glasarbeiter, der sich der Organisation anschließt, soll entlassen werden und haben tatsächlich eine Anzahl Maßregelungen stattgefunden. Ganze Kolonnen Russen werden nach Geresheim verschleppt, um als Lohnbrüder zu fungieren. Die Polizei hat sich ganz in den Dienst des Glasöfners gestellt, denn in der Fabrik ist eine Polizeistation eingerichtet worden, um die Forderung der Russen vollständig durchzuführen. Es ist dem Glasöfner nun sehr daran gelegen, zu erfahren, wer von seinen Arbeitern der Organisation angehört, doch sind diese so vorsichtig gewesen und haben sich als Einzelmitglieder nach der Zentrale angemeldet. Nach dem Mitgliederverzeichnis wird eifrig gefahndet und haben schon eine Anzahl Hausdurchsuchungen stattgefunden. Die Polizei nimmt die Hausdurchsuchungen vor, ohne die Betroffenen in Kenntnis zu setzen, welcher strafbaren Handlung sie sich schuldig gemacht. Sie durchstöbert Privatataken, nimmt Sachen an sich, ohne dieselben mit dem Amtssiegel zu versehen, haust überhaup, als ob wir uns noch in sozialistengesellschaftlicher Zeit befänden. Gegen das Gebahren der Polizei ist natürlich Beschwerde erhoben, doch sieht man hier, wie Unternehmer und öffentliche Macht eins sind.

So sehr die Geresheimer Polizei nun die Lohnbrüdernden Russen unter ihre schützenden Fittige nimmt, so scharf geht sie gegen Ausländer vor, welche glauben, daß die Verhältnisse in Preußen noch verbesserungsbedürftig sind. Wurde doch dieser Tage noch ein Oesterreicher ausgewiesen, der schon 17 Jahre in Preußen wohnte, und nur das Verbrechen begangen hat, nicht zu allem Ja und Amen zu sagen, was Unternehmer und Behörde tut.

Vor wenigen Monaten veröffentlichten wir einen Beitrag und die Tatsache, daß man versucht hat, unter Vorspiegelung falscher Tatsachen Nigar nach Deutschland als Glasarbeiter zu locken. Deshalb ist gegen die Verträger und Leutenverschlepper noch nicht gerichtlich vorgegangen? Ist dem Justizminister der Sachverhalt noch nicht bekannt geworden?

Aus der Frauenbewegung.

Schöneberg. Die Mitglieder des Vereins für Frauen und Mädchen Schönebergs und Umgegend seien hiermit nochmals auf den am Donnerstag, den 24. Mai (Simmelfahrtstag), stattfindenden Ausflug nach Eichkamp aufmerksam gemacht. Zusammenkommen früh 9 Uhr bei Genossen Ernst Ost, Weiningerstraße 8. Der Weg geht über Deutsch-Bilmersdorf, Halensee nach Eichkamp. Der Frauenverein von Friedenau schießt sich in Deutsch-Bilmersdorf an. Mitglieder, welche den Weg nicht zu Fuß machen wollen, fahren von Station Ebersstraße um 9 Uhr ab. Der für den zweiten Pfingstfeiertag beschlossene Familienausflug nimmt als Ziel das Restaurant Rein in Schmargendorf, Hubertusbadstraße 21, Ecke Karlsbaderstraße. Der Vorstand.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Heute, Dienstag, den 22. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhaus, Ammondenstraße 72. Vortrag von Fräulein Dr. Wygodzinski über das Thema: „Kerze, Publikum und Kurpfuscher“. Wegen Erkrankung des Herrn Reitenberg muß der musikalische Abend verlegt werden.

Bilmersdorf. Der hiesige Frauen- und Mädchen-Bildungsverein hielt am 16. d. Mis. im Lokal von Fischer, Durlacherstr. 8, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. An Stelle der am

Erscheinen veränderter Fräulein Wilmann gab Frau Töle einen einleitenden Vortrag über: „Unsere Kirche von heute“. In der Diskussion erklärte sich ein Teil Frauen für den Austritt aus der Landeskirche. Die Vorsitzende wies darauf hin, die Mitglieder sollten aufmerksam den „Vorwärts“ sowie die „Gleichheit“ lesen, damit sie mehr zur Aufklärung gelangen. Die nächste Versammlung ist eine Generalversammlung.

Gewerkchaftliches.

Die Verräter melden sich.

Angelehnt der Androhungen von Unternehmerseite, gegen den Metallarbeiterverband einen Hauptschlag führen zu wollen, bringen sich jetzt Hirsch-Dundersche und Christen in empfehlende Erinnerung als Streifbrecher.

Eine in Düsseldorf abgehaltene Versammlung des Gewerkschafts der Maschinenbauer und Metallarbeiter hat den folgenden Beschluß gefaßt:

„Die heutige öffentliche Metallarbeiterversammlung, einberufen vom Gewerkschaftsverband der Maschinenbauer, nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von den geplanten Maßnahmen der Unternehmer der Metallindustrie. Die einfachsten Forderungen der Arbeiter sollen mit den Hungerstreik für 300 000 Familien niedergeschlagen werden. Kaltsblütig geht man über alle Interessen der Industrie und des Handels hinweg.“

Die Arbeiter sehen in Ruhe den Streichen eines revolutionären Unternehmertums entgegen, in dem sicheren Bewußtsein der Gerechtigkeit der Arbeiterfrage, die über Hochmut und Verstandlosigkeit sieghaft hinwegschreitet. Für ihre Pflicht und ihre Freiheit werden die Arbeiter auch nicht das Opfer des Hungers scheuen. Einmal müssen diese Kämpfe doch ausgetragen werden.

Im Vertrauen auf den endlichen Sieg ihrer Sache erklären es die verarmten Arbeiter für unter ihrer Würde, ihre Organisationszugehörigkeit zu verleugnen, sondern verpflichten sich, sich offen als organisierte Arbeiter zu bekennen.

Die Versammlung gibt ihrer Ansicht dahingehend Ausdruck, daß hinsichtlich der an die Arbeitgeber zu stellenden Forderungen, besonders betreffend die Minimallohne und Tarifverträge, die Forderungen der Arbeiter dieselben sind, ungeachtet der Meinungsverschiedenheiten der einzelnen Organisationen.

Die Versammlung fordert die Hauptvorstände der deutschen Metallarbeiterorganisationen auf, zur Herbeiführung einer einheitlichen Leitung gegen die bevorstehende Unternehmerbrutalität eine gemeinsame Kommission zu bilden, die alle Anweisungen für alle Arbeiter gemeinsam ausgibt.

Darauf erklärt der Generalkrat des Gewerkschafts deutscher Maschinenbauer sofort:

Der Generalkrat des Gewerkschafts der deutschen Maschinenbauer und Metallarbeiter sieht sich durch die in der Versammlung des Ortsvereins Düsseldorf am Freitag, den 18. Mai, gefaßte und in der Presse verbreitete Resolution, welche zu der geplanten großen Aussperrung in der Metallindustrie Stellung nimmt, veranlaßt, die Erklärung abzugeben, daß der Generalkrat des Gewerkschafts der deutschen Maschinenbauer und Metallarbeiter nach wie vor jede Solidarität mit dem deutschen Metallarbeiterverband für alle aus der jetzigen Formbewegung entstehenden Folgen ablehnt.

Die Nürnberger Ortsverwaltung des christlichen Metallarbeiterverbandes verbreitet ein Flugblatt, in dem darauf hingewiesen wird, daß der Schlag der Industriellen sich nur gegen den Metallarbeiterverband richtet, der durch seine Taktik eine Reihe von Kämpfen herausgeschworen habe, gegen die sich die Industriellen nur noch durch die Aussperrung helfen können! Unter den gemeinsten Schimpfereien auf den Metallarbeiterverband wird darzulegen versucht, daß die Taktik desselben die Lage der Arbeiter niemals verbessern könne und sonach die christlichen Arbeiter eine solche Taktik niemals mitmachen könnten; ferner wird darauf verwiesen, daß die Klasse des Metallarbeiterverbandes erschöpft sei und ein langer Kampf nicht geführt werden könne. Dann kommt der Pudels Kern: alle Metallarbeiter werden aufgefordert, dem christlichen Metallarbeiterverband beizutreten, der bei geringeren Beiträgen ebensoviel leistet wie der Deutsche Metallarbeiterverband. Ueberlegenden wird versprochen, daß sie ihre vollen Rechte behalten.

Hirsch-Dundersche und Christliche schämen sich also angesichts eines vielleicht bevorstehenden ersten Kampfes an, sich als eine Schuttruppe dem Unternehmertum beizugeben und den durch einen brutalen Vorstoß des Scharfmachertums bedrohten Arbeitsbrüdern verräterisch in den Rücken zu fallen.

Diese Schandtat wird natürlich nicht den erhofften Erfolg haben; auch hiervon hat den Nutzen der Deutsche Metallarbeiterverband, der infolge der angeordneten Aussperrung einen kolossalen Zuwachs zu verzeichnen hat. Im Bureau des Verbandes haben sich die Beitrittserklärungen in einem solchen Maße gehäuft, daß die Aufnahmen nur mit großen Verzögerungen ausgestellt werden können.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter!

Die englische Gasmessfabrik Mariensfeld ist gesperrt. Wir bitten das dringend zu beachten.
Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Der Streik der Schrifthauer bei Hahn in Hohen-Schönhausen ist mit vollem Erfolge für die Arbeiter beendet.

Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

An alle Boot- und Steuerleute, Maschinenisten und Heizer der Oberseefahrt!

Nachdem alle Einigungsversuche an dem Starrsinn der Reedereibetreiber scheiterten, wurde am 18. Mai in Breslau in öffentlicher Versammlung beschlossen, überall die Arbeit ruhen zu lassen, wo die Forderungen nicht bewilligt worden sind.

Kollegen, löst Solidarität! Beweist, daß auch der Oberschiffer aufgewacht und nicht gewillt ist, schlos seinen Arbeitsbrüdern in den Rücken zu fallen. Alle Ausständigen haben sich mündlich, wo nicht angänglich, schriftlich im Kontrollbureau, Breslau, Kurze Gasse 20, bei P. Kommerz zu melden.

Die Streikleitung. J. Kommerz. G. Schneider.

Die Aussperrung im Lithographiegewerbe.

Das Zirkular, durch das der Schutzverband deutscher Stein-druckereibesitzer seine Mitglieder zur Aussperrung der Gehilfen auf-forderte, ist datiert vom 18. Mai 1900, trägt das Signum Dr. Gerschel's und hat folgenden Wortlaut:

„Auf Grund der §§ 13 und 14 der Satzungen des Schutzverbandes deutscher Stein-druckereibesitzer hat der Ausschuss folgende Anordnungen beschlossen:

1. Sämtliche Mitglieder des Schutzverbandes deutscher Stein-druckereibesitzer haben sofort ihren sämtlichen Gehilfen, Litho-graphen und Stein-druckern, zu kündigen. Soweit die Kündigung

erst am Freitag oder Sonnabend der Woche zulässig ist, hat sie am nächsten Freitag oder Sonnabend zu erfolgen.

2. Von der Kündigung sind nur auszunehmen diejenigen Gehilfen, welche der Organisation des Deutschen Sene-felderbundes nicht angehören und Beiträge zur Gewerkschaftskasse des Deutschen Sene-felderbundes nicht zahlen. Oberlithographen, Ober-druckern und Faktoren, welche bisher in ihren Stellungen keinerlei Gehilfen-tätigkeit ausübten, ist nicht zu kündigen. Gehilfen, welche nur zur Unterstützungskasse des Deutschen Sene-felderbundes Beiträge gezahlt haben, ist nicht zu kündigen. Sollten solche Gehilfen aus der Unterstützungskasse des Deutschen Sene-felderbundes ausgeschlossen werden, so wird der Schutzverband die Prozessführung gegen den Sene-felder Bund auf seine Kosten übernehmen.

3. Gehilfen, welche sich zur Fortsetzung der Arbeit unter der Erklärung bereit erklären, daß sie aus dem Sene-felder Bunde ausscheiden wollen, ist trotzdem zu kündigen. Ueber derartige Vor-fälle ist aber dem Schutzverband sofort zu berichten und die Entscheidung des Ausschusses einzuholen, ob die Kündigung zurück-genommen werden darf.

4. Den Gehilfen ist bei der Kündigung zu eröffnen, daß die Arbeit nur dann wieder aufgenommen werden darf, wenn in sämtlichen zur Zeit angegriffenen Betrieben des Schutzverbandes die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen ist.

5. Die Kündigung des Hilfs-personals der Druckereien bleibt den Mitgliedern überlassen.

6. Lehrlinge sind weiter zu beschäftigen.

7. Ueber die Ausführung der vorstehenden Anordnungen ist dem Vorstande bis 21. Mai cr. zu berichten und die Zahl der gekündigten Gehilfen und Hilfsarbeiter anzugeben.

Indem ich Ihnen von diesen Anordnungen des Ausschusses Mitteilung mache, bitte ich dringend, sie mit größter Gewissen-haftigkeit ins Werk zu setzen, da von der prompten Erfüllung die Wirksamkeit der Maßnahmen abhängt.

Der Vorsigende.

Die in diesem Zirkular geäußerten Wünsche der Haupt-scharfmacher sind nur teilweise erfüllt worden. Die Mehrzahl der Prinzipale blieb besonnen genug; sie nicht zum Vorteil für einige große Betriebe, die sich die kleinere Konkurrenz durch die Aussperrung völlig vom Halbe zu schaffen hoffen, den Vorschriften zu fügen, so daß die von Dr. Gerschel erhoffte, 8000 übersteigende Zahl der Aussperrten auf 2500 bis 3000 zusammengekrampft ist. Diese Zahl verteilt sich auf nur 20 Städte, während der Deutsche Sene-felderbund weit über 100 Mitgliedschaften hat. In Leipzig sind etwa 775, in Berlin nur etwas über 800 Litho-graphen und Stein-drucker von der Kündigung betroffen. Die Gehilfen-schaft kann also getrost dem probierten Kampf entgegensehen. Die Inorganisierten, die von der Kündigung nicht betroffen wurden, haben sich fast ausschließlich zum Bund angemeldet und die Kündigung ihrer-seits eingereicht, weil sie schon über die Zumutung des Stehenbleibens, wo die mit ihnen arbeitenden Kollegen aus Pflichten geworfen werden, in begreiflicher Empörung geraten waren. Aber auch zahlreiche Prinzipale sind über das Vorgehen des Ausschusses vom Schutz-verband derartig enttäuscht, daß sie ihren Gehilfen offen erklärten, sich den brutalen Direktiven eines Dr. Gerschel nicht fügen zu wollen. Daß die Bundesmitglieder selbst nach wie vor treu zum Bund halten, ist selbstverständlich. Der Absatz 3 des Zirkulars, nachdem sie auch trotz eventueller Austrittserklärung gekündigt bleiben und die Kündigung nur durch besonderen Gnaden-akt des Ausschusses vielleicht zurückgenommen werden soll, muß ja auch dem Wandelmüßigen die Augen öffnen. Die heute abend in Kellers Festsaal tagende Versammlung wird Herrn Dr. Gerschel zeigen, was die Berliner Gehilfen-schaft von seinen Scharf-machereien hält.

Die Aussperrung der Buchbinder

Ist am Sonnabend auch in Stuttgart perfekt geworden und sind vor-läufig 600 Personen davon betroffen. Die Stuttgarter Buchbinder-eibesitzer sind nur ungern auf die Pläne des Herrn Frigische- Leipzig eingegangen; aber dieser königlich sächsische Kommissionsrat ist selbst in Stuttgart mehrere Tage anwesend gewesen und von Firma zu Firma gelaufen, um die Aussperrung zu injizieren. Die große Verlagsgesellschaft „Union“ ging zuerst mit der Aus-sperrung an, dann folgten drei weitere große Firmen, in-dem sie ihren Personalien zumuteten, Streikarbeit zu machen. Mit der Aussperrung in Stuttgart fällt auch die letzte Hülle, mit dem der Verband deutscher Buchbinder-eibesitzer sein latifbrüchiges Ver-halten zu verdecken suchte. Denn eine der wesentlichsten und wichtigsten Bestimmungen des Tarifvertrages ist die: Der Tarif gilt bis zum 31. August 1900. Und diese Bestimmung ist mit zynischer Schamlosigkeit gebrochen worden, indem man vorher schon den Buchbinder-Verband zwingen will, „neue Vereinbarungen“, d. h. einen neuen Tarifvertrag nach dem Herzen der Unter-nehmer abzuschließen. Vor dieser brutalen Tatzache flattert die Draperie von dem angegriffenen „Hausrecht“ der Prinzipale und der Abweisung „unberechtigter Ansprüche der Arbeitnehmer“ in tausend Fugen zerrissen in alle Winde. Diese sonst so stolzen „Herren im Hause“ in Berlin und Stuttgart, folgen blind gebotenen den Anweisungen ihres Führers — um mit den eigenen Worten ihrer öffentlichen Erklärungen zu reden. Aber die Pläne des Herrn Frigische werden zuhanden werden an der Solidarität der Arbeiter des Buchbinder-gewerbes und im weiteren Sinne an der Widerstandskraft der deutschen Arbeiterklasse.

Wir eruchen dringend, den Zuzug nach Berlin, Leipzig und Stuttgart fernzuhalten und uns über alle wichtigen auf den Streik bezüglichen Ereignisse schnellstens Mitteilung zu machen.

Alle Arbeiterblätter werden um Nachdruck ersucht.
Der Vorstand des Buchbinderverbandes.

Der Streik der Hasenarbeiter in Düsseldorf, der am Dienstag ganz spontan zum Ausbruch kam, ist am Sonnabend durch Vermittlung des Gauleiters der Hasenarbeiter beigelegt und die Arbeit wieder aufgenommen worden. Erreicht wurde die Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden und die Erhöhung des Stundenlohnes von 88 auf 42 Pf. Ein erfreuliches Resultat, das sich die nichtorganisierten Hasenarbeiter zur Lehre dienen lassen sollten.

Lohnkämpfe in Nordhagen. Zwischen Stuckateuren und Bau-unternehmern in Nürnberg schweben Differenzen. Die Arbeiter stellen keine wesentlichen Forderungen, sondern verlangen hauptsächlich nur, daß das, was bereits besteht, tariflich festgelegt wird. Die Unter-nehmer legten zur Antwort darauf einen Lohnstarif vor, der für fast alle Arbeiter eine Lohnreduzierung von 10 bis 15 Pf. pro Stunde bedeuten würde. Die Arbeiter verlangen Zurückziehung dieses Tarifes und Anerkennung des ihrigen.

In Bamberg sind die Maler und Tüncher wegen Nichtbewilligung ihrer Lohnforderungen in den Streik eingetreten.

Im Mainlandsberggebiet streiten noch immer die Steinarbeiter. Die Vermittlung des unterfränkischen Gewerkschaftsinspektors wurde von den Unternehmern kurz abgelehnt. Auch im Kaltsiedgebiet ver-zweigern die Unternehmer alle Zugeständnisse, so daß dort eben-falls größere Lohnkämpfe bevorstehen.

Zur Aussperrung der Lithographen und Stein-drucker ist zu melden, daß am Freitag und Sonnabend in Nürnberg bereits die Kündigungen erfolgten. Ausgesperrt werden nur die Mitglieder des Sene-felderbundes, die Sonderorganisierten und die Inorganisierten sind von der Aussperrung ausgenommen. Verschiedene Firmen folgen dem Aussperrungsbeschlusse nicht.

Achtung, Schokoladenarbeiter und Arbeiterinnen!

Die Sekretärin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes teilt der Generalkommission mit, daß in Bern ein Streik der Arbeiter und Arbeiterinnen der Schokoladenfabrik Tobler u. Co. ausgebrochen ist, da dieselben das Ansuchen der Firma, künftig nur im Akkordlohn zu arbeiten, zurückwiesen. Die Firma verhönte die

Arbeiter durch die Forderung einer Kaution von 8000 Frank gegen willkürliche Arbeitsniederlegung, ohne auf das Akkordsystem verzichten zu müssen. Da Tobler u. Co. in Deutschland Arbeitswillige finden, so werden die Arbeiter und Arbeiterinnen der für die Schokoladenindustrie in Betracht kommenden Plätze dringend vor jeder Arbeitsannahme nach der Schweiz gewarnt.

Wir bitten Sie, dies in der morgigen Nummer des „Vorwärts“ bekannt zu geben.

Ausland.

Der Streik der norwegischen Bäcker gegen die teilweise Wieder-einführung der Nachtarbeit hat am Sonnabend begonnen. In Kristiania streikten ungefähr 250 Ge-fellen und Lehrlinge. 39 Meister, die 150 Gefellen und Lehrlinge beschäftigen, haben die Forderungen des Bäckerverbandes unter-schriftlich anerkannt und sich damit verpflichtet, von den verächtlichsten Bestimmungen des Bäckergesetzes über die Nachtarbeit keinen Gebrauch zu machen.

Obwohl es sich bei dem ganzen Streik um nichts anderes handelt, als daß die Bäckerge-fellen durch die Macht ihrer Organisation die Vorteile zu wahren suchen, die ihnen 12 Jahre lang durch die Gesetzgebung gesichert waren, wird von der Organisation der Bäckermeister eine ganz ver-werfliche und auf Irreführung der öffentlichen Meinung berechnete Gegenagitation entfaltet. Man sucht der Öffentlichkeit weiszumachen, das Vorgehen der Gefellen sei ge-seh-widrig und müsse mit Gefängnis bestraft werden. Als ob die Arbeiter-schaft nicht das Recht hätte, bessere Arbeitsbedingungen zu fordern, als die gesetzlich garantierten! Die Lehrlinge, die am Streik teilnehmen, sollen ebenfalls bestraft werden, und man will dafür sorgen, daß sie zwei Jahre lang keine neue Lehrstelle erhalten und selbstverständlich auch von dem alten Lehrmeister nicht mehr ein-gestellt werden. Die Meister, die bewilligt haben, werden von Deputationen bestürmt, ihre Unterschrift zurückzuziehen, und man droht ihnen mit Materialboykott und Ruin ihres Geschäftes. Die Bäckerge-fellen bieten selbstverständlich alles auf, um ihren Streik siegreich zu Ende zu führen. Sie haben in Kristiania beschlossen, eine eigene Bäckerei zu errichten. Die dazu nötigen Mittel sind bereits von der Organisation bewilligt. Zieht sich der Streik in die Länge, dann sollen mehrere Bäckereien gegründet werden. In Bergen wird der Streik voraussichtlich erst am 28. Mai beginnen, ebenso in Trondhjem.

Da die Bäckermeister wahrscheinlich im Auslande noch Erfolge für die Streikenden suchen werden, ist es notwendig, überall vor Zuzug von Bäckern nach Norwegen zu warnen.

Aus Industrie und Handel.

Warnungssignal. Wie eine Meldung der „Allg. Ztg.“ ver-muten-läßt, besteht in Kreisen der Halbzeughersteller die Meinung, nochmals die Preise heraufzusetzen. Daß das ein gefährliches Experiment sein würde, bestätigt eine Auslassung der „Allg. Ztg.“. Es heißt darin: „Auch die Lage der weiterverarbeitenden Werke ist befriedigend, doch scheinen sich bei ihnen infolge der jüngsten Verschleierungen in den Preisen wichtiger Rohstoffe gewisse Veränderungen vorzubereiten, deren weitere Entwicklung besondere Beachtung ver-dient, da sie zugleich einen wichtigen Beitrag zur Beurteilung der Preispolitik der großen Verbände zu liefern vermag... Die Wirkung des Zusammenstehens all dieser Veränderungen kann naturgemäß nur die sein, daß den Werken der Fertigindustrie, die nicht über eigene Rohstoffe verfügen, durch eine erhebliche Verteuerung ihrer Selbstkosten die Ausfuhr ganz außerordentlich erschwert wird. Und in der Tat haben von einzelnen solcher Werke Ausweise vorgelegen, die einen Rückgang der Ausfuhr gegen die vorangegangenen Monate erkennen lassen. Sollte diese Entwicklung anhalten, so wäre das in hohem Maße unerwünscht, denn es müßte sich daraus schließlich für Fertigerzeugnisse eine Ueberlastung des heimischen Marktes ergeben, der vorläufig allerdings noch außerordentlich aufnahmefähig zu sein scheint.“

Berkehrseinnahmen der deutschen Eisenbahnen. Im Monat April gingen die Einnahmen aus dem Güterverkehr um rund 18 1/2 Millionen Mark gegen den Monat März zurück und um fast 1 resp. 2 Millionen Mark gegen die Ergebnisse im Januar und Februar. Im März wurden 127 1/2 Millionen Mark Einnahme erzielt, im April 113 1/2 Millionen. Diese Verschlebung ist zu einem großen Teile auf die Folgen der mit dem 1. März in Kraft getretenen Handels-verträge zurückzuführen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

56 Sozialdemokraten im französischen Parlament.

Paris, 21. Mai. (B. L. Z.) Nach den nunmehrigen Feststellungen wird sich die neue Kammer wie folgt zusammen-setzen: Unter den insgesamt 585 Mitgliedern befinden sich 78 konservative und Liberale, 24 Nationalisten, 77 Pro-gressiven, 77 linksstehende Republikaner, 110 Radikale, 143 sozialistische Radikale, 56 geeinigte Sozialisten, 19 un-abhängige Sozialisten und ein Antisozialist.

Neueröffnung der französischen Kammer.

Paris, 21. Mai. (B. L. Z.) Die Eröffnung der neuen Kammer-session ist nunmehr endgültig auf den 1. Juni anberaumt worden. Die Wahl des Kammerpräsidenten wird erst in der zweiten Sitzung erfolgen. Vom Votum wird Brisson für die Präsidentschaft kandidieren.

Die Duma.

Petersburg, 21. Mai. (B. L. Z.) Reichsduma. Auf der Tagesordnung stand heute die Formulierung der Interpellation des Ministers des Innern. Der polnische Abgeordnete Christowski meinte, es bleibe nichts anderes übrig, als die Interpellationen wegen der zahllosen Verhaftungen und Verbannungen alljährlich wie Gebete zu wiederholen. Alle Änderungsanträge werden abgelehnt, mit Ausnahme einiger Entwürfe auf redaktionelle Änderungen. Vor der Abstimmung ergriff der Reichskontrolleur Schwanebach das Wort als erster Minister, der in der Reichs-duma sprach. Er teilte mit, daß der Minister des Innern Stolypin die feste Absicht gehabt habe, bei der Formu-lierung der Interpellation antworten zu sein, er sei auch um 3 Uhr in der Duma eingetroffen, habe sich aber wieder entfernt, weil die Debatte über die Kommissionsvorlage sich so lange hinzog. Jetzt sei die Interpellation formuliert, und er halte es für seine Pflicht, namens des abwesenden Ministers zu erklären, daß dieser von der Interpellation Kenntnis nehme. Innerhalb der geschäftigen Zeit werde die Duma eine bestimmte Antwort er-halten. Der Reichskontrolleur bestätigte die in der Interpellation erwähnten Tatsachen nicht, bestritt sie aber auch nicht, sondern nahm nur das Faktum der Interpellation zur Kenntnis. Die Duma nahm einstimmig die beantragte Fassung der Interpellation an. Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

Erhöhung der Unternehmerprofite.

Breslau, 21. Mai. (B. L. Z.) Die Breslauer Eisengroßhändler haben von heute die Lagerpreise für Eisen und Eisenbleche um 5 Mark pro Tonne erhöht. Von seiten des Verbandes wurden die Zinkblechpreise vom 19. d. Mts. ab um 1 Mark für 100 Kilo-gramm erhöht.

Folgenschwere Explosion.

Erfurt, 21. Mai. (B. L. Z.) Heute abend explodierte im Kellerraum einer hiesigen Schuhfabrik ein Benzinkan. Zwei Ar-beiter wurden getötet und als verletzliche Leichen hervorgezogen. Drei Frauen und ein Arbeiter erlitten schwere Brandwunden. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt. Der entstandene Brand wurde durch die Feuerwehre bald abgelöscht.

Reichstag.

108. Sitzung vom Montag, den 21. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf v. Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des am 8. Mai 1906 zu Stockholm unterzeichneten

Handels- und Schiffsahrtsvertrages

zwischen dem Deutschen Reiche und Schweden, durch welchen die zwischen Schweden und den deutschen Einzelstaaten Preußen, Hamburg, Bremen, Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin und Lübeck geschlossenen Handelsverträge außer Kraft gesetzt werden.

Abg. Frhr. v. Hertel zu Harnheim (natl.): Die volle Wirkung der bereits abgeschlossenen Handelsverträge läßt sich noch nicht übersehen; aber das eine steht fest, daß die deutsche Industrie sich im Aufblühen befindet und daß die Arbeitslöhne gestiegen sind. Wir haben also alle Veranlassung, uns auch dem vorliegenden Handelsverträge freundlich gegenüberzustellen. (Weisfall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Kacamp (fr. Vp.): Unter autonomer Zolltarif ist nicht geeignet, unsere Industrie vorwärts zu bringen, dafür ist der schwedische Handelsvertrag ein vollständiger Beweis. Obwohl nicht alles erreicht ist, was wir wünschen, werden wir für den Vertrag stimmen. Seitig ist in mancher Richtung des Verkehrs, z. B. der Versicherung der Risse, Ueberhaupt ist die hohe Zollmann ein wenig abgetragen. Für besonders bedeutsam halten wir die zollfreie Einfuhr von Weizenbrot; zum erstenmal wird also ein landwirtschaftliches Produkt außer der Kartoffel zollfrei eingeführt. Sehr bedeutsam ist ferner, daß die schwedischen Eisenerze von einem Ausfuhrzoll freigestellt sind. Schweden hat uns damit ein gutes Beispiel gegeben. (Weisfall bei den Freisinnigen.)

Abg. Speck (Z.): Die Bestimmungen, die dem Vorredner als Lichtseiten des Handelsvertrages erscheinen, erscheinen mir als Schattenseiten. Die Preiselbeeren leiden durch den langen Transport und kommen in gesundheitgefährlichem Zustand hier an. Ueberhaupt hat man die Wünsche der Industrie und des Auslandes in den Vordergrund gestellt gegenüber denen des Produzenten und des kleinen Mannes. Die finanziellen Ertragsnisse der einzelnen Positionen kommen wesentlich Schweden zugute. Von der Weizenbegünstigungsklausel werden nicht wir, sondern vor allem Rußland Vorteil haben. Das Beste an dem ganzen Vertrage ist, daß er am 31. Dezember 1910 bereits sein natürliches Ende findet. Auf alle Fälle bedarf der Vertrag einer eingehenden Prüfung in einer Kommission. Im Namen meiner Freunde beantrage ich die Ueberweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern. (Weisfall im Zentrum.)

Abg. Dove (fr. Vg.): Der Vorredner hat sich als Uhl (Fule) für den Vertrag vorgestellt, ich stelle mich als Nachigall vor. (Große Heiterkeit.) Bewußt sind nicht alle unsere Wünsche erfüllt; so ist die Gebühr von 100 Kronen, die der deutsche Handelsreisende in Schweden zahlen muß, sehr lästig. Auch für meine Industrie, z. B. die Zement- und einige Zweige der Bekleidungsindustrie ist nicht genügend erreicht; der neue Zolltarif erweist sich eben nicht als so wirksam, wie seine Befürworter meinen. Die hygienischen Bedenken des Kollegen Speck bei der Einfuhr der Preiselbeeren kommen darauf hinaus, daß sie nicht so frisch ankommen, als sie beim Pfanden sind. (Heiterkeit links.) Eine Kommissionsberatung scheint mir für die Verabschiedung der Vorlage vor der Vertagung bedenklich; ich bitte deshalb, davon abzusehen.

Graf v. Posadowsky: Man sagte, die neuen Handelsverträge und der neue Zolltarif würden die deutsche Industrie ins Ausland treiben. Diese düsteren Voraussetzungen haben sich nicht erfüllt; vielmehr sind die Aussichten für die deutsche Industrie sehr günstig. — Einen Handelsvertrag darf man nicht nach Einzelheiten beurteilen, wie sie hier vorgetragen sind, sondern nach der Gesamtlage der beiden Staaten. Bisher hatte Schweden von uns alle Vorteile, die dritte Staaten erhielten, während Schweden frei blieb und gegenüber bis auf die allgemeine Weizenbegünstigung. Durch den neuen Vertrag ist Schweden gehindert, autonom seine Zollsätze und gegenüber zu erhöhen, und von diesem Gesichtspunkte aus bitte ich den Vertrag zu beurteilen. Für wertvoll halte ich auch den Verzicht Schwedens auf Ausfuhrzölle auf seine Eisenerze. Abfälligkeit kritisiert ist auch die zollfreie Einfuhr der Pflastersteine; die verbündeten Regierungen haben aber den Steinsoll immer nur als Kompensationsobjekt betrachtet. Auch ist an dieser Frage die deutsche Schiffsahrt erheblich interessiert, und die Einfuhr von Pflastersteinen ist auch für unsere Landeskultur sehr wichtig. Ueberdies unterliegt es keinem Zweifel, daß ohne diese Zustimmung der Vertrag nicht zu Stande gekommen wäre. Die kurze Frist des Vertrages wird von der Linken als Beweis angesehen, daß der neue Zolltarif seine langfristigen Vorteile ermöglicht; das ist nicht richtig. Die kurze Frist ist in innerpolitischen, schwedischen Verhältnissen begründet. — Mit Spanien stehen wir schon lange in Verhandlungen; der gegenwärtige Zustand der Ungewißheit darf unter keinen Umständen mehr lange dauern. — Mit Amerika ist unser Verhältnis nicht so, daß wir ihm den Konditionaltarif auf 17 Monate bewilligt haben, sondern wir haben vom Reichstag die Vollmacht, es zu tun; es handelt sich um eine provisorische Maßregel in der Hoffnung, daß es in dem Zeitraum möglich sein wird, zu einem Abkommen zu gelangen, das den berechtigten Interessen Deutschlands einigermaßen Rechnung trägt. — Weiter ist gefragt nach dem Stand unserer Verhandlungen mit Italien wegen Ausbaues der Arbeiterversicherung, daran hat Deutschland das allerdringendste Interesse, wir haben auf diesem Gebiete erheblich vorgeleistet und haben alles Interesse, daß andere Staaten mit gleichen Opfern und in gleichem Umfange ihre Arbeiterversicherung ausdehnen. Eine solche Bewegung ist auch in anderen Staaten im Gange, und wir werden schon im Interesse unserer Konkurrenzfähigkeit alles tun, um diese Bewegung unsererseits kräftig zu unterstützen.

Abg. Graf Kanitz (L.): Am besten hat mir in der Rede des Staatssekretärs der energische Ton gegenüber Spanien und Amerika gefallen; mit Spanien stehen wir schon seit 1899 in Verhandlungen. Beim vorliegenden Vertrage bedauere ich, daß der Zollfuß, den wir für unsere Industrie schwer erlämpft haben, wieder herabgesetzt wird. Bedenken erweckt auch der finanzielle Ausfall; laun haben wir der Regierung neue Steuern bewilligt, so fängt sie schon an mit dem Gelde zu schleudern und verzichtet hier auf Einnahmen zugunsten des Auslandes. Trotzdem würde ich für den Vertrag stimmen, weil die Ablehnung nach außen einen schlechten Eindruck machen würde. Da aber Abg. Speck den Antrag auf Kommissionsberatung gestellt hat, werde ich persönlich dafür stimmen. (Bravo! rechts.)

Abg. Bernstein (Soz.):

Jegend ein ernsthafter Zweck kann mit der Kommissionsberatung nicht verbunden sein. Es handelt sich eigentlich nur darum, der Regierung in der Kommission noch ein paar Unannehmlichkeiten zu sagen. Wir sind ja außer Stande, irgend eine Aenderung noch herbeizuführen. Die Herren auf der Rechten wissen das ebensogut. Es ist ja richtig, daß der Handelsvertrag uns sehr spät zugegangen ist. Aber von derselben Seite, die dies beklagt, hat man sehr wenig dagegen zu sagen gewagt, als bei der Schaffung des Zolltarifs, auf Grund dessen dieser Handelsvertrag abgeschlossen ist, diese Sache so überaus schnell Hals über Kopf abgetan wurde. Damals wurden ganze Zweige von Industrien auf Schwere geschädigt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben am allerwenigsten Grund, uns für einen Vertrag ins Zeug zu legen, der auf diesem durchgepeitschten Zolltarif aufgebaut ist. Wir sehen aber keinen Grund ein, dem vorliegenden Vertrage prinzipiell entgegenzutreten. Man hat einzelne Punkte herausgerissen und darauflegen versucht, wie gewisse Gewerbetreibenden durch diesen neuen Vertrag an-

geblich geschädigt wären, und hat dabei natürlich nicht verfehlt, Mitleid für die Verurteilten der Armen, die hierzu angeblich gehören, zu erwecken. Zum Beispiel mit den armen Beerenfahrlern! Ich will das Mitleid sehr hoch einschätzen, wenn auf derselben Seite dafür gewirkt würde, die hohen Abgaben, die die Beerenfahrlern zu zahlen haben, aufzuheben. Die Beeren wachsen in Schweden doch auch nicht auf der Straße. Zudem kann auch der deutsche Markt damit nicht überschwemmt werden. Der alte Zustand bleibt im wesentlichen erhalten. Die deutsche Konjunkturindustrie war schon immer auf die schwedischen Preiselbeeren angewiesen. Niemand wird geschädigt. Wer Mitleid hat, möge dafür sorgen, daß den Armen nicht die notwendigsten Unterhaltsmittel verteuert werden, sondern so billig wie möglich zukommen, was aber gerade Sie auf der Rechten verhindern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist viel von der Weizenbegünstigung heute gesprochen. Will man Handelsverträge, so muß man Konzessionen machen, und man darf dann nicht darüber jammern, daß sie gemacht sind. Wenn die anderen Staaten ihre Zollsätze erhöht haben, so können wir uns am allerwenigsten darüber beklagen, denn wir sind ihnen ja mit einem traurigen Beispiel vorgegangen. Sie sind uns nur gefolgt. Ich halte den Verzicht Schwedens auf seinen Ausfuhrzoll auf Eisen für sehr wertvoll. Wenn behauptet wurde, der Verzicht sei nur für einige Industrien wertvoll, so weise ich darauf hin, daß von diesen Industrien doch wieder andere abhängen. Der Staatssekretär hat sich zur Freude des Grafen Kanitz mit Energie darüber ausgesprochen, daß, wenn Spanien nicht nachgäbe, es zum Zollkrieg kommen würde. Demgegenüber aber frage ich ihn, warum bekommen wir denn keinen Handelsvertrag mit Spanien? Mit Stolz hat der Graf Posadowsky gegenüber den angeblich zu pessimistischen Prophezeiungen der Mitglieder der Linken darauf gefogt, daß wir trotz alledem Handelsverträge bekommen hätten. In den Verhandlungen mit Spanien aber zeigt es sich, daß, wenn keine besonders günstigen politischen Umstände vorliegen, der Abschluß eines Vertrages durch unseren Generaltarif sehr erschwert ist. Wir brauchen nur den Zoll auf Roh Eisen überhaupt abzuschaffen, dann würde das unserer Eisenindustrie so zugute kommen, daß diese die Konkurrenz des Auslandes überhaupt nicht zu fürchten braucht. Dasselbe gilt für die Holzindustrie. Es hat also gar keinen Sinn, es zu beklagen, daß wir Schweden gegenüber den Zoll auf einzelne bestimmte Maschinenteile usw. herabgesetzt haben. Ueberdies ist der herabgesetzte Zoll immer noch um 33/100 Proz. höher als der früher geltende. Wie nun aber unser Generaltarif einmal ist, ist kein anderer Handelsvertrag als der vorliegende zu erwarten. Wir hätten also nichts dagegen, wenn er hier in diesem Hause so angenommen wird, wie er ist. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Bevollmächtigter zum Bundesrat Geheimrat Kröner: Der Bundesrat hat den Vertrag so schnell wie möglich vorgelegt.

Abg. Gamp (Vp.): Es ist eine starke Zumutung an den Reichstag, den Vertrag in 24 Stunden oder zwei Tagen zu erledigen. Nachdem Kommissionsberatung beantragt ist, halte ich ihre Annahme für selbstverständlich; deshalb gehe ich auch auf Einzelheiten nicht ein. Aufs Ausland wird die Verweisung in eine Kommission nicht, wie Graf Kanitz meint, einen schlechten Eindruck machen, sondern einen guten.

Geheimrat Dr. v. Schönedt kommt auf einige Einzelheiten des Vertrags zu sprechen. Der schwedische Hopfenzoll ist immerhin beträchtlich niedriger als der deutsche. (Hört! hört! links.) Die deutsche Hopfenausfuhr nach Schweden ist in stetem Steigen begriffen. — Schweden hat immerhin eine Anzahl für unsere Industrie sehr wichtige Zollermäßigungen eintreten lassen.

Abg. Dr. Wolff (wirtsch. Vg.) tadelt den Vertrag und bezeichnet ihn als bedauerliche Preisgabe deutscher Interessen. Die württembergische Pflastersteinindustrie wird schweren Schaden von dem Vertrage haben, dessen Folgen der Abg. Gamp und selbst der Abg. Graf Kanitz viel zu leicht nehmen. (Weisfall bei einem Teil der Rechten.)

Abg. Dr. Deumer (natl.) bedauert, daß einige Industrien, wie die Holzindustrie und Erwerbszweige, wie das Preiselbeerzweigen, bei dem Vertrage nicht genug geschützt seien. (Hört! hört! rechts.) Der Vorschlag des Abg. Bernstein, überhaupt die Holzölle abzuschaffen, erinnert stark an die Auren à la Dr. Eisenbart. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Den Nachteilen des Vertrages steht ein großer, namentlich für die niederrheinisch-westfälische Eisenindustrie äußerst wichtiger Vorteil der Verzicht Schwedens auf Ausfuhrzölle auf Eisenerze gegenüber. Alles in allem überwiegen die Lichtseiten des Vertrages und ich bitte um seine Annahme ohne Kommissionsberatung. (Weisfall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dabach (Z.): Dem Abg. Bernstein gegenüber bemerke ich, daß die Interessenten heute kaum etwas vom Inhalte des Vertrages wissen. Seine Frazition sollte also in Konsequenz der bei früheren Gelegenheiten, wie beim Zolltarif, eingenommenen Haltung für Kommissionsberatung eintreten. (Lache bei den Sozialdemokraten: Am Inhalt kann ja doch nichts geändert werden!) Aber unserer Regierung kann wenigstens für spätere Gelegenheiten das Maßgrat gestärkt werden. (Weisfall im Zentrum und rechts.)

Abg. Wallau (natl.) beklagt ebenfalls die Zollfreiheit der Pflastersteine und der Preiselbeeren. Schweden geht geradezu auf den Ruin der deutschen Pflastersteinindustrie aus. (Lebhafte Weisfall rechts.) Ich für meine Person stimme gegen den Vertrag.

Stiermit schließt die Debatte. Für den Antrag Speck auf Ueberweisung des Vertrages an eine 21gliederige Kommission stimmen das Zentrum, die Rechte mit einigen Ausnahmen und einige Nationalliberale, wie die Abgg. Wallau und Graf Oriola. Der Antrag ist also angenommen und der Handelsvertrag geht an eine 21gliederige Kommission.

Es folgt die zweite Beratung des Offizierpensionsgesetzes.

Auf Beschluß des Seniorenkongresses sollen die §§ 1, 4, 6, 8, 9, 11, 24, 32, 41, 43 gemeinsam diskutiert, der Rest des Gesetzes durch ein Bloc-Annahmestimmungen erledigt werden.

Abg. Graf Oriola (natl.) und Erzberger (Z.) haben redaktionelle Änderungsanträge nach Vereinbarung mit dem Kriegsministerium und Reichsdachamt gestellt.

Außerdem stellt Graf Oriola (natl.) eine Reihe einschneidender materieller Änderungsanträge.

Abg. Erzberger (Z., zur Geschäftsordnung): Graf Oriola ist von der Vereinbarung abgetreten; die nationalliberale Partei will sich als diejenige hinstellen, der allein die Interessen der Invaliden am Herzen liege. Wir halten uns nunmehr auch nicht mehr an die Vereinbarungen gebunden. (Weisfall im Zentrum.)

Abg. Singer (Soz.): Angesichts der Anträge Oriola erhebe ich Einspruch gegen die Zusammenfassung der Beratung einer Reihe von Bestimmungen und gegen die en bloc - Annahme des übrigen Teiles des Gesetzes.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Vp.): Angesichts der neu geschaffenen Lage müssen die Fraktionen ihre Stellungnahme beraten. Ich beantrage deshalb die Vertagung des Hauses. (Lebhafte Weisfall.)

Abg. Normann (L.) zur Geschäftsordnung: Nachdem von neuem Anträge gestellt sind, behalten wir uns vollständige Freiheit vor.

Abg. Singer (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Wir sind von den gestellten Anträgen aber nicht abgetreten; wir haben die von uns in der Kommission gestellten Anträge nicht wieder eingebracht, weil von allen Seiten darauf hingewiesen wurde, daß, wenn an dem Werk der Kommission auch nur an einer Stelle etwas geändert wäre, hierdurch die ganze Arbeit gestört werden würde.

Wie die Situation jetzt ist, möchte ich den Kollegen Müller-Sagan bitten, von seinem Vertagungsantrag Abstand zu nehmen; denn die Situation ist vollkommen geklärt, der Versuch der Nationalliberalen, sich als besondere Militärpartei aufzuspielen, ist zurückgewiesen. (Weisfall.)

Abg. Graf v. Oriola zieht seine Anträge zurück. Abg. Dr. Müller-Sagan zieht seinen Antrag auf Vertagung zurück.

Abg. Normann (L.) (zur Geschäftsordnung): Die Anregung zu neuen Anträgen hätte vor allem im Seniorenkongress gegeben werden müssen.

Damit schließt die Geschäftsordnungsdebatte; ein Widerspruch gegen gemeinsame Diskussion über obige Paragraphen liegt nicht vor.

Abg. Schöpflin (Soz.): Schon bei der ersten Lesung wurde seitens des Vertreters unserer Partei darauf hingewiesen, daß die Vorlage eine ganze Anzahl von Bestimmungen enthalte, die uns die Annahme sehr schwer machen würden, falls sie in der Kommission nicht geändert würden. Nun hat der Entwurf die Kommission passiert, und die bedenklichen Bestimmungen sind leider bestehen geblieben. In § 4 ist sogar eine Verschärfung eingetreten. Während bisher die Verabschiedung eines Offiziers dem diskretionären Ermessen der Krone überlassen wurde, tritt nunmehr eine zweite Möglichkeit, zu pensionieren, ein. Die doppelte Möglichkeit aber sollte nicht in ein Gesetz von solcher Wichtigkeit hineinkommen, und auch in der Kommission haben sich die Redner verschiedener Parteien dafür ausgesprochen, daß man dieser zweiten Möglichkeit einen Riegel vorzulegen möchte. Die Statistik zeigt, in wie hartem Tempo auch jetzt schon die Pensionierungen erfolgen. Während im Jahre 1886/87 die kommandierenden Generale erst im 60. Lebensjahre verabschiedet wurden, geschah es im Jahre 1903 im 63. Lebensjahre, das ist das 48. Dienstjahr. Die Divisionskommandeure wurden 1886/87 im 61. Lebensjahre oder 47. Dienstjahr, im Jahre 1903 im 58. Lebensjahre oder 42. Dienstjahr pensioniert, die Brigadefeldkommandeure im Jahre 1886/87 im 58. Lebensjahre oder 43. Dienstjahr, im Jahre 1903 im 56. Lebensjahre oder 40. Dienstjahr. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das zeigt, in wie schnellem Tempo die Verjüngung der Armee vor sich geht, seitdem wir den „neuen Kurs“ haben. Die Pensionierung der Divisionskommandeure erfolgt 5—8 Jahre früher als in Frankreich. In den Jahren 1886/87 und 1887/88 wurden 3 kommandierende Generale, 20 Divisionskommandeure, 41 Brigadefeldkommandeure pensioniert, dagegen in den ersten zwei Jahren des neuen Jahres 10 kommandierende Generale (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), 43 Divisionskommandeure (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), und 69 Brigadefeldkommandeure (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) verabschiedet. Als die Mitglieder der Kommission von diesen Zahlen Kenntnis erhielten, äußerten auch sie lebhaftes Bedenken gegen den § 4, ließen diese Bedenken aber zurücktreten, nachdem eine Bestimmung aufgenommen wurde, von der sie glaubten, daß sie einen Riegel für zu schnelles Pensionieren bedeute. Diese neue Bestimmung heißt: „Bei Offizieren mit kürzerer als zehnjähriger Dienstzeit ist in gleicher Weise der Nachweis zu führen, daß sie zu jedem Militärdienst unfähig sind.“

Wir Sozialdemokraten glauben nicht daran, daß damit ein Riegel vorgezogen ist. Beweiskräftig ist allein schon die Tatsache, daß der Herr Kriegsminister mit so großer Bereitwilligkeit auf die neue Bestimmung einging. Denn als seitens einiger Kommissionsmitglieder Bedenken geäußert wurden, daß damit der Kommandogewalt des allerhöchsten Kriegsherrn Abbruch geschähe, erklärte der Kriegsminister, das sei durchaus nicht der Fall. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Als Begründung für das Gesetz erhielten wir rührende Schilderungen über die armen pensionierten Offiziere; dann belamen wir später andere Gründe zu hören: der pensionierte Offizier müsse in andersgemäße leben, er müsse auch seine Söhne wieder Offizier werden lassen können usw. Abg. Erzberger sagte als weiteren Grund hinzu, der verabschiedete Offizier könne keinen weiteren Beruf mehr ergreifen. Ich muß hier ein paar Worte über den angeblich so außerordentlich aufreißenden Beruf des Offiziers sagen: Wenn man die Leute beobachtet, hat man nicht den Eindruck davon, wenn man eine Statistik über die Lebensdauer der verschiedenen Berufe liest, so findet man, daß die Lebensdauer eines Arztes, eines Rechtsanwaltes usw. im Durchschnitt viel länger ist. (Lachen bei den Sozialdemokraten: Und die eines Arbeiters!) Jawohl, auch die eines Arbeiters!

Aus der Statistik des Kriegsministeriums ersehen wir, daß die kommandierenden Generale noch 8 Jahre, die Divisionskommandeure 11, die Brigadefeldkommandeure 12 und die Regimentskommandeure 15 Jahre durchschnittlich in Pensionverhältnis leben. Bei solchen Zahlen kann von einem aufreißenden Beruf nicht gesprochen werden. Wir hatten in der Kommission angeregt, mit dem Pensiongesetz gegen die Soldatenmishandlungen einzuschreiten. Offiziere, die vorzüglich die ihnen obliegende Pflicht der Bewusstseinsvermittlung vernachlässigen oder selbst Soldaten mishandeln, sollten ihren Anspruch auf Pension verlieren. Unser Antrag ist abgelehnt worden. Man hat uns auf die Revision des Militärstrafgesetzbuches verwiesen. Das ist nur ein Verwand, bisher haben weder Korpsbefehle noch allerhöchste Erlasse, noch die außerordentlich scharfen Kritiken hier im Reichstage die Einschränkung der Soldatenmishandlungen herbeiführen können. Offiziere, die stillschweigend ihre Pflicht vernachlässigen, die somit die Ehre des Heeres nicht mehr wahren, verdienen keinen Anspruch auf Pension. Ein solcher Offizier darf nicht noch auf Kosten des Reiches unterhalten werden. Erst in der letzten Woche hat ein Leutnant vor dem Kriegsgericht erklärt, der Hauptmann habe den Untergebenen angedroht, recht scharf gegen ihre Mannschaften einzuschreiten. Was für eine Wirkung muß ein solcher Befehl bei untergeordneten Dienststellen hervorrufen! Unsere Bedenken sind nach der Ablehnung unseres Antrages außerordentlich gestiegen. Wir werden diesem Gesetz, wenn nicht wesentliche Aenderungen noch vorgenommen werden, in der dritten Lesung unsere Zustimmung verweigern müssen. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Oriola (natl.): Die Annahme des Gesetzes wird dem deutschen Volke und dem deutschen Heere zum Segen gereichen. (Weisfall bei den Nationalliberalen.) In der Kommission muß wohl ein Mißverständnis geherrscht haben; denn dort ist das Gesetz, wie der Bericht sagt, einstimmig angenommen worden, und hier erklären die Sozialdemokraten, gegen das Gesetz stimmen zu müssen.

Abg. v. Wallau (L.): An dem Zustandekommen dieses Gesetzes, das ein Stück sozialer Fürsorge bildet, haben alle Parteien in anerkenntnisvoller Weise gearbeitet. Wir stimmen dem Gesetz mit Freuden zu, können aber in der Einzelabstimmung dem Absatz 2 des § 5 nicht zustimmen aus Gründen, die wir bereits in der Kommission entwickelt haben. (Bravo! rechts.)

Abg. Normann (fr. Vg.): Leider ist die Zahl der Pensionierungen im Heere dauernd gewachsen und wächst dauernd. Mit der Zustimmung zu diesem Gesetze geben wir die einzige Waffe aus der Hand, in entgegen gesetztem Sinne zu wirken. Aber Unmögliches können wir nicht verlangen und müssen uns hier auf den guten Willen der Militärverwaltung verlassen. Das Gesetz wäre bereits erledigt, wenn der Reichstag nicht vor einem Jahre plötzlich nach Hause geschickt worden wäre.

Abg. Gamp (Vp.) dankt als Vorsitzender der Subkommission für die Anerkennung, die die Arbeit der Kommission im Hause gefunden hat.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Nat.): In der Thronrede von 1903 wurde das Gesetz angefangen; nach drei Jahren ist es endlich zustande gekommen. Nun soll man aber Einzelwünsche zurückstellen; denn Änderungsanträge würden das Zustandekommen sehr verzögern und damit für absehbare Zeit bereiteln. (Weisfall bei den Antisemiten.)

Die Diskussion ist erschöpft. Das Offizierpensionsgesetz wird mit den von den Abgg. Erzberger und Oriola beantragten Amendements in allen Teilen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Darauf verlagte sich das Haus auf Dienstag 1 Uhr. Tagesordnung: Rechnungssachen, erste und event. zweite Beratung des Nachtrags-Etats, zweite Beratung des Mannschafspensionsgesetzes. Schluß 7 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

69. Sitzung vom Montag, den 21. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung der Novelle zum Vergesetz (Knappschaftsgesetz).

In der allgemeinen Besprechung führt

Abgeordneter Trimborn (Z.) aus: Namens meiner politischen Freunde stelle ich erneut den Antrag, die Regierungsvorlage dahingehend wieder herzustellen, daß das geheime Wahlrecht für die Wahlen zu den Ausschüssen obligatorisch gemacht wird. Ferner beauftrage ich, den Invaliden das aktive und passive Wahlrecht wieder zu gewähren. Trotzdem werden wir der Vorlage zustimmen, wenn unsere Anträge abgelehnt werden, da wir nicht denselben Fehler machen wollen wie die Sozialdemokraten, die gegen alle sozialen Gesetze stimmen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Goltzschmidt (fr. Sp.): Die neue Einrichtung, daß die Namen der Redner dem ganzen Hause vorgelesen werden (der Bureaudirektor hat zur Rechten des Präsidenten eine Tafel anbringen lassen, die in großen Lettern die Rednerliste wiedergibt), zeigt, daß die Rednerliste den Freunden der Regierung wenig günstig ist, da zunächst drei Freunde des geheimen Wahlrechts hintereinander folgen und dann erst drei Gegner desselben hintereinander sprechen werden. Im Ruhrrevier haben gestern 30 Versammlungen von Bergarbeitern stattgefunden, die die Wahlfähigkeit der Invaliden und die Einführung des geheimen Wahlrechts gefordert haben. Wird die Mehrheit des Hauses nun einseitig genug sein, diesen Wünschen der Bergarbeiter Rechnung zu tragen?

Wir fordern das geheime Wahlrecht grundsätzlich; namentlich damit kein Terrorismus ausgeübt wird. Wenn die Minderheit dazu in der Lage wäre, wäre sie verpflichtet, dies Gesetz zu Fall zu bringen. Da die Minderheit das nicht kann, wäre es nur eine leere Demonstration, wenn wir gegen das Gesetz stimmen wollten. Daher werden meine Freunde trotz schwerer Bedenken für das Gesetz stimmen. (Beifall links.)

Abg. Korsantj (Pole): Meine Fraktion wird unter keinen Umständen dem Gesetzentwurf zustimmen. Die Mehrheit hat, möchte ich fast sagen, nicht den Mut gehabt, öffentlich zu erklären, daß sie grundsätzlich gegen das geheime Wahlrecht sei. Deshalb hat sie die Rücksicht auf die großpolnische Agitation vorgeschoben. Das Phantom existiert aber gar nicht.

Abg. Dr. Volk (natl.): Ich bitte, die Beschlüsse der zweiten Lesung anzunehmen. Wir würden Selbstmord üben, wenn wir angesichts der großpolnischen Agitation die geheime Wahl gesetzlich festlegten.

Abg. Franke (natl.) macht darauf aufmerksam, daß viele Gemeinden in Oberschlesien sich gegen die obligatorische Einführung der geheimen Wahl ausgesprochen hätten.

Abg. Stockmann (kons.) erklärt, daß seine Fraktion nicht grundsätzlich gegen die Invaliden sei, sondern nur aus praktischen Gründen. Der Abg. Korsantj habe keinen Grund, sich hier aufzuregen, da er ja in der Kommission stets gefehlt habe.

Abg. Brust (Z.): Wenn unsere Anträge hier abgelehnt werden, so werden wir an den Reichstag gehen, wo hoffentlich unsere weitgehenden Wünsche erfüllt werden. Bedauerlich würde es sein, wenn im Falle der Ablehnung unserer Anträge die Sozialdemokratie das Gesetz, das doch eine Reihe Verbesserungen für die Bergarbeiter enthält, zur Agitation im Interesse der Verschärfung der Gegenfrage benutzen würde. Die christlichen Bergarbeiter werden die Verbesserungen anerkennen und werden auch anerkennen, daß wir bestrebt gewesen sind, weitere Verbesserungen zu erreichen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Goltzschmidt (fr. Sp.) wendet sich gegen einige Ausführungen des Abg. Dr. Volk.

Abg. Ihmer (Z.) tritt für die Beschlüsse zweiter Lesung ein.

Abg. Fuchs (Z.) empfiehlt die Anträge des Zentrums.

Handelsminister Delbrück: Ich habe in den letzten Tagen in die Debatte nicht eingegriffen, weil die Stellung der Regierung ja aus den Kommissionsberatungen bekannt ist und wir auch über das Schicksal der Vorlage nicht im Zweifel sein konnten. Wir teilen die Auffassung, daß das Gesetz ein gutes ist und viele Verbesserungen für die Arbeiter bringt. Das Kompromiß selbst begrüßen wir als eine erfreuliche Tatsache. Ich freue mich sehr, daß es gelungen ist, beinahe alle Parteien auf einem gemeinschaftlichen Boden zu einigen und etwas zustande zu bringen, was zum Wohle der beteiligten Arbeiter ausfallen wird. Ich kann nur wünschen, daß diese Zusammenarbeiten und noch recht oft beschieden sein möge zum besten aller Beteiligten. (Beifall rechts und in der Mitte.)

Damit schließt die allgemeine Besprechung.

In einer persönlichen Bemerkung erklärt

Abg. Korsantj (Pole), daß er zwar in der Kommission gefehlt habe, da er bringend verhindert gewesen sei, daß aber die Abgg. Stockmann und Brust keine Veranlassung hätten, sich über ihn aufzuhalten, da sie ebenfalls gefehlt hätten.

Die Abstimmung über § 179 und die dazu vorliegenden Anträge (Geheime Wahl und Wahlfähigkeit der Invaliden) sowie die Gesamtstimmung über das Gesetz wird auf Antrag des Abg. Dr. Vorsch (Z.) auf Dienstag verlagert. Die übrigen Bestimmungen werden nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen. Es folgen Petitionsberichte.

Parlamentarisches.

Herr Dr. Heinz Rothhoff sendet uns folgende Erklärung:

In der ersten Beilage zu Nr. 114 Ihrer Zeitung vom 18. Mai bringen Sie unter der Überschrift: „Der maskierte Mittelstandspolitiker“ einen Bericht über die Sitzung der 14. Reichstagskommission vom 17. Mai, der sich auch mit meiner Person beschäftigt und mein Verhalten in jener Kommission absolut falsch darstellt.

Es ist mir nicht eingefallen, einseitig für die technischen Angelegenheiten und gegen die Arbeiter aufzutreten. Gegen die sozialdemokratische Resolution, dem § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches unbedingt zwingenden Charakter zu geben, habe ich nur deshalb gestimmt, weil der Paragraph nach zwei Richtungen weit über die Vorschriften des Handelsgesetzbuches und der Gewerbeordnung hinausgeht und weil in dieser Allgemeinheit tatsächlich seinem zwingenden Charakter schwere Bedenken entgegenstehen müssen. Ich habe aber gleichzeitig erklärt, daß ich für einen zwingenden Rechtschutz auch der Arbeiter gern stimmen würde, und Herrn Lipinski anheimgegeben, die Resolution dahin zu beschränken, daß der Reichstangler um einen Gesetzentwurf ersucht wird. „Durch den im § 616 B. G. B. Vergünstigungen zwingenden Charakter im Sinne des § 63 B. G. B. und des § 133c B. G. B. für den zur Dienstleistung verpflichteten geschaffen werden.“ Diese Resolution werde ich selbst beantragen, falls es nicht von anderer Seite geschieht.

Ebenso falsch ist die Behauptung, daß ich mich gegen die Ausdehnung des Gewerbevertragsgesetzes auf Eisenbahnangestellte, Dienstboten und landwirtschaftliche Arbeiter erklärt hätte. Die Ablehnung des Antrages Lipinski erfolgte aus formellen Gründen wegen der Vermeidung mit einem Antrage für die technischen Beamten. Ich habe aber in der Kommission erklärt, daß ich für die Lipinski'sche Anregung stimmen würde, sobald diese als besonderer Antrag eingebracht würde.

Ich darf wohl erwarten, daß Sie Ihren Lesern von diesem tatsächlichen Sachverhalte Kenntnis geben werden.

Hochachtungsvoll

Dr. Heinz Rothhoff, Mitglied des Reichstags.

Hierzu bemerkt unser Gewährsmann:

Alle Anträge, die der Abg. Rothhoff gestellt hatte, sollten den technischen Angestellten allein zugute kommen und deren Rechte vergrößern. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission wollten aber die Vergünstigung auch den Arbeitern zugänglich machen, ein Verlangen, das von den bürgerlichen Abgeordneten der Kommission nicht unterstützt worden ist. Darum ist die Schlußfolgerung berechtigt, daß der Abg. Rothhoff nur für die technischen Angestellten eine Befreiung des Rechts haben wollte; also einseitig vorging.

Die sozialdemokratischen Mitglieder wollten auch dem § 616 B. G. B. zwingenden Charakter geben und beantragten die Resolution. Eine Resolution weicht insofern von Anträgen ab, als sie die Anerkennung eines Prinzips verlangt, während Anträge Fragen spezifizieren. Die sozialdemokratischen Mitglieder wollten die Anerkennung des Prinzips und überließen es späteren Gesetzesvorlagen, die einzelnen Fragen zu gliedern. Das wurde auch in der Kommission ausgesprochen. Trotzdem stimmte auch der Abg. Rothhoff dagegen, weil er event. nur für die Fortzahlung des Lohnes bei Krankheit zu haben wäre.

Die weiteren Entschuldigungen veranlassen zu folgender Bemerkung:

Der Antrag Rothhoff wollte die Ausdehnung der Zuständigkeit des Gewerbegerichts auf die technischen Angestellten mit über 2000 M. Jahresarbeitsverdienst, also auch wieder ausschließlich für eine Erwerbsgruppe. Die sozialdemokratischen Abgeordneten stellten nun hierzu den Unterantrag, die Zuständigkeit auf die Dienstboten, ländlichen Arbeiter und Eisenbahnangestellten auszuweiten. Sie sogen nur den allein richtigen Schluß aus dem Antrage Rothhoff, daß, wenn einmal die Zuständigkeit des Gewerbegerichts ausgedehnt werden sollte, dann auch die Kreise hineingezogen werden müssen, die des Rechtsschutzes dringender bedürfen. Formelle Einwände konnten darum nicht vorliegen, sie stellen sich auch nur ein, wenn man auch sonst die Regelung einer Frage für andere nicht will.

Aus der Partei.

Der diesjährige Parteitag in Mannheim beginnt nicht, wie bekanntgegeben, am 16. September, sondern am 23. September. Er tagt in der städtischen Festhalle „Rosengarten“, einem der schönsten Etablissements Deutschlands.

Nach einer Veröffentlichung der „Volkstimme“ gingen beim Lokalkomitee des Parteitages schon über 1200 M. freiwillige Beiträge ein.

Der Verband junger Arbeiter Deutschlands (Eig. Mannheim) macht, wie uns mitgeteilt wird, kolossale Fortschritte. Die Zahl seiner Mitglieder beträgt schon 1100. Fortwährend werden neue Ortsgruppen, hauptsächlich in Süddeutschland, gegründet und überall ist reges Leben vorhanden. Auch die „Junge Garde“, das Organ des Verbandes, hat reich eine große Verbreitung gefunden und ist gut aufgenommen worden. Sie erscheint ab 1. Juni achteinseitig und ist in allen Parteibüchereien zu haben. Zu jeder weiteren Auskult ist der Vorsitzende des Verbandes, Genosse Bruno Wagner in Mannheim, R. 4. 2, gerne bereit.

Ein weiteres Erkennen der sozialistischen Jugendorganisation und eine ausgedehnte Verbreitung ihres Organs ist lebhaft zu wünschen.

Gemeindefürer. Bei den Bürgerauswahlgewahlen der 3. Klasse Schriesheim (Baden) siegte die sozialdemokratische Liste mit 204 Stimmen über die Gegner, die es nur auf 74 brachten. Im ganzen sind 11 Genossen gewählt.

In St. Georgen (Schwarzwald) siegte bei den Auswahlgewahlen der dritten Klasse die gemeinsame Liste der sozialdemokratischen Partei und des Bürgervereins.

In Lörrach siegte in der 3. Klasse eine vereinbarte Liste, gegen welche sich kein Widerspruch erhob, mit 306 Stimmen; die Sozialdemokraten sind dadurch mit 20 Genossen auf dem Rathaus vertreten, das bisher die freisinnige Hochburg war.

In die preussische Freiheit zurückgekehrt ist der Zimmermann Genosse Hönisch-Breslau, nachdem er neun Monate im Strafgefängnis zu Wollau zugebracht hat. Wie noch in vieler Erinnerung sein wird, wurden Hönisch und sein Kamerad Herrmann Schmidt im vorigen Jahre vor den Rabi geschleppt, weil sie „Arbeitswillige“ nicht mit Glacéhandschuhen angefaßt haben sollen. Das Breslauer Gericht verurteilte Schmidt zu drei Monaten, Hönisch zu neun Monaten Gefängnis.

Seine Verbandskollegen haben am Sonntag dem Genossen Hönisch im Werkshaus einen schönen Empfang bereitet.

Geschäftsleiter der Partei in Hamburg. Nach dem Beschluß der Generalversammlung der Landesorganisation Hamburg soll dort spätestens am 1. Juli ein zweiter Geschäftsleiter für die Partei angestellt werden. Das Anfangsgehalt beträgt 2400 M., jährlich steigend bis zum Höchstbetrage von 3000 M. Die Genossen, die sich um die Stellung bewerben wollen, müssen schriftlich die Angebote unter Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bis zum 22. Mai an den Genossen E. Dübber, dem ersten Geschäftsleiter, Fehlandstraße 11, unter der Aufschrift „Geschäftsleiter“ eingereicht haben.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Polizei kann alles! Am 7. Juni v. J. hatten die beiden Vergleute Kruse und Prozei auf Harzopf bei Mülheim a. d. Ruhr dem verstorbenen Vorstandsmitgliede Stenber vom sozialdemokratischen Wahlverein für den Kreis Mülheim das Geleit gegeben und hierbei im Leichenzuge einen Kranz mit roter Schleife getragen. Das hatte Polizeiergeant Riedel bemerkt. Damit der etwa 1200 Einwohner zählende Ort Harzopf nun nicht ins Wadeln geriet, hielt es Herr Riedel für angebracht, die rote Schleife aus dem Leichenzuge zu entfernen. Weil aber die beiden Genossen dem Danks des Polizeibeamten nicht nachkamen, so trennte dieser selbst höchst eigenhändig die verpönte Schleife von dem Kranze. Gegen die beiden Missetäter wurde pflichtschuldigst Anzeige erstattet und Anklage erhoben. Das Schöffengericht in Mülheim hatte nun zweifellos für die staatsretterische Leistung des Herrn Riedel nicht das richtige Verständnis, denn es sprach beide mit der Begründung frei, daß, wenn irgend jemand Aergernis erregt habe, dann dies nur der Polizeiergeant Riedel gewesen sein könne, indem dieser die Schleife selbst entfernt, den Leichenzug ins Stoden gebracht und dadurch bei den Leidtragenden Unwillen hervorgerufen habe! Die sozialdemokratische Partei sei eine anerkannte politische Partei und wenn ihre Anhänger es ihrem Geschmack entsprechend hielten, rote Kranzschleifen zu tragen, so lasse sich dagegen so lange nichts sagen, als nicht aus der ganzen Art und Weise des Leichenzuges der Zweck einer Demonstration hervorgehe, grober Unfug verübt werde, oder die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet erscheine. Auch seien die Kriterien eines „außergewöhnlichen“ Leichenzuges nicht gegeben. Alles das treffe nach den eigenen Behauptungen des Polizeibeamten nicht zu. — Nach dieser richterlichen Abfertigung hätte man nun eigentlich erwarten können, daß die Sache erledigt gewesen wäre. Doch der Herr Staatsanwalt dachte anders. Die rote Schleife wurde vor die Verurteilung, vor die Strafverurteilung des Landgerichts Duisburg geschleppt. Und nun erfolgte — Verurteilung der beiden Sünden! 5 M. soll jeder büßen. Zwar ließ der Herr Staatsanwalt selbst die Anklage wegen groben Unfugs fallen, auch die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit wollte trotz krampfhaften Bemühens nicht in Gefahr geraten, noch nicht einmal das „außergewöhnliche“ Leichenbegängnis konnte konstatiert werden. Und doch fand sich ein Grund zur Verurteilung. Der Herr Regierungspräsident von Düsseldorf hat nämlich am 26. März 1900 eine Polizeiverordnung erlassen, wonach jedermann den Anordnungen eines Polizeibeamten nachzukommen und seinen Auf-

forderungen Folge zu leisten hat, falls ein solcher Allerteilspolizist annimmt, es könne die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit in Gefahr geraten! Die Duisburger Strafkammer nahm nun an, daß ein solcher Fall vorlag. Denn zweifellos sei der Polizeiergeant Riedel in dem Glauben gewesen, die rote Schleife im Leichenzuge könne Aergernis erregen! Die Angeklagten hätten deshalb der Aufforderung, die Schleife zu entfernen, nachkommen müssen! —

Somit wären wir also glücklich beim absoluten Polizeiregiment angelangt. Die Polizei weiß alles, sie kennt alles, sie ordnet alles. Und der Teufel soll den holen, der nicht daran glaubt, daß das p. p. Publikum der Polizei wegen sein Dasein fristet.

Es bleibt nur noch abzuwarten, was das Kammergericht zu dieser Heiligpreisung der Polizei sagen wird.

Das sächsische Versammlungsrecht. Wie wir vor einiger Zeit meldeten, hat die Amtshauptmannschaft zu Dippoldiswalde (Sachsen) eine Versammlung in Schmiedeberg verboten, in der Herr Stern-Verlin über das Thema: „Gibt es einen Gott?“ reden wollte. Die Begründung ging dahin, daß die Versammlung eine Demonstration gegen die Grundsätze der christlichen Religion und die bestehende kirchliche Ordnung sei, daher die kirchlich gefühlte Bevölkerung in hochgradige Erregung versetzen müsse und leicht zu einer Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit führen könne. Auf die Beschwerde des Versammlungsberechtigten hat nun die Kreis-hauptmannschaft Dresden das salomonische Verbot für ungerechtfertigt erklären müssen.

Der Charletsche Doppelmord

vor dem Schwurgericht.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts Berlin I begann gestern die Verhandlung gegen den Mechaniker Paul Charlet wegen Doppelmordes. Die Beschuldigung geht dahin, in der Nacht vom 7. zum 8. August durch Chloroform gemeinschaftlich mit seiner Ehefrau Charlotte geb. Wolter seine vier Jahre alte Tochter Hildegard ermordet und seine Ehefrau nach Verabredung mit dieser getötet zu haben.

Nach den Wortdaten suchte er auch sich selbst zu vergiften. Als ihm dies nicht gelang, hat er sich zu erschließen versucht, aber auch die beiden Revolverkugeln, die er sich beigebracht, haben ihm den erwünschten Tod nicht geschenkt. Charlet ist inzwischen von seinen Wunden wiederhergestellt.

Der erst 27 Jahre alte Angeklagte befindet sich seit dem 24. August 1900 in Untersuchungshaft. Er war zur Zeit der Tat noch unbestraft; inzwischen ist er am 13. Dezember 1900 wegen Diebstahls von einem Motor zu 1 Monat Gefängnis verurteilt worden. Außerdem schwebte gegen ihn ein Verfahren wegen Minsvergehens, welches wegen Verjährung der Tat eingestellt worden ist. Am 21. Februar v. J. ist er wegen Verbrechen wider die Sittlichkeit zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Er wurde für schuldig befunden, sich gegen seine noch nicht 14 jährige Nichte unzüchtig verhalten zu haben. Die von ihm eingeleitete Revision ist vom Reichsgericht verworfen worden, der Angeklagte betreibt aber das Wieder-aufnahmeverfahren.

Da in der jetzigen Verhandlung Dinge sehr intimer Art zur Sprache gebracht werden müssen, beschließt der Gerichtshof den Ausschluß der Öffentlichkeit, gestattet jedoch den Vertretern der Presse die Anwesenheit im Gerichtssaal. Auf Befragen des Vorsitzenden gibt der Angeklagte über seine persönlichen Verhältnisse folgendes an: Er ist in Berlin als Sohn eines Zimmermanns geboren. Nach dem Tode seines Vaters hat seine Mutter einen Bureauvorsteher geheiratet. Der Angeklagte, der noch zwei Schwestern hat, besuchte bis zum 14. Lebensjahre die Gemeindevschule bis zur ersten Klasse, wurde in der französischen Kirche konfirmiert und kam dann bei einem Maschinenfabrikanten im Grünen Weg 104 in die Lehre. Wie er berichtet, ist er von Hause aus sehr streng erzogen worden, hat als Junge viel in der Wirtschaft mithelfen müssen und hat, wie er sich ausdrückt, keine Zeit gehabt, seine Jugend viel genießen zu können. Am 18. Jahre an hat er als Geselle in den verschiedensten Arbeitsstätten gearbeitet, scheint aber nirgends lange ausgehalten zu haben. Er hat schon

frühzeitig mit Selbstmordgedanken

sich getragen, wie sich aus einem vom Vorsitzenden verlesenen Brief ergibt. Der Angeklagte war damals erst 17 Jahre. In einem an ein Mädchen Elise gerichteten Briefe erklärt er dieser seine unaußsprechliche Liebe und nimmt Abschied von ihr, da ihm von seiner Mutter nicht erlaubt worden sei, die Langstunde zu besuchen, er aber ohne seine Elise nicht leben könne. Der Brief schließt wie folgt: „Vete für mich ein Vater unser, denn ein Leben ohne Dich wäre sad und ode.“ Der junge Mann hat dann wirklich einen Selbstmordversuch gemacht, der aber mißglückte.

Bekanntschaft mit seiner Frau.

Im Jahre 1898 lernte er seine spätere Frau kennen, die damals Wäscherin bei ihrer Schwester war. Er hatte sie auf einem Tanzvergnügen in Charlottenburg kennen gelernt und ging mit ihr zwei Monate lang. Sie wollte aber nichts von ihm wissen, weil er ihr, wie er meint, nicht forsch genug war. Sie hat ihm den Abschied gegeben und gesagt, daß sie noch zu jung sei, sich noch nicht binden wolle und das Leben erst noch ein wenig genießen möchte. Der Angeklagte hat ihr damals einen längeren bezeichnenden Brief geschrieben, in welchem er folgende Charakteristik seiner eigenen Person gab: „Mein liebes Lottchen! Ein jeder Mensch hat seine Fehler, ich glaube, daß ich mir den größten, nämlich den Leichtsinns, ausgesucht habe. Ich bin gestern nicht zu weit gegangen, wie ich Dir versprochen hatte, sondern bin kühnen gewesen und weiß nicht, wie das noch enden soll. Ich habe auch keine Arbeit. Sollte ich bis zum Abend nichts gefunden haben, so will ich ein Ende machen, denn an meinen guten Charakter glaube ich selbst nicht mehr und Du würdest keinen braven Kerl, sondern einen Schurken heiraten. Nach der letzten Sauferei schwor ich mir zu, mich zu ändern, aber es geht nicht. Ich kann aber von Dir nicht lassen, denn ein Leben ohne Dich wäre mir unmöglich. Mein liebes Lottchen, wenn ich Dich nun bitte, daß Du mich heute abend noch einmal erwartest, es soll dann der Abschied sein. Ich glaube fast, daß ich Dich nicht mehr glücklich machen kann. Du würdest in Dein Unglück hinein rennen. Ich muß also Abschied von Dir nehmen, weil ich ein zu gemeiner Schurke bin, der sein liebes Lottchen nicht zu achten weiß.“ Der Angeklagte hat dann

auch damals einen Selbstmordversuch

verübt, indem er sich einen Revolverkugeln in die Brust jagte. An der Verwundung ist er längere Zeit in Verhanken in Behandlung gewesen; seine spätere Ehefrau ist dorthin gekommen, hat ihn gepflegt, es kam wieder zu einem innigeren Verhältnis, und im September 1900, als er erst 21 Jahre alt war, haben sich die beiden geheiratet. Ueber die

weitere Gefastung der Ehe

bringt der Angeklagte eine umständliche Erzählung vor, die uns zum allerkleinsten Teile verständlich ist. Er behauptet, daß er von Anfang an mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt habe. Als er heiraten wollte, seien ihm von seiner Mutter 1000 M. versprochen worden zum Ankauf von Möbeln, er habe aber nur 100 M. erhalten, und daraus habe sich schon eine mißliche Lage ergeben. Er will aber doch durchgekommen sein, da er fleißig gearbeitet habe. Als dann seine Frau krank geworden und das Kind gekommen sei, sei er mit seinen Verdiensten nicht mehr ausgetommen, und da sei es mit ihm bergab gegangen. Er habe schließlich mit seiner Frau eine Stube bei seinem Schwiegervater bezogen, es sei aber bald zu einem Krach gekommen, und er habe wieder eine eigene Wohnung bezogen und sich Möbel auf Abzahlung genommen. Er habe dann auch wieder guten Verdienst gehabt und seine Frau habe durch Aufemwachen 10 Mark wöchentlich zuverdient. Er hat dann bei dem Bestier eines Etablissements in Stolpe eine Fahrrad-Reparaturwerkstatt aufgemacht und ist infolge dessen tagüber von seiner Frau getrennt gewesen.

Der Vorsitzende hält ihm vor, daß er seine Frau habe dardem lassen,

während er selbst ein lustiges Leben geführt und Verkehr mit Mädchen angefangen habe. Der Angeklagte bestreitet dies. Er will stets bis zum späten Abend gearbeitet und dann allerdings ganz harmlos mit Mädchen getanzt und mit ihnen Bier getrunken haben. Wichtig ist es, daß er sich schließlich habe dazu bereit lassen, mit einem Mädchen Maria K. Geschlechtsverkehr gehabt zu haben. Seine Frau ist, wie er erzählt, dahinter gekommen und es ist zu wiederholten Malen zu heftigen Ausbrüchen gekommen. Er habe ihr die Versicherung gegeben, daß er sich nur ein einziges Mal vergessen habe, sie habe sich aber dabei nicht beruhigen wollen und wiederholt gedroht, ihn zu erschließen, ihm die Augen auszuknagen oder ihm Öl zum Gesicht zu gießen. Schließlich sei es aber wieder zur Veröhnung gekommen. Der Vorsitzende hält ihm vor, daß die verstorbene Frau verschiedenen Personen gellagte habe, daß ihr Mann sie sogar

zur gewerbmäßigen Unzucht angehalten habe. Der Angeklagte bestreitet dies mit größter Lebhaftigkeit und stellt die Sache so dar, daß seine Frau diese Mär nur erfunden habe, weil sie sich selbst mit einem seiner Bekannten namens A. eingelassen gehabt, von diesem sogar Geld dafür angenommen habe und nun darauf bedacht gewesen sei, Wege zu finden, um den Verkehr mit A. leichter fortsetzen zu können. Sie habe sich selbst auf Abenteuer begeben und bei Munds getanzt und habe ihm dann triumphierend gelagt, daß sie mit einem kleinen schwarzen Mann sich amüsiert habe. Er habe natürlich keine Ahnung gehabt, daß dies sein Freund A. gewesen sei. Diese Eröffnung seiner Frau habe ihn aufs höchste erregt und in Verzweiflung gebracht und er habe mit ihr den Gedanken erwogen, zusammen aus dem Leben zu scheiden. Er selbst habe nach dem, was er von seiner Frau erfahren, nicht mehr leben können und auch seine Frau wollte nicht mehr leben, sondern hat ihn zunächst, sie zu erschließen.

Der Angeklagte erzählt: Ich habe meiner Frau erklärt, daß ich es nicht fertig bekomme, sie zu erschließen. Darauf hat meine Frau den Vorschlag gemacht, sich mittels Chloroforms zu vergiften. Er habe sich dann auch dazu bereit erklärt. Von einem Drogeristen, dem er vorgab, das Chloroform zu gewerblichen Zwecken zu benutzen, habe er zwei Flaschen Chloroform besorgt. Am 31. Juli hatten sie beschlossen, sich das Leben zu nehmen. Die Frau schickte das Kind zu ihrer Schwester mit einem

Abschiedsbrief,

in welchem es hieß: „Die einzige Bitte, die ich habe, ist die Sorge für das Kind, mein einziges liebes Vottchen. Unseres Erachtens nach könnten wir nicht anders handeln. Erzählt meinem Vottchen nichts Schlechtes von mir, damit mein liebes süßes Vottchen auch nach meinem Tode mir noch die Liebe bewahren kann, die sie immer für mich hatte. Das Beste wäre, sie folgte mir bald nach.“

Der Vorsitzende weist darauf hin, nach der Ansicht der Anklage lasse sich doch nicht annehmen, daß hiernach die Frau das Kind getötet haben könne, daß vielmehr er als der Mörder des Kindes zu gelten habe. Der Angeklagte bestreitet dies ganz entschieden und bittet, zu glauben, daß der Gedanke, sich zu töten, doch ganz blickartig im Moment gekommen sei:

tot! — weg! — erledigt!

Als die Schwester den Abschiedsbrief erhalten, lief sie schleunigst in die Wohnung des Angeklagten und traf das Ehepaar noch am Leben. Die

Selbstmordgedanken traten dann wieder in den Hintergrund

und man ging zusammen noch zu Viere. Der Angeklagte hat dann das Kind wieder nach Hause geholt und will dann mit seiner Frau den Gedanken, sich zu töten, weiter erörtert, aber dabei immer die entscheidende Absicht vertreten haben, das Kind unter keinen Umständen zu töten. Sie haben sich dann dahin geeinigt, die ihnen gehörigen Sachen zu verkaufen, noch einige Tage lustig zu leben und dann aus dem Leben zu scheiden. Er hat aus dem Verkauf der Sachen 175 M. erlöst. Der Vorsitzende hält ihm vor, daß er am 31. Juli noch ganz vergnügt gewesen sei und allerlei leichtfertige Redensarten geführt habe, die die Etre seiner Frau schwer fränkten mußten. Er erwidert, daß dies Galgenhumor gewesen sei; er habe seine Frau, die er sehr lieb gehabt, nicht mehr als seine Frau achten können, und wenn er daran dachte, daß sie in den Armen eines anderen gelegen, sei ihm das Blut zu Kopfe gestiegen.

Am 7. August ist der Bekannte K. auf seine Einladung zu ihm gekommen. Der Angeklagte, der noch immer nicht gewohnt haben will, daß dieser der Mann war, mit dem sich seine Frau vergangen, ging fröhlich mit ihm und seiner Frau aus und sie kniepten zusammen in einem Schanklokal. Er hatte das Getränk verbreitet, daß er eine Stellung außerhalb angenommen habe und die Hausverwalterin hatte er schon gebeten, am nächsten Morgen den Frühstückstisch an seine Tür zu hängen. Aus diesem Grunde fielen auch einige sonderbare Reden, die Charlet in dem Schanklokal machte, nicht auf. Charlet war im übrigen ganz vergnügt. Man blieb bis 11 Uhr abends zusammen und nachdem noch „ein Landwehrtöpf“ getrunken war, ging das Ehepaar Charlet nach Hause. — Präsi.: Nun erzählen Sie, was weiter passiert ist. — Angekl.: Als wir oben gekommen waren, setzten wir uns und sprachen die ganze Sache noch einmal durch. Sie hat mich um Vergebung für das, was sie mir angetan und ich vergab ihr, wie sie mir auch vergab. — Präsi.: Dann haben Sie noch mehrere Briefe geschrieben, auch Ihre Frau hat solche geschrieben. In dem

Abschiedsbrief

an Ihre Mutter schreiben Sie u. a.: „Liebes Muttchen! Wir haben unser Kind mitgenommen, weil es nicht besser aufgehoben ist, als bei seiner Mutter. Das Leben ist schön, wenn man das nötige Kleingeld hat, aber die ewigen Sorgen müssen doch einmal ein Ende haben. Unser letzter Wunsch ist der, daß wir alle zusammen ein gemeinsames Grab bekommen.“ — Der Angeklagte verbleibt dabei, daß er bis zum letzten Augenblick dem Gedanken, das Kind zu töten sich widersetzt habe, während die Frau an diesem Gedanken festgehalten habe. Den Hinweis auf die ewige Sorge hätten sie nach Verabredung in ihren Abschiedsbriefen gewählt, um die Tat plausibler erscheinen zu lassen. — Präsi.: Was geschah nun, als Sie die Briefe geschrieben hatten? Da hat ja wohl Ihre Frau sich hingeworfen und hat für das Kind ein Sterbehemdchen genäht. — Angekl.: Ich schlief unterdessen ein. Dann wurde ich von der Frau geweckt, um ihr zu helfen, das Kind zu baden. — Präsi.: Sie selbst und Ihre Frau haben sich auch noch gebadet? — Angekl.: Ja. Ich ging dann eine Weile wieder ins Bett, setzte mich dann auf das Sofa und war absolut nicht mehr fähig, normal zu denken. — Präsi.: Wo war das Kind? — Angekl.: Das lag im Bett. Als ich dann nach der Küche ging, holte meine Frau eine Chloroformflasche herbei und tötete das Kind. Ich hörte, wie dieses zwei gurgelnde Töne von sich gab und als ich an das Bett trat, war das Kind schon tot. — Präsi.: Bei Ihrer polizeilichen Vernehmung haben Sie ganz anders ausgesagt. Da haben Sie gesagt: Ihre Frau habe dem Kinde Watte vor den Mund gehalten und Sie hätten aus der Flasche Chloroform darauf geträufelt. — Angekl.: Ich bin erst am 17. August, nachdem ich selbst aus der Charité entlassen worden war, polizeilich vernommen worden. Ich hatte zuerst gedacht:

Was hat die Polizei ihre Nase in diese Sache zu stecken,

die sie doch gar nichts angeht? Ich war natürlich seelisch ganz zerrüttet und habe dann aus Mitleid für meine Frau die Sache halbpart genommen. — Präsi.: Sie erinnern sich doch aller Vorkommnisse in jener Nacht noch ganz genau, haben in aller Ruhe alle Vorbereitungen zu der Tat besorgt, müssen also ganz kaltblütig gewesen sein. — Angekl.: Ich erinnere mich nur sprunghaft. — Auf andere Vorhaltungen des Vorsitzenden, daß die heutige Darstellung der Vorgänge an innerer Unwahrscheinlichkeit leide und daß es ja der Angeklagte gewesen sei, der das Kind erst wieder in die Wohnung zurück geholt habe, erklärt der Angeklagte: er sage die reine und nackte Wahrheit, wie er auf sein Ehrenwort versichere.

Heber den weiteren Verlauf gibt der Angeklagte auf Befragen folgende Darstellung: Als das Kind tot war, belam meine Frau

einen kurzen Weinkampf. Dann gingen wir aus Beet, und selbst zu töten. Wir verabredeten zunächst, daß derjenige, dem etwa wieder etwas passieren sollte, sich mit dem neben dem Bett liegenden Revolver töten sollte. Ich band mir dann ein Taschentuch um Mund und Nase. Unter das Tuch hatte ich Watte und die Chloroformflasche verkehrt gebunden, so daß die Flüssigkeit auf die Watte träufeln mußte. Auch meine Frau machte es so und ich band ihr hinten das Tuch zusammen. — Präsi.: Nun ist Ihre Frau allerdings gestorben. Sie aber sind am Leben geblieben. — Angekl.: Bei mir muß sich die Flasche auf die Seite gehoben haben und ausgelaufen sein. Ich habe auch, als ich aufwachte, noch Kaffees an meinem Halse gemerkt. — Präsi.: Das ist doch wohl kaum möglich, denn Chloroform verdunstet doch sehr bald. — Angekl.: Es ist so, wie ich sage. — Präsi.: Wann wachten Sie nun wieder auf? — Angekl.: Erst am nächsten Tage um 11 Uhr. Als ich aufwachte, sah ich, daß meine Frau tot war. Da mir von dem Chloroform sehr schlecht im Halse war, ging ich in die Küche und trank Wasser. Vor dem Bett lag der mit 4-5 Patronen geladene Revolver, der nach unserer Verabredung nun in Anwendung kommen sollte. Ich ergriff den Revolver, legte mich ins Bett, machte die Augen zu und

schuß viermal

auf mich los. Zwei Schüsse verfehlten ihr Ziel, zwei andere verwundeten mich am Halse und an der Brust. Mir wurde schwarz vor den Augen und ich schlief wieder ein bis zum 9. August um 9 Uhr. Nun hatte ich kein Vertrauen mehr zum Revolver und wollte mich

aufhängen.

Ich legte mir eine Schlinge um den Hals und wollte mich an dem Bettposten erschöpfen. Es war auch schon so weit, daß mir Wasser aus dem Munde kam, als es plötzlich klingelte. Da kam mir der Gedanke, daß, wenn jetzt die Tür geöffnet wird, ich sofort abgehängt werden und meinen Zweck nicht erreichen würde. Ich öffnete deshalb die Tür und sah dann

Polizeibeamte

vor mir, die mich fragten, wo meine Frau und das Kind wären. — Präsi.: Die Polizei war drauf und dran, die Tür mit einem Dietrich zu öffnen, als Sie plötzlich in die Erscheinung traten. Frau Weuster, die die Hausreinigung unter sich hat, hatte die Polizei herbeigerufen, da sie schon den zweiten Frühstückstisch an die Tür gehängt hatte und von Ihrer Familie nichts zu bemerken war. Sie haben dann den Polizeibeamten auf ihre Frage gesagt, Frau und Kind seien bei den Eltern, da Sie mit ihnen am Tage vorher einen Automobilunfall erlitten hätten. Die

Beamten waren schon einige Treppensufen wieder hinabgegangen, als Frau Weuster ihnen zeigte, daß Sie eine Wunde am Halse hatten und es nicht wahr sein dürfte, daß Frau und Kind bei den Eltern seien. Inzwischen erschien auch der Polizeileutnant Reimann an Ort und Stelle, dem der Angeklagte erklärte, daß die Wunde am Halse von dem angeblichen Automobilunfall herrührte. Der Polizeileutnant ordnete nun an, die Charlet'sche Wohnung einer Durchsuchung zu unterwerfen. Als alleamt die Wohnung betreten hatten, gab plötzlich der Angeklagte

zwei Schüsse

aus seinem Revolver auf sich ab. Eine Kugel drang in die Stirn, er warf den Revolver mit aller Gewalt weit von sich und fiel darauf zur Erde. Es wurde ein Arzt herbeigeholt und der Angeklagte zur Charité gebracht. Vorher war er in der Wohnung noch wieder zur Besinnung gekommen, ließ sich auf der inzwischen angekommenen Tragbahre so hoch heben, daß er seine Frau und sein Kind sehen konnte und brach in lautes Weinen aus. Der Angeklagte ist nach wenigen Tagen aus der Charité wieder entlassen worden.

Der Angeklagte bestätigt diese Darstellung als zutreffend, verbindet damit aber die Versicherung, daß die Tötung des Kindes das Werk seiner Frau gewesen sei. Seine Frau habe ihn mit mehreren Männern hintergangen, und lediglich aus diesem Grunde habe er sich einberufen erklärt, zusammen mit seiner Frau zu sterben. Den Tod des Kindes habe er nimmermehr gewollt.

Die Beweisaufnahme

beginnt mit der Vernehmung des Polizeileutnants Reimann sowie mehrerer Polizeibeamten, die seinerzeit auf den Ruf der Frau Weuster hin eine Durchsuchung der Charlet'schen Wohnung vorgenommen hatten. Die Zeugen bestätigen, daß E. schon damals angegeben hat, er habe bei der Tötung des Kindes mitgeholfen, habe es aber schon nach kurzer Zeit nicht mehr mit ansehen können. Der Kriminalhauptmann Rißfeldt, der den Angeklagten zuerst vernommen hatte, bekundet, daß Charlet bei dieser ersten Vernehmung zugestanden habe, daß erst seine Frau dem Kinde die Watte auf das Gesicht gelegt habe und von ihm dann aus der Flasche das Chloroform hinaufgegossen worden sei. Er habe das aber nicht lange mit ansehen können und sei nach der Küche gegangen, wo seine Frau geblieben habe. Erst als diese sagte: „Es ist einmal beschlossen, daran ist nichts mehr zu ändern!“ habe er wieder die Chloroformflasche ergriffen und weiter die Watte beträufelt. Als ihm der Zeuge später einmal die in Frage kommenden Paragraphen des Strafgesetzbuches vorlas, hat der Angeklagte geantwortet: „Ich bin kein Mörder, ich habe es nicht mit Ueberlegung getan.“

Zeugin Frau Weuster bestätigt gleichfalls die schon geschilderten Vorgänge bei der ersten Vernehmung der Polizeibeamten mit dem Angeklagten nach der Tat. Sie bestreitet die Behauptung des E., daß er sehr liebevoll zu dem Kinde gewesen sei. Sie habe vielmehr

gesehen, wie der Angeklagte das Kind geschlagen habe, auch habe er seiner Frau gegenüber ein herrisches Wesen gezeigt.

Anderes sei das Verhältnis zwischen der Frau E. und dem Kinde gewesen, ihr „Muttchen“ sei dem Kinde alles gewesen. Nach der Entlassung aus der Charité sei Charlet einmal zu der Zeugin gekommen und habe sich erkundigt, was die Leute zu der Sache sagten. Darauf hat die Zeugin geantwortet: „Die Leute sagen, Sie sind der schuldige Teil. Mir tut bloß die arme Frau und das Kind leid.“ Hierauf habe der Angeklagte geantwortet: „Was können denn die Leute überhaupt sagen? Es ist doch niemand dabei gewesen; mir kann niemand etwas beweisen!“ Höchst auffällig wäre es der Zeugin gewesen, daß Frau Charlet, falls sie ihr riet sich eine Wase zu kaufen, ihr geantwortet habe: „Wozu brauche ich noch eine Wase, die könnten Sie mir gleich aufs Grab stellen!“ — Der Verteidiger glaubt auf Grund eines an ihn gerichteten anonymen Briefes Bedenken gegen die Glaubwürdigkeit der Zeugin Weuster geltend machen zu müssen und spricht die Vermutung aus, daß diese Zeugin zu Klatschereien neigen dürfe. Der Vorsitzende nimmt die Zeugin gegen diesen Vorwurf in Schutz und ein Gewährer erklärt, daß auf anonyme Briefe wohl nicht das geringste zu geben sei. Der praktische Arzt Dr. Rosenbaum hatte die erste ärztliche Hilfe geleistet, als Charlet die Schüsse auf sich abgegeben hatte. Der Zeuge und Sachverständige bekundet, daß Charlet auf alle Fragen der Polizeibeamten nur mit dem Kopf genickt und den Sinn der Fragen anscheinend gar nicht verstanden habe, da er bereits halbblödsinnig gewesen sei. An den Leichen der Frau Charlet und des Kindes, bei denen längs die Leichenstarre eingetreten gewesen sei, habe er sofort eine Vergiftung durch Einträufeln von Chloroform festgestellt. Es werden noch mehrere Zeugen vernommen und alsdann die Sitzung auf Dienstag 9 1/2 Uhr vertagt.

Die Schopenhiehlkrawalle in Hamburg

vor dem Landgericht.

Hamburg, 21. Mai. (Eig. Ber.)

Während vor kurzem vom Hamburger Schwurgericht 29 Angeklagte wegen der Erzeße und Eigentumsvergehen am Abend des 17. Januar, die sich als schweizer Landfriedensbruch resp. Aufruhr, Plünderung usw. qualifizierten, zum größten Teil zu schweren Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt wurden, hat sich nun

noch eine Gruppe von 20 meist aus jugendlichen Personen bestehenden Angeklagten — die „Keinen Schopenhiehl“ — vor der Strafammer I des Landgerichts wegen einfachen Landfriedensbruchs in Verbindung mit Aufruhr und Plünderung zu verantworten. Den Vorsitz führt, wie im Schwurgerichtsprüfung, der Landgerichtsdirektor Dr. Ewald, als Vertreter der Staatsanwaltschaft fungiert Staatsanwalt Hollender.

Gleich den „großen Schopenhiehlern“, setzt sich über die Hälfte der Angeklagten aus sogenannten „Halbstarren“, Burschen im Alter von 16 bis 18 Jahren, zusammen; der Benjamin unter diesen Angeklagten ist ein — dreizehnjähriger Schuljunge, der eine „Lupe“ geraubt haben soll.

Die Anklage richtet sich gegen folgende Personen: 1. Buchbinder Dörrenhaus (22 Jahre). 2. Marktarbeiter Grumme (32 Jahre), vorbehaftet wegen verschiedener Vergehen. 3. Kartenschreiber Stegemann (36 Jahre), vorbehaftet wegen Eigentumsvergehen und Verbrechen, zuletzt mit zwei Jahren Zuchthaus. 4. Schlosser Petch (30 Jahre), wiederholt vorbehaftet wegen Diebstahls, Betrugs, Unterschlagung, Majestätsbeleidigung usw. 5. Gelegenheitsarbeiter Lembke (29 Jahre), vorbehaftet wegen Diebstahls und Hehlerei. 6. Gelegenheitsarbeiter Thomas (18 Jahre). 7. Werftarbeiter Saggau (40 Jahre). 8. Handlungshilfe Spangenberg (19 Jahre), vorbehaftet wegen Diebstahls und Sachbeschädigung. 9. Hülfsarbeiter Ramero (20 Jahre). 10. Speicherarbeiter Dabelstein (17 Jahre), vorbehaftet wegen Hausfriedensbruchs. 11. Hausdiener Hoppe (20 Jahre). 12. Hafnarbeiter Rilson (21 Jahre), vorbehaftet wegen Diebstahls. 13. Arbeitarbische Jahnde (17 Jahre). 14. Arbeitarbische Biegmann (17 Jahre). 15. Kaufbische Frech (18 Jahre). 16. Schiffdeiniger Ribber (17 Jahre). 17. Erdarbeiter Schneider (18 Jahre). 18. Schlosserlehrling Gobjahr (17 Jahre). 19. Kollkutscher Marweg (17 Jahre). 20. Schultabe Beit (13 Jahre).

Dem Eröffnungsbeschlusse zufolge werden die Angeklagten Dörrenhaus, Grumme, Stegemann, Petch, Lembke, Thomas, Saggau, Spangenberg, Ramero, Dabelstein, Hoppe und Rilson be-schuldigt, an einer öffentlichen Zusammenrottung, bei der mit vereinten Kräften Polizeibeamten in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes durch Gewalt Widerstand geleistet wurde und dieselben täglich angegriffen wurden, teilgenommen zu haben. Grumme, Stegemann und Petch sollen auch durch dieselbe Handlung öffentlich vor einer Menschenmenge zur Begehung des tätlichen Angriffs aufgefordert haben. Jahnde, Biegmann, Frech, Ribber, Schneider, Gobjahr, Marweg und Beit werden beschuldigt, an der öffentlichen Zusammenrottung einer Menschenmenge, von welcher mit vereinten Kräften gegen Personen oder Sachen Gewalttätigkeiten begangen wurden, teilgenommen und Sachen geplündert, vernichtet oder zerstört zu haben. Gegen den Angeklagten Dörrenhaus hatte die Staatsanwaltschaft beantragt, ihn außer Verfolgung zu setzen, doch wurde von der Eröffnungskammer das Hauptverfahren angeordnet.

Daß in der Voruntersuchung auch hinsichtlich dieser Angeklagten nach deren Organisationszugehörigkeit geforscht und Erkundigungen eingezogen wurden, ob die Angeklagten in den Protestversammlungen am Nachmittage waren und dort vielleicht in die zu großen Taten erforderliche Stimmung beredt worden seien, vertritt sich am Rande. In dieser Richtung hat man in Erfahrung gebracht, daß Dörrenhaus, gegen den die Staatsanwaltschaft die Außer-verfolgungsbefehl beantragt hat, dem Buchbinderverbande, und der Angeklagte Saggau dem Staatsarbeiterverbande angehört. Dieser Angeklagte allein hat seine Schritte nach einer der Protest-versammlungen gelenkt, doch hat er wegen Ueberführung keinen Einlaß gefunden. War schon im Schwurgerichtsprüfung, trotz bisher Bemühungen, nach der politischen Seite hin nichts zu machen, so in diesem Prozesse erst recht nicht! Dem Dörrenhaus hat die Staatsanwaltschaft selbst lassen gelassen, bleibt mithin nur noch Saggau übrig, der einzige Organisierte, an dem man sich festhalten kann. Ob der Staatsanwalt auch hier den Versuch machen wird, der Sozialdemokratie die moralische Verantwortung für die Janbagerzeße in die Schuhe zu schieben?

Der Angeklagte Dörrenhaus hat am 17. Januar bis kurz vor acht Uhr abends gearbeitet, ist dann mit seinem Logisfolgen spazieren gegangen und geriet in eine Menschenmenge, die hauptsächlich aus johlenden jungen Burschen bestand, gegen die die Polizeibeamten mit blanker Waffe vorgingen. Als er mit der Menge flüchtete, erhielt er von einem Schumann einen Säbelhieb über die Hand. Der Angeklagte bestreitet, sich irgendwie strafbar gemacht zu haben. Vorsitzender: „Sie gehören dem Buchbinderverbande an?“ Angeklagter: „Ja!“ Vorsitzender: „Weshalb Sie die Versammlungen?“ Angeklagter: „Kein. Ich interessiere mich nicht für den Verband.“ Der Vorsitzende fragt wiederholt, ob der Verband sozialistische Tendenzen bekunde. Der Angeklagte erwidert, er kümmere sich nicht darum, aber er nehme dies an. Vorsitzender: „Welche Zeitung lesen Sie?“ Angeklagter: „Den „General-Anzeiger“.“ Vorsitzender: „Zu welchem Zweck hatte sich die Menschenmenge angeammelt?“ Angeklagter: „Ich glaube wegen der Wahlrechtsvorlage.“ Vorsitzender: „Sind in der Menschenmenge politische Gespräche geführt oder ist gesagt worden, man solle die Polizeibeamten angreifen?“ Angeklagter: „Davon habe ich nichts gehört.“ Seine verleihte Hand hat der Angeklagte sich auf einer Wache verbinden lassen, was wohl der einzige Grund sein dürfte, daß er auf die Anklagebank geraten ist.

Bei jedem folgenden Angeklagten wiederholt sich nun dasselbe Frage- und Antwortspiel über die Verbandzugehörigkeit, den Zweck der Wahlrechtsdemonstration und über die Stimmung in den Menschenmassen.

Der Angeklagte Grumme ist im Jahre 1904 aus dem Ver-bande ausgetreten und hat in Hamburg noch nie eine Ver-sammlung besucht, wie er sich überhaupt nicht an den Ver-tretungen der Arbeiterschaft beteiligt. Er ist an dem fraglichen Abend in einer Destille gewesen, ist aus derselben, wie er angibt, von Schutzleuten herausgetrieben worden und hat auf der Straße Säbelhiebe erhalten. Vorsitzender: „Das wäre doch wunderbar, wenn Sie Säbelhiebe bekommen hätten, ohne etwas getan zu haben.“ Angeklagter: „Das ist doch so. Die Schutzleute hieben drauf los.“ Dem Angeklagten wird vorgetrieben, die Menschenmenge zum Angriff auf die Schutzleute aufgefordert zu haben, was er in Abrede stellt.

Der Angeklagte Stegemann soll sich in einer mit Steinen werfenden Menschenmenge befunden und gerufen haben: „Haut die Hunde, schlägt sie nieder!“ Et., der damals in einer Kaffehütte wohnte, behauptet, sich völlig passiv verhalten zu haben. Einem Ver-bande habe er noch nie angehört.

Der Angeklagte Petch ist ebenfalls ein Kaffehüttenbesucher; trotzdem wird er über seine „Beziehungen“ zur Arbeiterbewegung gefragt. Im Verbandsgeschichten habe er sich nie betätigt. Er will gesehen haben, wie die Schutzleute auf die Menschen einschlugen und diebezüglich gesagt haben: „Seht, wie die Schutzleute auf die Unbeteiligten einschlagen!“ Er stellt in Abrede, gesagt zu haben: „Nun aber auf die Schutzleute einschlagen.“ Er sei über das Vor-gehen der Schutzleute empört gewesen. Ein feingeleideter Herr mit einem in der Hand getragenen Füllfederhut sei mit blutendem Kopf, herrührend von einem Säbelhieb, an ihn herangeritten und habe ihn gefragt, wo er sich verbinden lassen könne. Hierüber er-zehlt, habe er, der Angeklagte, gerufen: „Es ist doch eine Schande, wie die Schutzleute auf ein anständiges Publikum einschlagen!“ Der Angeklagte ist darauf von einem Beamten ergriffen worden, hat sich aber losgerissen und ist dann geflüchtet. Er fügt noch hinzu, daß die johlenden und schreienden Leute sich aus „Halbstarren“ zusammensetzten, während sich das übrige Publikum ruhig verhalten habe.

Eingegangene Druckschriften.

Die Hämorrhoiden und ihre Heilung durch ein erprobtes Verfahren. Von Dr. Baglowski. Verlag von Edmund Demme, Leipzig. Preis 0,80 M.

Jahresbericht des Arbeiterssekretariats für das Sauer- und Siegerland. (1905.) 110 Seiten. Selbstverlag des Arbeiterssekretariats in Liden-scheid.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 22. Mai, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in den Arminkassen, Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Granwald** über: Das internationale Fremdenrecht und die Ausweisungen. 2. Diskussion. 240/15*

Gäste haben Zutritt.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Nr 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679. Arbeitsnachweis: Zimmer 34, Amt IV, 3353.

Mittwoch, den 23. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von **H. Zühlke, Dönnelstr. 13:**

Bezirks-Versammlung für Westen, Schöneberg und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Die Gleichberechtigung der Rassen in Theorie und Praxis. Referent: Genosse **A. Störmer.** 2. Diskussion. Wir ersuchen die Kolleginnen und Kollegen, des interessanten Vortrages halber, recht zahlreich zu erscheinen.

Mittwoch, den 23. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstr. 11/12:

Versammlung der Chirurgischen Branche.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen **Dr. Zadek** über: Gewerbekrankheiten und Arbeiterschutz. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verhältnisse.

Zu Anbetracht des interessanten und lehrreichen Vortrages ersuchen wir um pünktliches und zahlreiches Erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Achtung!

Hafenarbeiter, Maschinisten u. Heizer, Boots- u. Steuerleute d. Binnenschiffahrt!

Dienstag, den 22. Mai, abends 8 Uhr:

Öffentliche Versammlung

im Lokal von **Robert Voigt, Ritterstr. 75, II. Hof.**

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zu dem Streit der Binnenschiffer auf der Ober. Referent Genosse **Doerkert-Wagdeburg.** 2. Freie Diskussion. 138/16

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Freitag, den 25. Mai 1906, abends 7 Uhr:

Öffentl. Versammlung aller in Buchbindereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

in **Louis Kellers** Geschäft, Köpenickerstr. 29.

Tages-Ordnung:

1. Unsere Forderungen zur diesjährigen Tarifrevision. 2. Diskussion. 24/5

Kolleginnen und Kollegen!

Bevor die Kündigungsfrist der Tarifgemeinschaft abläuft und der Termin zur Einreichung verstreicht, wollen wir den Kollegen und Kolleginnen Gelegenheit geben, nochmals zu prüfen, ob die früher aufgestellten Forderungen eingereicht werden sollen. Wegen der Wichtigkeit des Beratungsgegenstandes ist es notwendig, daß ein jeder anwesend ist. Um guten Besuch der Versammlung ersucht **Die Tarifkommission.**

Fachverein der Tischler Berlins u. Umgegend!

Achtung! Tischler u. Möbelpolierer! Achtung!

Mittwoch, den 23. Mai, abends 8 Uhr, bei **Zöls,**

Köpenickerstraße 137/138:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes, des Mannes der Agitations- und Arbeitsvermittlungskommission und des Bibliothekars. 2. Ergänzungswahl zur Geschäftsleitung. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 186/7

Mitgliedsbuch legitimiert!

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**

Produktenhändler u. -Händlerinnen

Mittwoch, den 23. Mai, abends 9 Uhr, bei **Werkowatz,**

Andreasstraße 26:

Öffentliche Versammlung aller Produktenhändler und -Händlerinnen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn **Max Kiesel.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zur Deutung der Unkosten findet Teilerhebung statt. Die Kollegen des Produktenhändlervereins sind hierdurch besonders eingeladen. **Der Vorstand.** 10465

der Produktenhändler und -Händlerinnen Berlins u. Umg.

Achtung! Achtung!

Mitglieder der Ortskrankenkasse der Schneider und Schneiderinnen.

Heute abend von 6 1/2 bis 8 1/2 Uhr:

Vertreter-Wahl in Kellers Neue Philharmonie,

Köpenickerstraße 96-98.

Pünktlich erscheinen.

Ausflüglern

empfehlen wir folgende

Spezial-Karten

der Umgebung Berlins.

Bernau-Bienitz, Lante-Neupitz- und Wandlitz-See . . . 1 M.
 Buxtehude u. Umgegend mit angehängtem Fährer . . . 75 Pf.
 Eberswalde und Umgegend . . . 75 Pf. und 1 M.
 Erkner und Umgegend . . . 75 Pf.
 Freienwalde-Balkenberg . . . 75 Pf.
 Freienwalde, Briesen, Oberberg, Grodowitz . . . 1 M.
 Friedrichshagen, Köpenick, Grünau, Schmöwitz . . . 75 Pf.
 Grunewald und westliche Vororte, 2., 3., 5. u. 8-jährig, 25, 50, 75 Pf. und . . . 1 M.
 Königs-Büsterhausen und Umgegend 5-jährig . . . 1,50 M.
 Nördliche Vororte, Spandau, Tegel u. u. . . 1 M.
 Potsdam und Umgegend . . . 75 Pf.
 Potsdam und Berber . . . 1 M.
 Rübensdorfer Kollberge, Umgegend von Volkssdorf u. Erkner 75 Pf.
 Spreewald mit praktischen Touristenführer . . . 75 Pf.
 Strausberg u. der Bismarck 1 M.
 Tegel und Umgegend . . . 75 Pf.

Gener empfehlen wir:

Wanderbuch für die Mark Brandenburg. 3 Bände. Zusammen . . . 6,00 M.

I. Teil: Nähere Umgebung Berlins, umfasst die Gegend von Potsdam, Spandau, Dransburg, Adligs-Büsterhausen . . . 1,50 M.
 II. Teil: Westliche Hälfte der Umgebung Berlins bis Brandenburg a. S., Stendal, Tangermünde, Neu-Stuppin, Neu-Strelitz 2,00 M.
 III. Teil: Ostliche Hälfte der Umgebung Berlins bis Eberswalde, Frankfurt a. O., Schwedt, Rühlin, Lübben, Spreewald, Rastau 2,50 M.

Diese Wanderbücher bieten prächtige Schilderungen der Mark, viele detaillierte Karten und Pläne und sind so dem Wanderer ein zuverlässiger Führer und Berater. 234/5*

Expedition des Vorwärts

BERLIN SW. 68

Rubensstraße 69 (Laden).

Eine Mark
 wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige **Herren-Garderoben** Ersts für Mass. Anfertigung nach Mass. Tadellose Ausführung. **Julius Fabian,** Schneider-Meister, Grosse Frankfurter Strasse 37, II. Eingang Strausberger Platz.

Bruch-Pollmann

empfehlen sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradenhaltern, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Refer. J. Dr. u. Hülfs-Krankenhäuser **Berlin C., 60802***

30. Finien-Straße 30.

Alle Bruchbänder mit elastischen Verort, angenehm u. weich am Körper.

Zentralverband der Steinarbeiter

Berlin I.

Mittwoch, den 23. Mai, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in den Arminkassen, Kommandantenstraße 20.

Tages-Ordnung:

1. Der 1. Mai: was haben wir in Zukunft zu tun? 2. Anträge der Verwaltung. 3. Verschiedenes. 145/13

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreiche Beteiligung erwünscht. **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Rohrer! Achtung!

Dienstag, den 22. Mai, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:

Öffentliche Versammlung sämtlicher im Berufe beschäftigten Kollegen.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

145/13 **J. H. der Kommission.**

Dragonenstr. 15.

Weltrevolution in Sicht!
 Geben Sie sich:
 „Das Wirtschaftsbild der Gegenwart und der Zukunft.“
 Vollständige Ausgabe (3 Teile) **2,00 Mk.**
 Teil- und Vollausgabe **0,60 „**
 Inhalt: Ausführliche wissenschaftliche Begründung einer unmittelbar bevorstehenden Weltrevolution, hervorgebracht durch wachsende Überproduktion in Lebensmitteln, infolge eines verheerenden Wirtschaftskrisis, des Niederganges der Regierungen, der Volkswirtschaft, des Handels u. der Industrie. Die Mittel u. Wege, den Ausbruch einer Revolution in Deutschland zu verhindern. Kultur u. Religion an die deutsche Gesellschaft. Das Vaterland ist in Gefahr!
 Selbstverlag von **Michael Proffier, Würzburg.**
 (Herausg. von Otto Weber, Leipzig.)
 Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.



Knaben-Wasch-Anzüge.

Tausende Exemplare.

Schöne, waschbare Stoffe in vielseitigen Mustern und Fassons.

7.— 6.— 5.— 4.50 **1.50 Mk.**
 4.— 3.— 2.60 2.—

Wasch-Blusen von 50 Pf. an.

Fesche Knaben-Mützen und Strohhüte zu niedrigen Preisen.

Knaben-Stoff-Anzüge.

Tausende Exemplare.

Reizende, kleidsame Fassons praktischer und luxuriöser Genres.

14.— 12.— 10.— 9.— 8.— **2 Mk.**
 7.— 6.— 5.— 4.— 3.—

Wasch-Hosen von 80 Pf. an.

Baer Sohn

Spezialhaus größten Massstabes

Chausseestrasse 24a/25 • 11 Brückenstrasse 11

Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog Nr. 29 (Knaben-Kleidung) wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Nächsten Sonntag bis Nachmittag 6 Uhr geöffnet.

Achtung!

Steindruckerei-Hülfsarbeiter und -Arbeiterinnen.

Dienstag, den 22. Mai, abends 8 Uhr im Englischen Garten (großer Saal):

Große öffentl. Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die Aussperrung der Lithographen und Steindrucker und der Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen. Referent: Kollege **Otto Auf.** 48/1

2. Diskussion. NB. Pflicht eines jeden Kollegen und jeder Kollegin ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Wir bitten die Lithographen und Steindrucker, das Hülfspersonal auf diese Versammlung aufmerksam zu machen und für regen Besuch zu agitieren.

Die Verwaltung der Zahlstelle III.

J. H.: **Otto Auf.**

Achtung!

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Dienstag, den 22. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstr. 72: 55/13

Vortrag des Fräulein Dr. Wygodzinski:

Aerzte, Publikum und Karpfischer. **Der Vorstand.**

Gäste willkommen.

Achtung! Metallarbeiter! Achtung!

Mittwoch, den 23. Mai, abends 8 Uhr, in Mariendorf, im Lokal bei Bergfeld, Feldstr. 44:

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Aussperrung in der Englischen Gasmessfabrik Mariendorf. Referent: Kollege **Behrend,** Berlin.

2. Diskussion. 119/14

Der Einberufer.

Jedes Jenensia-Rad ein Meisterwerk deutscher Technik.

Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie!

Sozial-Räder von 65.—, Sozial-Luxus-, mit Freilauf, von 100.—, Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten.

23, R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Wohin fahren wir Himmelfahrt?

15635 Zum Restaurant „**hungriger Wolf**“, Straußberg II.

Schöne Waldpartie, am Bagger gelegen. Den werten Vereinen und Gästen halte mich bestens empfohlen. **Beitzer: Paul Carow.**

Nochmals die Maifeier in der A. E. G.

Am Sonnabend kam es in einer Versammlung der Ausgesperrten des Werks Brunnenstraße, die wieder im „Südwärter-Gesellschaftshaus“ stattfand, abermals zu einer gründlichen Auseinandersetzung über das Verhalten der Arbeiter, die am 1. Mai nicht gefeiert hatten, sowie über die daraus resultierenden Differenzen des Verbands...

Der Vorsitzende Wegner eröffnete die Versammlung mit der Tagesordnung: Stellungnahme zu der am 18. Mai in den Germania-Häusern angenommenen Resolution der Arbeiter, die nicht an der Maifeier teilgenommen haben. Genosse Ebert wandte sich gegen diese Tagesordnung, weil der Parteivorstand und der Aktionsausschuss sich auf ausdrücklichen Wunsch der vorigen Ausgesperrtenversammlung haben vertreten lassen in der Voranfrage, daß der in der Presse so ausführlich behandelte Konflikt des Genossen Cohen mit den Parteifunktionären hier zur Erörterung gelangen solle.

Die Versammlung entschied darauf fast einstimmig, die Tagesordnung dem Wunsche Eberts entsprechend zu ändern, weil sie, wie ein Redner bemerkte, gerade in dem Cohen'schen Konflikt mit den Parteifunktionären endlich einmal genügende Klarheit haben wolle. Als erster Redner erhielt hierauf der Genosse Ebert das Wort. Er führte aus: Die erschienenen Parteivertreter seien der Einladung gerne gefolgt, weil der Parteivorstand wie auch der Aktionsausschuss von Groß-Berlin ein Interesse daran haben, daß in der fraglichen Differenz mit dem Genossen Cohen, welche die Presse schon so ausgiebig beschäftigt habe, volle Klarheit geschaffen werde.

Umfomehr war man nun überrascht, als Cohen in der nächsten Ausgesperrtenversammlung so überaus heftige Angriffe gegen die Parteileitung richtete. Er verlangte, die Partei solle sofort die Richtfeiern auslösen. Das konnte der Parteivorstand auf Grund des Organisationsstatuts aber unmöglich veranlassen. Wollte der Parteivorstand jene Leute von vornherein als ehelos brandmarken, dann würde das im Organisationsstatut vorgesehene Schiedsgericht, in dem der Vertreter des Parteivorstandes eine sehr gewichtige Stimme hat, einfach zu einem lächerlichen Komödienstück werden; es könnte nicht unparteiisch urteilen. Das Parteischiedsgericht muß aber volle Garantie für eine gerechte Entscheidung bieten. Dies mußte auch Cohen als Parteigenosse wissen. Der Parteivorstand hat also hier ganz korrekt gehandelt. Cohen möge übrigens einmal angeben, wie der Parteivorstand anders verfahren solle. Nun zur Unterstützungsfrage. Wie kam Cohen dazu, den Ober-Schönweider Genossen zu sagen, von der Partei gäbe es „keinen Fah“? Ihm war doch erklärt worden, daß die Partei zur Unterstützung bereit sei. Als darauf anderen Tages die Vertreter der Ausgesperrten ins Parteibüreau kamen und erfragt sagten, ihnen sei durch Cohen erklärt worden, daß es von der Partei nichts gäbe, da ist ihnen gesagt worden: Das muß ein Irrtum sein; geht hin zur Ortsverwaltung und erkundigt Euch mal näher. Darauf sagte ihnen Cohen: Wenn Ihr auch nur 1000 M. von der Partei losmacht, dann könnt Ihr mehr wie Brot essen! Dies sei der springende Punkt. Es sei doch geradezu empörend, daß ein Genosse in verantwortlicher Gewerkschaftsstellung so etwas aussprechen konnte, obwohl ihm die Hälfte der Partei in Aussicht gestellt war. Wenn Cohen sich in seiner „Vorwärts“-Erklärung nun auf Voeste berufen habe, so müsse er doch wissen, daß Voeste gar nicht Mitglied des Parteivorstandes sei. Cohen habe ihm, Redner, gegenüber selbst zugegeben, daß sein Mitglied des Parteivorstandes gesagt hat, das Geld solle erst durch Sammellisten aufgebracht werden. Im Gegenteil ist Cohen kein Zweifel darüber gelassen worden, daß der Metallarbeiterverband durch die Art der Unterstützung nicht in seinem Ansehen geschmälert werden dürfe. In der Genosse Gerisch hat an jenem Morgen, als wegen dieser Angelegenheit die erste Unterredung zwischen ihm und Cohen stattfand, zu Cohen sogar ausdrücklich gesagt: „Wenn Euch Bedarf nicht gerade in die Hunderttausende geht, dann wird keine Sammlung vorgenommen.“ (Cohen ruft: Das ist nicht wahr!) Ebert fährt fort, er sei vom Genossen Gerisch direkt autorisiert worden, dies hier zu erklären. Wüßte er das noch nicht bekannt gewesen. Aber noch mehr. Schon vor mehreren Tagen habe der Parteivorstand bewiesen, daß es ihm Ernst mit seiner Zusage sei, denn er habe auf Ansuchen des Metallarbeiterverbandes eine beträchtliche Summe der Berliner Gewerkschaftskommission zur Unterstützung der Ausgesperrten zur Verfügung gestellt. Angesichts dessen sei es geradezu unverantwortlich, daß Cohen, trotzdem noch heute im „Vorwärts“, die Sache so darstelle, als propagiere die Partei immer nur die Arbeitsdrücke am 1. Mai, scheue sich aber, die Opfer mit zu tragen.

Redner kritisiert sodann mit schneidender Schärfe die Ausführungen Cohens in der Germania-Versammlung der Richtfeiern, wo er im Hinblick auf die „Psychologie der Massen“ davon sprach, daß er die Verantwortung für die Folgen der Maifeier

denen überlasse, die so sehr Propaganda für die Feiertage machen. Derartige Äußerungen seien nur zu sehr geeignet, Verwirrung hervorzurufen. Von dem Leiter einer großen Organisation, der auf dem Boden der Partei und der internationalen Beziehungen stehen wolle, könne man mit Recht verlangen, daß er auch Verantwortlichkeitsgefühl im Leibe habe. Was nun den Vorfall 3 der Parteivorstandserklärung anbelange, so sei der Parteivorstand allerdings der Meinung gewesen, daß Fehler bei der Vorbereitung der Feiertage in der A. E. G. vorgekommen sein könnten. Dies sei jedoch ganz nebensächlich. Sei es nicht der Fall, so würde die Parteileitung auch keinen Anstand nehmen, ihre Meinung zu korrigieren. Die Ansicht des Parteivorstandes aber, daß die Angelegenheit, wenn möglich, nicht auf die Spitze getrieben werden solle, entsprach lediglich den bisherigen Wünschen Cohens. Um so mehrwärtiger sei es daher, daß Cohen jetzt so auffallend radikal den Ausschluß der am 1. Mai Arbeitenden verlangt.

Der Parteivorstand habe sich gerade mit Rücksicht auf die drohenden Aussperrungen und im Hinblick auf die kritische Gesamtsituation in der Metallindustrie in dieser Angelegenheit eine große Reserve aufgelegt. Doch da dieser Konflikt von Cohen ohne jeden Grund vom Zaun gebrochen sei, so mußte gesprochen werden. Hier handelt es sich nicht um Redensarten, sondern um Tatsachen. (Lebhafte Weisfall.)

Wegner, als früherer Obmann des Werkes Brunnenstraße, erklärte hierauf, daß Cohen für die verunglückte Maifeier in diesem Betriebe tatsächlich keine Verantwortung treffen könne, da derselbe auf die Vorbereitung und Gestaltung der Feiertage überhaupt nicht eingewirkt habe.

Cohen stellte zunächst fest, daß seine Äußerung betreffs der Ablehnung der Verantwortung für die Folgen der Maifeier am 18. Mai von ihm getan worden ist, dieselbe mithin gar keinen allgemeinen Einfluß auf den 1. Mai ausüben konnte. Trotz alledem sei wohl niemand so bemüht wie gerade er, die Schäden dieser Maifeier nach Möglichkeit wieder auszumergen. Das beweise doch wohl zur Genüge, daß er Verantwortlichkeitsgefühl genug besitze. Wenn Ebert nun davon gesprochen habe, daß der Parteivorstand sich in Anbetracht der drohenden Gesamtsituation in der Metallindustrie eine außerordentliche Reserve aufgelegt habe, so könne er nur sagen, es wäre ihm bedeutend lieber gewesen, wenn der Parteivorstand diese Reserve schon vor dem 1. Mai benützt hätte. Denn auch damals war die Situation schon drohend. Es war doch schon hinlänglich bekannt, daß die Metallindustriellen Deutschlands am 2. Mai in Berlin zusammentreten würden, um sich teils wegen der Formbewegung und teils wegen der zu erwartenden Verteilung an der Maifeier über eine umfangreiche Äußerung schlüssig zu werden. Ihr hättet aber vorher die Gesamtsituation in Betracht ziehen sollen. Da aber habt Ihr keine Rücksicht genommen; „Vorwärts“ und Parteifunktionäre haben die Masse, besonders die Metallarbeiter in die Maifeier hineingehetzt und zu unüberlegten Schritten veranlaßt und so die Metallarbeiter in die schwierige Situation hineingebracht. Die Metallarbeiter sind geradezu zur Feiertage aufgepeitscht worden. Glücklicherweise scheint sich die Gesamtsituation jetzt gebessert zu haben. Zweifellos hätten die Parteifunktionäre nicht richtig gehandelt. Das spreche er offen aus, und eine abweichende Meinung werde man als Parteigenosse doch wohl noch haben dürfen. Der Parteivorstand sei eben von falschen Voraussetzungen ausgegangen, deshalb auch seine falschen Schlussfolgerungen. Die diesjährige Maifeier sei mindestens ebensolche eine politische wie eine gewerkschaftliche Aktion gewesen. Deshalb hätte die Partei auch selbständig oder wenigstens gemeinsam mit den Gewerkschaften gegen jene vorgehen müssen, die hier den Maifeierbeschluss durchbrochen haben. Dies Verlangen stelle er noch heute. Noch heute erkläre er in dem Verhalten der Partei ein Verbrechen hinter die Gewerkschaften. Der Parteivorstand habe sich bei der Ausschlußfrage lediglich auf die Form verweist. Auch er, Redner, könne sich hinter der Form verstecken, denn auch das Statut des Metallarbeiterverbandes sehe ein ähnliches Schiedsgericht vor, wie das Organisationsstatut der Partei. Noch heute sei es möglich, die Angelegenheit gemeinsam zu prüfen. Als er dem Genossen Ernst gesagt habe: „Ihr versteckt Euch nur hinter der Form, da habe dieser bezeichnenderweise geantwortet: „Das machst Du mitunter ja auch.“ (Ernst: Ist nicht wahr; unerschört!) Das sage doch gerade genug. Er, Redner, habe diesen Kampf so rasch wie möglich beenden sehen wollen, denn die Erfahrungen von 1900 hätten ihm gelehrt, wieviel großer Zwiespalt zwischen Feiern und Richtfeiern in einem Betriebe noch auf Jahre hinaus bestehen bleibt. Auch hier hätten ihm viele der Feiernenden erklärt, wenn die Richtfeiern nicht ausgeschlossen würden, so gingen sie aus der Organisation. (Rufe: Sehr richtig!) Wäre so verfahren worden, wie er es vorgeschlagen, nämlich eine gemeinschaftliche Prüfung und Erledigung des Vorgehens gegen jene, dann wäre die Geschichte jetzt schon womöglich längst aus der Welt geschafft. Wie wolle sich die Partei denn jetzt eigentlich verhalten? Eine Gewerkschaft habe beschlossen, die Richtfeiern auszuschließen, die andere nicht. Wollte die Partei nun auch einen Treulosen ausschließen und den anderen nicht? Mindestens hätte der Parteivorstand von Groß-Berlin hier für die acht Kreise mitmachen können, dann möchte seinethalben der Parteivorstand drauhen bleiben. Doch der Parteivorstand sei bei der ganzen Angelegenheit kleinlich, bisfing und gehässig gewesen. Woher wisse übrigens der Parteivorstand, daß „Fehler“ bei der Vorbereitung in der A. E. G. gemacht worden seien? Auch das von den Obleuten verbreitete Flugblatt beweise doch, daß es Ernst mit der Feiertage gemeint ist. Es sei höchst wahrscheinlich: Ein guter Teil der sonst immer so radikal schillernden politisch organisierten Großsprecher des Werkes haben für die Feiertage mit Ja gestimmt in der geheime Hoffnung, daß die örtliche Verbandsleitung die Maifeier verbieten würde. Wäre das nun geschehen, dann wären gerade diese Leute die ersten gewesen, die auf ihm, Cohen, Holz gehackt hätten.

Was die Geldfrage anbelange, so habe er mehrfach erklärt, daß diese mit dem eigentlichen Konflikt garnichts zu tun habe, dennoch werde von den Parteifunktionären gerade damit am liebsten operiert. Nun habe Ebert aber auch in dieser Sache in allen wesentlichen Punkten unrecht. Wesentlich sei die Ortsverwaltung des Verbandes den Schönweider Kollegen nicht radikal genug, deshalb gingen sie nach der Lindenstraße, um wegen der eventuellen Unterstützung bei der Parteileitung anzufragen. Voeste habe ihnen gleich gesagt: „Ob Ihr feiert oder nicht, das ist uns egal; es gibt so nichts und so nichts.“ Diese Äußerung habe Voeste auch ihm, Cohen, gegenüber wiederholt. Nun wisse er zwar auch, daß Voeste nicht Mitglied des Parteivorstandes ist, aber er sei besoldeter Beamter der Berliner Parteileitung und deshalb doch keine nebensächliche Privatperson. Man müsse doch annehmen, daß wenn der Groß-Berliner Parteifunktionäre eine solche Äußerung tue, er auch in der Hauptsache die Meinung der Gesamtparteileitung wiedergebe. Nun halte Ebert ihm eine angebliche Äußerung des Genossen Gerisch vor. Dazu wolle er erklären: Von dieser Äußerung Gerischs sei ihm nicht soviel bewusst wie Schwarz unter dem Nagel. Nicht er allein, sondern auch die Verbandsreferenten hätten aus den Verhandlungen den Eindruck und die Überzeugung gewonnen, daß die Parteileitung die Unterstützungsmittel nur durch vorherige Listensammlung anfordern wolle. Aus gewissen, ganz bestimmten Gründen habe er sich aber nicht mit der Listensammlung einverstanden erklären können und dürfen. Er denke, auch Ebert werde diese Gründe zu würdigen wissen. Nun dem, im Parteivorstand habe aber niemand auch nur ein Wort davon gesagt, daß das

Geld etwa anders als durch Listensammlung aufgebracht werden solle. An dem Willen des Parteivorstandes, zu helfen, habe niemand gezweifelt; nur die Art, wie derselbe sein Wort einlösen wolle, habe den Verbandsreferenten nicht gepasst. Uebrigens sei doch auch die erwähnte Erklärung des Parteivorstandes in diesem Punkte sehr zweideutig gehalten. Wenn der Parteivorstand keine Listensammlung im Auge gehabt habe, nun so hätte das in der Erklärung klar und präzis zum Ausdruck gebracht werden können. Gerade im Parteivorstand seien doch Leute genug, die ihren Gedanken auch schriftlich präzis zum Ausdruck verleihen könnten. In Ober-Schönweide seien bei der kurzen Besprechung dieser Angelegenheit nun etwa 30-35 Organisationsfunktionäre zugegen gewesen, darunter auch Vertreter anderer Organisationen als des Metallarbeiterverbandes, möglicherweise sogar Hirsch-Dundersche. Dort habe er doch unmöglich die Interna ergründen können. Was sollte er auf die an ihn gerichtete Anfrage denn tun? Da habe er denn kurzweg gesagt, von der Partei gibts keinen Fah. Erst später, im internen Kreise, habe er die Äußerung vom Losmachen der 1000 Mark getan, wozu er sich unter dem ganzen Eindruck der gepflogenen Verhandlungen auch berechtigt hielt. Deshalb, was er getan, verantwortete er jederzeit vollständig. Selbst das in den Jahlabenden bereits kolportierte Gerücht vom seinem Ausschluß aus der Partei lasse ihn kalt. Er sehe einem solchen Ausschlußverfahren mit Ruhe entgegen. (Weisfall.)

Jedler von der Metallarbeiter-Gewerkschaft rügt, daß die Parteileitung in dieser Sache nur das „Engelhaus“ zu finden wußte, die anderen sozialdemokratischen Gewerkschaften aber übergangen hat. Er sage genau so wie Cohen: In der Ausschlußangelegenheit habe sich die Partei hinter den Gewerkschaften versteckt. Schon im Interesse des Handwörterbuchens sei ein gemeinsames Vorgehen hier notwendig gewesen. Das sei die Partei den Gewerkschaften einfach schuldig. Seiner Meinung nach seien bei den Vorbereitungen der Feiertage im Werk allerdings Fehler vorgekommen. Doch wo sie steden, das hätte gemeinsam geprüft werden müssen. Wenn nun ein Teil der Richtfeiernenden von den Gewerkschaften ausgeschlossen werde, der andere aber nicht, so verstecken sich diese Treulosen hinter der Partei. Was die Ausbringung der Geldmittel anbelange, so habe es Cohen im Grunde genommen ja gleichgültig sein können, wie die Partei her nach wieder die vorausgabte Summe einbringen wolle. Eine andere Deckung wie durch Sammlungen habe der Partei ja gar nicht zu Gebote. Jedoch vor der Hergabe des Geldes wären die Listensammlungen aus den von Cohen erwähnten Gründen durchaus unzweckmäßig gewesen. Bei der Unklarheit der Parteivorstandserklärung sei die Täuschung, in der sich Cohen wegen der Aufbringung der Mittel befand, sehr wohl begründet.

Wittenberg fragt an, ob denn bei den Verhandlungen, die wegen der Maifeier zwischen dem Parteivorstand und der General-Kommission stattgefunden haben, irgend etwas darüber vereinbart worden sei, daß die Unterstützungsgeelder in bar geschickt oder durch Sammlungen aufgebracht werden sollten. Wenn da bereits feste Abmachungen darüber getroffen seien, dann hätte Cohen als Mitglied der General-Kommission doch davon unterrichtet sein müssen, und dieser ganze Streit wäre überflüssig gewesen.

Wegner greift Cohen scharf an, weil er die Partei derartig bloßgestellt habe. (Rufe: Also die Partei die Gewerkschaften nicht!) Die Meinung des Parteivorstandes müßte Cohen maßgebend sein. Selbst wenn es „keinen Fah“ gab, so dürfte Cohen die Sache nicht in dieser Weise in die Öffentlichkeit bringen.

Eugen Ernst verweist die Partei gegen den Vorwurf, als verstecke sie sich hinter die Gewerkschaften. Ein solcher Vorwurf mache die Diskussion fast unmöglich. In der ganzen Unterredung sei doch keinerlei Zweifel darüber gelassen worden, daß der Disziplinbruch der A. E. G.-Arbeiter von den Parteifunktionären auf das entschiedenste verurteilt werde. Er selbst habe zu Cohen in einer Entgegnung gesagt: „Na, zum Teufel, wenn denn Tausende fliegen müssen, so liegen sie eben.“ Die Parteischiedsgerichte würden, wenn der Streikbruch klar bewiesen, höchstwahrscheinlich zum Ausschluß kommen. Nun habe Cohen aber in der früheren Versammlung mit Empörung davon gesprochen, daß sich viele Bezirksführer der Wahlvereine durch Treubruch ausgezeichnet hätten. Dadurch habe wohl die Partei in ein besonders schlechtes Licht gestellt werden sollen. Um der Sache auf den Grund zu gehen, sei Cohen darauf vom Genossen Freythal in einem offiziellen Schreiben aufgefordert worden, doch die Namen der betreffenden Bezirksführer zu nennen. Die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes habe dies jedoch abgelehnt. Wüßte er nicht ein solcher Bezirksführer ausfindig gemacht worden, und der habe auch sofort sein Amt niederlegen müssen. Von der Listensammlung habe Voeste nur privatim gesprochen. In der offiziellen Verhandlung sei davon mit keinem Worte etwas erwähnt worden. Er stellt aber nochmals fest, daß er in der Freitagsagung der Parteifunktionäre zum Schluß in Gegenwart der Vertreter der Metallarbeiter gesagt habe: Damit erklären sich die Parteifunktionäre einverstanden, daß den Metallarbeitern sofort Parteimittel zur Verfügung gestellt werden. Cohen sagt in der Sitzung der Vertrauensleute von Ober-Schönweide waren auch Hirsch-Dundersche und Gerisch anwesend. Um so schlimmer ist dann sein Ausspruch: Die Partei gibt keinen Fah. Diese Wegner konnte dann mit Recht sagen: „Seht, in der Stunde der Gefahr läßt Euch Eure Partei im Stich“, und über die Partei herfallen. Es ist auch nicht das Verdienst Cohens, wenn die Ober-Schönweider so feststünden. Die Konsequenz seiner Ausführung wäre eigentlich, daß die Metallarbeiter verzweifeln in die Fabrik hineingelaufen wären, weil sie sich von allen Freunden verlassen fühlten. So spielt man nicht mit Arbeiter-Existenzen. Das erwähnte Flugblatt hätte nicht von den Obleuten, sondern von der Ortsverwaltung des Verbandes unterzeichnet werden müssen, dann wäre auch jeder Zweifel bei den Arbeitern ausgeschlossen gewesen. Von einem „Aufpetischen“ zur Maifeier durch den „Vorwärts“ könne gar keine Rede sein, der „Vorwärts“ habe nur seine Pflicht getan, indem er die Beschlüsse der internationalen Arbeiterkongresse propagiert und hochgehalten habe. (Weisfall.)

Wegner fährt aus, auch die Referenten des Verbandes seien in einem verhängnisvollen Irretum befangen gewesen, wenn sie sich die Meinung Cohens über die Aufbringung der Mittel zu eigen gemacht hätten. Bei allen Teilnehmern der Sitzung habe nur eine Meinung darüber geherrscht, daß die Partei hier finanziell eingreifen müsse. Gegen die Äußerung Voestes hätten auch sofort mehrere Funktionäre durch Zwischenrufe Widerspruch erhoben. Psychologisch unmöglich und auch wenig glaubhaft sei es nun, daß der Ausspruch des Genossen Gerisch Cohen so gänzlich aus dem Gedächtnis entschwunden sei. Uebrigens habe Cohen doch selbst gesagt, es sei besser, über die Aufbringung der Mittel erst dann zu sprechen, wenn ersichtlich, welchen Umfang die Unterstützung angenommen habe und dadurch einer Diskussion über die Aufbringung der Mittel entgegengearbeitet. War die Situation in der Metallindustrie so schwierig, dann hätte man die Abstimmungen über die Maifeier nicht den Obleuten überlassen dürfen, sondern die Organisationsleitung müßte die Sache in die Hand nehmen. Er sei nun nicht hochhaft genug, zu behaupten, daß die Unterredung der Dinge bei der A. E. G. Cohen etwa erwünscht gewesen ist, aber die Haltung Cohens in dieser Sache sei alles andere, nur nicht parteigenösslich. Auf keinen Fall dürfte er in Gegenwart der Hirsch-Dunderschen usw. die Partei blättereitieren, wie er es durch die Äußerung: „Es gibt keinen Fah“ getan. Die Leitung des Metallarbeiterverbandes müßte sich ein Muster nehmen an der des Holzarbeiterverbandes. Man solle den klaren Tatbestand nicht verwischen. In der Ausschlußfrage werde die Partei gegen die Wortbrüchigen auf Antrag vorgehen, gleichviel, ob deren gewerkschaftliche Organisation ausschließe oder nicht, und in der Unterstützungsfrage sei die Bereitwilligkeit, sofort zu unter-

Rüben, durch den Vorstehenden Ernst mit genügendem Nachdruck betont worden. Wer die Technik des Sammelwesens kennt, weiß, daß sie eine so fortläufige Unterfertigung ausföhrliche. Er habe den Eindruck, als habe man die Sache auf die Spitze treiben wollen, um den Arbeitern sagen zu können: „Das habt Ihr von Eurer Kaiserin.“ (Weisfall.)

Eugen Ernst teilte hierauf mit, daß die Listen der Nichtfeiernden jetzt zusammengestellt werden, damit sie der Partei zur Verfügung stehen.

Bahn, ebenfalls ein früherer Obmann aus der A. E. G. und Handlke, zweiter Bevollmächtigter des Metallarbeiterverbandes, stellen sich durchaus auf den Standpunkt Cohens.

Ebert erwiderte darauf, Cohens habe sich in aller Breite mit Nebenächlichkeiten beschäftigt, die Hauptsache dagegen nur sehr knapp gestreift. Cohens klammere sich lediglich an den Voelkeschen Straßhalm, und dabei müsse er doch wissen, daß Voelke unmöglich eine bindende Erklärung des Parteivorstandes deklarieren könne. Daß Gerisch jene Aeußerung zu Cohens getan habe, sei für ihn zweifellos. Danach konnte aber bei Cohens kein Zweifel mehr bestehen. Hebrings habe noch niemand bestritten, daß die Kaiserin gleichermäßen eine politische wie gewerkschaftliche Angelegenheit sei. Der diebezügliche, von Cohens so merkwürdig falsch ausgelegte Passus in der Erklärung des Parteivorstandes beziehe sich aber auch gar nicht auf die Kaiserin im allgemeinen, sondern lediglich auf die Vorkommnisse in der A. E. G. Redner polemisiert dann nochmals scharf gegen die Cohensche Aeußerung von der Ablehnung der Verantwortung. Geradezu skandalös sei die Aeußerung Cohens über die „Heberei“ des „Vorwärts“ und der Parteifunktionäre. Bisher war man solche Aeußerungen von Scharfmachern gewöhnt, aber nicht von einem Führer einer Gewerkschaft, die auf dem Boden des Klassenkampfes steht. Wenn die Situation vorher nicht richtig beurteilt worden sei, so nur von der Leitung des Metallarbeiterverbandes. Denn der Parteivorstand habe sich mit der Generalkommission, deren Mitglied Cohens sei, über das, was geschehen sei, verständigt. Die Aeußerung Cohens: „Wenn Ihr Euch stark genug fühlt, dann handelt auf eigene Faust. Ich aber lehne die Verantwortung ab, die mögen jene tragen, die für die Kaiserin Propaganda gemacht haben“, könne ihrem ganzen Sinne nach nur vor dem 1. Mai gebraucht worden sein.

Was sei das für ein Gewerkschaftsführer, der da sage: „Nacht, was Ihr wollt, ich lehne die Verantwortung ab. Wenn Cohens aber gestellt und zur Rechenschaft gezogen werde, sehe er sich schon im Geiste am Parteigalgen baumeln und spekuliere auf die Tränenströfen der Anwesenden.“ (Weisfall.)

Regner erklärte hierzu mit Nachdruck, Cohens habe die Situation sehr wohl richtig beurteilt, das wisse niemand besser wie die Vertrauensleute. Wer habe es sich aber unterfangen wollen, bei einer derartigen Parteilogik für die Kaiserin noch zu bremsen! — Redner gibt dann nochmals eine chronologische Darstellung von den ganzen Vorbereitungen im Werk, um zu beweisen, daß hierbei vollkommen korrekt und einwandfrei verfahren sei. Wenn die blamable Angelegenheit die Oeffentlichkeit nun in so weitgehendem Maße beschäftigt, so möge das zwar unangenehm sein, jedoch nicht Cohens ist der Schieber, sondern wir haben ihn dazu gedrängt.

Cohens geht auf die von Ebert gegen ihn erhobenen Vorwürfe des näheren ein und weist sie als unbegründet zurück. Er wisse sehr wohl, daß der „Vorwärts“ die Kaiserin zu propagieren habe, jedoch gegen das übermäßige Aufpeitschen gerade der Metallarbeiter wende er sich. Hätten die Parteifunktionäre in jener Sitzung so klar gesprochen wie heute, dann wäre es zu diesem Konflikt gar nicht gekommen. Gerade daran habe es aber gelegen, daß sie ein gleichzeitiges energisches Einschreiten gegen die bisgipfelnruchigen Arbeiter abgelehnt und über die Aufhebung der Selbstmitleid keinen reinen Wein eingeschenkt hätten. Der Vorwurf, er spekuliere auf die Tränenströfen der Anwesenden, rühre ihn gar nicht. Er sei es schon viel zu sehr gewöhnt, daß auf ihm Holz gehackt werde. Aber daß ihm die Ehre der Partei ebenso sehr am Herzen liege wie anderen, beweise er unter anderem auch damit, daß er einem Schönefelder Kollegen gesagt habe, er möge es nicht so ansprechen, daß die Partei Mittel in Aussicht gestellt habe, denn falls diese doch ausbleiben sollten, so bleibe gar zu leicht ein Matel an der Partei haften. Was den Brief an Freyhafer anbelange, so habe er darin nur der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Parteiführer nicht mehr schuldig seien, wie die übrigen Wahlvereinsmitglieder, die am 1. Mai gearbeitet haben. In diesem Sinne habe er geantwortet, nicht anders. Das Flugblatt sei nicht deswegen von den Obleuten unterzeichnet worden, weil die Organisation etwa zu feige dazu gewesen wäre, sondern deshalb, damit die Feiernden keine Ansprüche an die Organisation stellen konnten. Sie mußten eben wissen, daß sie aus Idealismus an der Feier teilnahmen. In allen übrigen Betrieben habe es ja auch geklappt, so bei Vörsig, bei Bergmann und in den Riesenwerken, obwohl die Arbeiter dort noch später zur Kaiserin Stellung nahmen, wie im A. E. G. Werk Brunnenstraße. Im übrigen fühle er sich durchaus noch nicht so, als ob er schon am Parteigalgen baumele, wenn auch der Genosse Liepmann vom Aktionsausschuß schon davon gesprochen habe, daß man schnellst bemüht sei, ihn jetzt endlich abzuhängen.

Hilpert sprach im Sinne Cohens.

Eugen Ernst stellte dagegen noch einmal fest, daß die Parteileitung gewillt gewesen sei, die nötigen Mittel zur Unterstützung der Ausgesperrten sofort zur Verfügung zu stellen. Ferner habe Cohens nicht den Ausschluß jener Mitfeiernden beantragt, wie er jetzt glauben machen wolle, sondern er sei vorstellig geworden, um gemeinsam mit den Parteifunktionären Mittel und Wege zu finden, um den Ausschluß möglichst zu verhüten. Um aber zu zeigen, wie der Genosse Cohens operiere, weise er darauf hin, daß Cohens in seiner Erwiderung bestreite, daß nach der Sitzung der Parteifunktionäre noch eine Sitzung der Metallarbeiter-Verwaltung stattgefunden, in der Cohens gesagt habe: „Der Parteivorstand erklärt die Durchführung der Kaiserin für eine rein gewerkschaftliche Angelegenheit. Heute sei bewiesen, daß diese Sitzung stattgefunden, allerdings beruft sich der Genosse Cohens darauf, daß es nicht die „engere“, sondern die „mittlere“ Verwaltung war.“

Ebert verwahrt sich ganz entschieden dagegen, daß die Parteivertreter Cohens gegenüber nicht auch schon früher sich ebenso klar zur Sache erklärt haben wie heute. Auf einen Unfand mache er noch aufmerksam. Die Darstellung Cohens von der Sitzung des Parteivorstandes sehe auch in direktem Widerspruch mit dem diesbezüglichen Bericht im „Mitteilungsblatt“ zum 9. Mai, das bereits am 6. Mai, also am Tage nach der Sitzung des Parteivorstandes, gedruckt wurde. Die fragliche Stelle im Bericht lautet: „Doch herrscht zwischen Parteivorstand und Groß-Berlin völliges und allseitiges Einverständnis, daß auch die Partei mit ihren Mitteln für die Gemahregelten unbedingt eintreten wird.“ Auch danach könne kein Zweifel bestehen, daß Cohens trotz seiner fortgesetzten gegenteiligen Behauptungen mußte, daß Parteimittel sofort zur Verfügung standen. Das „Mitteilungsblatt“ wird Cohens, wie allen Gewerkschaftsvorständen, sofort nach seinem Erscheinen zugestellt. Die weitere Behauptung Cohens, daß die Erklärung des Parteivorstandes wegen ihrer unbestimmten Haltung jede Auslegung zulasse, beweise nur, daß Cohens zur Auslegung von noch so bestimmten Erklärungen eine sehr eigenwillige Fähigkeit besitze, um die ihn Redner nicht beneide. (Weisfall.)

Cohens verweist auf die Ausführungen von Weiss, der behauptet habe, gerade in jener Sitzung sei von mehreren Funktionären den Aeußerungen Voelkes sogleich widersprochen worden. Er, Redner, gebe durchaus zu, daselbst gesagt zu haben, daß die Frage der Unterstützung noch nicht irrschweif sei. Jedoch müsse er dabei bleiben, daß niemand den Aeußerungen Voelkes widersprochen habe. Damit sei nun auch bestätigt, daß seine Auffassung, die er in den Vor-

besprechungen gewonnen, daß die Gelder durch Sammellisten aufgebracht werden sollten, die richtige sei und durch nichts erschüttert werden könne. Zurückweisen wolle er auch den Vorwurf, als seien durch seine Schuld die Arbeiter von Schönefelder in den Betrieb hineingelassen. Im Gegenteil habe er zu den dortigen Kollegen gesagt: Wenn es gelingt, die Schönefelder geschlossen wieder in den Betrieb zu bringen, dann ist der Maßgebende dort ein für allemal gesichert. Wenn Wels aber den Metallarbeitern die Holzarbeiter so sehr als Muster empfehle, so sage er, in den Großbetrieben hätten sich die Holzarbeiter bedeutend schlechter an der Feier beteiligt, wie die Metallarbeiter. Die Holzindustrie sei mit der Metallindustrie eben gar nicht zu vergleichen. Bei den kleinen Drucktrauern, mit denen es die Holzarbeiter zumeist zu tun hätten, sei es wirklich keine Kunst, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, das machten die Klempner, Schloffer, Rohrleger usw. jedes Jahr ebenfalls, ohne daß davon noch besonders gesprochen werde. Ganz anders stehe es dagegen mit den großen Maschinenfirmen. Deshalb verahre er sich auch so entschieden dagegen, daß Auhenstehende über die Verhältnisse in der Metallindustrie urteilen wollen, obwohl sie gar keine Ahnung von diesen Dingen haben. Deswegen solle man es auch unterlassen, ausgerechnet immer die Metallarbeiter zur stärkeren Teilnahme an der Kaiserin aufzupeitschen. Wenn die Verhältnisse erst reif seien, dann würden die Metallarbeiter ganz von selbst wissen, was sie zu tun haben. Nochmals erkläre er, daß er alles aufricht erhalte, was er in dieser Angelegenheit gesagt und getan habe. (Weisfall.)

Es folgten sodann noch mehrere persönliche Bemerkungen. Nach reichlich fünfständiger Debatte wurde die Versammlung hierauf geschlossen. Beschlüsse oder Resolutionen wurden nicht gefaßt.

VI. Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

MÄHN, 20. Mai.

Am Sonntagabend begann im Kölner Volkshaus der sechste ordentliche Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes mit einer Vorversammlung der Delegierten und einem nachfolgenden Begrüßungskommers. Anwesend sind 122 Delegierte, 5 Vertreter des Vorstandes, je ein Vertreter des Ausschusses, der Redaktion und der Pressekommision sowie 16 Gaudorffler. Es sind vertreten: Berlin durch 21 Delegierte, Hamburg durch 6, Leipzig und Dresden durch je 4, Nürnberg, München, Stuttgart und Hannover-Gerford durch je 3, Köln, Frankfurt a. M., Fürth und Bremen durch je 2, die übrigen 64 Wahlabteilungen durch je einen Delegierten.

Die Tagesordnung hat folgenden Wortlaut: 1. Konstituierung des Verbandstages, 2. Vorstands- und Kassenbericht, 3. Bericht des Ausschusses, 4. Bericht der Redaktion und der Pressekommision, 5. Beitragserhöhung und Einführung der Krankenunterstützung, 6. Statutenberatung, 7. Wahl der Vorstandsbeamten, 8. sonstige Verbandsangelegenheiten.

Im Auftrage der Kölner Jahlistelle hielt der Delegierte H. Müller-Köln zunächst eine Begrüßungsansprache. Dann nahm der Verbandsvorsitzende Karl Klotz das Wort. Er erinnerte an die Zeiten, wo die gewerkschaftliche Organisation noch schwach und unbedeutend war und wies darauf hin, daß der Deutsche Holzarbeiterverband heute als eine mächtige Organisation dastehet. In der Berichtszeit, vom 1. Januar 1904 bis 1. Januar 1906, sei die Mitgliederzahl von 84 000 auf 130 000, also um 55 Proz. gewachsen, und mittlerweile habe der Verband die 150 000 nicht nur erreicht, sondern schon überschritten. Der Verbandstag stehe vor ersten Aufgaben. Wieder müsse der Vorstand nachweisen, daß die Kassenmittel nicht ausreichen, um die vielen und großen Kämpfe zu führen und die anderen Verbandszwecke zu erfüllen. Schwere Kämpfe ständen noch bevor; ob der Verband sie bestehen werde, das hänge zu einem wesentlichen Teile davon ab, daß der Verbandstag die erforderlichen Mittel herbeibringe. Die Befürchtungen, der Verband werde zurückgehen, wenn die Unterhaltungsanstaltungen ausgebaut würden, und er werde dadurch seinen Kampfscharakter verlieren, seien verflummt. Durch diese Einrichtungen sei im Gegenteil die Kampffähigkeit und Kampfbereitschaft gewachsen. In den Jahren 1902 und 1903 seien aus der Hauptkasse 392 000 M. für Streiks ausgegeben worden; 1904 und 1905 aber, also nach der Einführung der Arbeitslosenunterstützung, belaufe sich die Ausgabe für Streiks aus der Hauptkasse allein auf 1 493 000 M., mit den Aufwendungen der Lokalkasse zusammen auf 2 300 000 M. Von einem Nachlassen des Kampfscharakters könne also bei weitem nicht gesprochen werden. Zu neuen, größeren Kämpfen müsse der Verband rufen, um seinem Zwecke gerecht zu werden und das Dasein der Kollegen und ihrer Frauen und Kinder lebenswerter und menschenwürdiger zu gestalten. Daß die Arbeiten des Verbandstages dazu beitragen mögen, das hoffe er, und in diesem Sinne erkläre er den Verbandstag für eröffnet. (Leb. Weisfall.)

Der Verbandstag wählte dann als Vorsitzende Klotz-Stuttgart und Glode-Berlin, als Schriftführer Müller-Köln und Starke-Dresden. Ferner wurde die Mandatsprüfungskommission gewählt. Dann trat Vertagung auf Montag früh ein.

Versammlungen.

Die im Metallarbeiterverband organisierten Berliner Rohrleger und Helfer hielten am Sonntag im Generalkonferenzhaus eine öffentliche Versammlung ab, in der lebhafteste Beschwerden gegen die Ortsverwaltung des Verbandes und besonders gegen den Bevollmächtigten Cohens vorgebracht wurden. Bekanntlich bestehen schon seit längerer Zeit Differenzen zwischen der Branchenleitung der Rohrleger und der Ortsverwaltung, die schon vor Monaten anlässlich des Rücktritts des früheren zweiten Bevollmächtigten Wiesenthal und dessen Ausschlussangelegenheit recht marant zum Ausdruck kamen. Wie nun von dem Branchenvertreter mitgeteilt wurde, war sich die Agitationskommission der Rohrleger kürzlich schlüssig geworden, eine öffentliche Versammlung abzuhalten, in der Wiesenthal ein Referat halten sollte. Die Ortsverwaltung aber wollte die Abhaltung der öffentlichen Versammlung mit dem Referenten Wiesenthal nicht genehmigen, da gegen diesen noch das Ausschlussverfahren schwebt, sondern verlangte, die Rohrleger sollten es bei einer Mitglieder-Versammlung bewenden lassen, zu der Wiesenthal dann keinen Zutritt haben dürfe. Gegen dieses Ansehen protestierte die Branchenleitung mit dem Hinweis darauf, daß für jede Branche öffentliche Versammlungen einberufen werden könnten. Uebrigens sei Wiesenthal trotz des gegen ihn anhängig gemachten Ausschlussverfahrens nach wie vor Mitglied der sozialdemokratischen Partei, und wenn es dem Verbandsunbenommen sei, sich zur Kaiserin-Versammlung den Genossen Bebel als Referenten zu holen, so müsse es auch den Rohrlegern freistehen, sich für ihre Versammlung den Genossen Wiesenthal zu holen. Auf diesen Standpunkt der Branchenleitung haben sich auch einmütig sämtliche Vertrauensmänner der Rohrleger gestellt und deshalb beschlossen, die öffentliche Versammlung auf eigene Kosten gegen den Willen der Ortsverwaltung abzuhalten, was nun am Sonntag geschah. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte die Branchenleitung zunächst die Frage an die Erschienenen, ob sie unter diesen Umständen mit der Abhaltung der Versammlung einverstanden seien oder nicht. Es fand darüber eine geheime Abstimmung statt mit dem Ergebnis, daß sich die anwesenden Mitglieder mit über 700 gegen 25 Stimmen für die Abhaltung der Versammlung erklärten. Wiesenthal referierte hierauf über: „Wert und Nutzen der Tarifverträge und welche Verpflichtungen übernehmen die vertragsschließenden Parteien beim Abschluß derselben?“ Nach ihm berichtete Abschötter über die Tätigkeit der Schlichtungskommission, wobei er lebhaft Beschwerde führte, daß er als Obmann der Schlichtungskommission von der Ortsverwaltung bei der Untersuchung und Regelung von Differenzfällen mit Arbeitgebern gesittig übergegangen und bei Seite geschoben werde. Es

sei dies nur auf die Antipathie der Ortsverwaltung gegen die Rohrlegerkommission und auf die persönlichen Aeußerungen Cohens zurückzuführen. Bei der Besprechung dieser Angelegenheit häuften sich die Beschwerden und Angriffe gegen die Ortsverwaltung und besonders gegen Cohens. Unter dem lebhaftesten Beifall der Anwesenden führten die verschiedenen Redner aus, daß es so wie bisher im Metallarbeiterverband nicht weiter gehen könne. Dem Cohenschen Regime müsse unter allen Umständen ein Ende gemacht werden, wenn die Zustände im Verband wieder gesund werden sollen. Als dann noch der Branchenvertreter Schröder mitteilte, die Ortsverwaltung sei jetzt sogar willens, gegen die ganze Agitationskommission der Rohrleger den Ausschluß aus dem Metallarbeiterverband in die Wege zu leiten, ertönte es von allen Seiten: Dann gehen wir alle hierauf letzte Heine der Versammlung folgende Resolution vor:

„Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Stand der Differenzen zwischen der Berliner Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes und unserer Branche und beschließt:

In Anbetracht der Tatsache, daß die Verbandsinstanzen des Deutschen Metallarbeiterverbandes fortgesetzt parteiisch gegen uns handeln und seit dem 30. März 1906 für unsere Branche ein förmliches Ausnahmegesetz besteht, ferner, daß der Bevollmächtigte Cohens, trotzdem er wiederholt öffentlich als notorischer Schwindler festgenommen ist, noch heute mit Zustimmung der Verwaltung in seinem Amte ist — mit kurzen Worten, daß, wie wir erfahren haben, Gerechtigkeit und Wahrheit keine Stätte in der Berliner Ortsverwaltung mehr haben, so beauftragen wir unsere Agitationskommission, die Vorarbeiten zur Gründung eines neuen Metallarbeiterverbandes mit dem Sitz in Berlin in die Wege zu leiten. Das Resultat ist spätestens in vier Wochen einer Versammlung zur endgültigen Beschlußfassung vorzulegen.“

Zur Abstimmung über diese Resolution kam es jedoch nicht. Mehrere Redner warteten vor übereilten Schritten. Die Versammlung wurde sodann vertagt. Es soll baldmöglichst eine neue Versammlung einberufen werden, die dann auch über die Resolution Beschluß zu fassen hat.

Die Maschinisten und Deizer hielten am Sonntag in „Bojats Ritterhöfen“ eine Mitgliederversammlung ab, wofelbst der Verbandsvorsitzende Schöffel über „Die Lehren aus den wirtschaftlichen Kämpfen der Gegenwart“ sprach. Es erfolgte sodann die Verlesung des Kassenberichts vom ersten Quartal. Demnach betrug die Einnahme 7140,45 M. und die Ausgabe 8935,89 M. An Vermögen verblieben 5402,98 M. Der Vorsitzende machte die Mitteilung, daß der beamtete Kassierer Paaschen seine Stellung gekündigt hat. Schmitta u. berichtet sodann über den erfolgten Abschluß mehrerer Tarifverträge. So wurde u. a. von der Geschäftsführung des „Lokalanzeiger“ die Organisation anerkannt und der Anfangslohn um 4 M. pro Woche erhöht. Bei der Firma Jandorf ist ein tariflicher Lohnsatz von wöchentlich 27 bis 30 M. vereinbart worden. Im „Zentralhotel“ erlangten die Mitglieder des Verbandes durch kurze Arbeitsniederlegung eine Lohnerhöhung von 15 M. monatlich und Festlegung der Kohlenprämie, die bisher willkürlich gezahlt oder auch nicht gezahlt wurde. Zum Tarifabschluß kam es dort jedoch nicht.

Vermischtes.

Hochwasser in Süddeutschland.

Stuttgart, 20. Mai. Aus dem ganzen Lande laufen Nachrichten über bedeutende Ueberschwemmungen ein. Seit gestern bis heute früh 6 Uhr fiel ununterbrochen sehr starker Regen. Aus Wödingen wird gemeldet: Der Regen hat solches Hochwasser im Gefolge, wie seit mehreren Jahrzehnten nicht. Die Nebenflüsse des Neckars, die Rils und Kerch, sind ausgetreten und haben das ganze Flußtal unter Wasser gesetzt. Das Wasser drang in die Keller der Häuser ein und hat auch die Wiesen vielfach beschädigt. Das Hochwasser des Neckar führte abgerissene Stege, eine Menge Scheiterholz, Schubkarren, Kässer und anderes mehr mit sich. Da der Regen noch andauert, ist ein weiteres Steigen der Flüsse zu befürchten. — Eine spätere Meldung lautet: Durch den ungeheuren Regenfall, der von gestern abend bis heute mittag andauerte, sind namentlich in den südlichen und mittleren Landesteilen Württembergs gewaltige Ueberschwemmungen entstanden. Am schwersten heimgesucht wurde Reutlingen, wo u. a. zwei Fabriken eingestürzt und alles weggeschwemmt wurde. Auch ein ganzes Sargmagazin wurde weggeschwemmt. In Urach wurde ein Wehr zerstört, so daß Pioniere aus Ulm telegraphisch zur Hilfeleistung herbeigerufen werden mußten. Diese trafen heute abend hier ein und unternahmen sofort Sprengarbeiten. Der ganze mittlere Neckar bildet einen riesigen See von Wödingen bis Ehlingen, ebenso zwischen Hürtingen und Wödingen. Der Regen hat heute nachmittag nach 6 Uhr in Württemberg aufgehört. In Waupheim und Biberach bildeten sich die dortigen Flüsse zu ungeheuren Seen aus, an beiden Orten mußte die Feuerwehrt in Tätigkeit treten, um die Bewohner der tief gelegenen Häuser mittels Leitern zu retten.

Stuttgart, 21. Mai. Das Hochwasser hat in dem am Neckar gelegenen Teile der Stadt großen Schaden angerichtet, der sich auf etwa 100 000 Mark beläuft. Bei Kannstadt ist der Erzezierplatz und das Gelände bis Untertürkheim überschwemmt. Die Badeanstalten wurden weggeschwemmt. In Kannstadt, Untertürkheim und Wangen stehen verschiedene Straßen unter Wasser, die nur mit Rähnen fahrbar sind.

Forsheim, 21. Mai. Das Eng- und das Ragoldtal führen Hochwasser. Die Eng hat schon in Wildbad übel gehaust und den Einstrich einer Mauer des Elektrizitätswerkes herbeigeführt. Hier mußte beim Stadtkanal der Damm durchbrochen werden, um eine dem städtischen Armenhause drohende Gefahr abzuwenden. Gestern nachmittag wurde die Wasserwehrt alarmiert. Der Pegel stieg bis zu 1 Meter über normal.

In der Schweiz haben Schneefälle und Regengüsse zu ausgedehnten Verlehrsstörungen geführt. In der Ostschweiz fiel bis St. Gallen und Thur tiefer Schnee, während in tieferen Lagen seit drei Tagen ununterbrochen Regen fällt. Von allen Seiten kommen Berichte von Ueberschwemmungen. Im Kanton Zürich erfolgten verschiedene Dammsbrüche und Erdrutschungen, die zu Unterbrechungen verschiedener Bahnlinien führten. Am Züricher See drohen infolge von Erdbewegungen Häuser einzurücken. Die Valaisine Luzern — Bern ist überschwemmt und unterbrochen. Aus Töschthal kommen Meldungen über schlimme Verlehrsstörungen ausgetretener Flüsse; überall hört man Sturmgeläute und Feuerwehralarm. Es ist noch keine Aussicht auf Besserung vorhanden. —

Bern, 21. Mai. Infolge anhaltender Regengüsse ist der Verkehr auf einer Reihe von Bahnlinien gestört. Die Flüsse sind hoch angeschwollen. Auf der Wengernalp liegt ein Meter, auf dem Eiger- und Gletscher zwei Meter Neuschnee. Die Jäger der Wengernalpbahn können wegen Schneefalls nicht fahren.

Bom Besuv. Der „Mattino“ teilt folgende Einzelheiten über den durch den Regen gebildeten Schlammstrom auf dem Feutabhang mit: Die Bauern von Refina, die meinen, es sei eine neue Lava und neues Feuer über ihre Acker, wurden von großer Panik ergriffen. Wenn die Regengüsse anhalten, wird aber ganz Refina vom Schlamm begraben werden. Nach einem kräftigen Regenguss am gestrigen Morgen hat sich vom unterem Bahnhof der Drahtseilbahn eine Schlammrinne herabgewälzt. Der Schlammstrom stürzte sich auf die Felder von Refina, während die Bauern entsetzt flohen. Ein eifriger Knabe wollte seinen Vater, der in dem vom Schlamm bedrohten Hause schlief, wecken, aber bald darauf war das Haus vom Schlamm bedeckt. Die Leiche des Vaters wurde geborgen; Militär und Bauern arbeiteten, um den Knaben retten, aber er wurde ebenfalls als Leiche herausgezogen. Auch in der Richtung von Streppia wälzt sich ein Schlammstrom über den Bergabhang herab. Viele Häuser und Pflanzungen sind stark beschädigt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 22. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Tristan und Isolde.
Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.
Neues Operntheater. Der Troubadour.
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Ballner-Theater.) Die Nacht der Finsternis.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Bildungstheater.) Ueber unsere Kraft. (II. Teil.)

Wochen. Der Wasserschmid.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Berliner. Die lustige Witwe.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.

Residenz. Liebeskunst.
Zentral. Der Bettelstudent. (Mittw. 8 1/2 Uhr.)
Schauspielhaus. Die von Hochsattel.

Trianon. Loulou.
Zolln. Hochparterre links.
Metropol. Aus ins Metropol.
Deutsches. Amerikanisches. (Kleine Mädchen.)

Kasino. Madame Bonivard.
Apollo. Das blaue Bild. Spezialitäten.
Carl Weiß. Aus dem Geschlecht.

Gaula. Das Wunderkind. Familie Bernstein.
Wintergarten. Tortajada. Spezialitäten.
Wasserg. Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr: Der jüngste Anbruch des Vesuvus.

Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.
Ferdinand Bonns.
Berliner Theater. Gastsp. des Neuen Operntheaters aus Hamburg.

(Direktor Max Rentsch).
Dienstag und folgende Tage.
Anfang 8 Uhr:
Die lustige Witwe.

Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Orpheus in der Unterwelt.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Ein idealer Gatte.

Mittwoch:
Kinder der Sonne.
Neues Operntheater.

(Kroll). Anfang 7 1/2 Uhr.
Dienstag, den 22. Mai 1906:
Der Troubadour.

Oper in 4 Akten von G. Verdi.
Morgen Mittwoch: Martha.
Vorverkauf im Kgl. Opernhaus.
Schalter II. A. Wertheim und Invalidendank.

Theater des Westens
(Station Zoolog. Garten), Kantstr. 12.
Dienstag: 27. Vorstellung im Dienstag-Abonnement: Der Waffenschmid.

Vollständige Preise. Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: Letzte Operaufführungen des Sternischen Konfektatoriums.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Donnerstag (Himmelfahrt) nachmittags 3 Uhr, halbe Preise: Zar und Zimmermann.
Abends 8 Uhr: Die Fledermaus. Vollständige Preise.

Komische Oper.
Abends 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.

Mittwoch: Don Pasquale.
Donnerstag: Hoffmanns Erzählungen.
Freitag: Die Bohème.

Zentral-Theater.
(Operette.) 8 1/2 Uhr keine Preise:
Der Bettelstudent.

Lustspielhaus.
Abendlich 8 Uhr:
Die von Hochsattel.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute zum 25. Male und folgende Tage 8 Uhr:
Liebeskunst.

Romödie in 3 Akten v. Leon Kanof und Michel Carré.
Fröbels Allerlei-Theater.
Schnitzhausler Allee 148.

Jeden Sonntag 4 Uhr:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Im Saale: Tanz.

Donnerstag, 21. Mai (Himmelfahrt):
Große Extra-Vorstellung.
Bei unangenehmem Wetter findet die Vorstellung im Saale statt.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Macht der Finsternis.
Schauspiel in 5 Akten v. Leo R. Tolstoj.
Deutsch von Raphael Löwenfeld.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Das Lumpengesindel.
Donnerstag nachm. 3 Uhr:
Die Macht der Finsternis.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Militärstaat.

Schiller-Theater N. (Friedr. Bild. Th.).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft. (2. Teil.)
Schauspiel in 4 Akten von Björnsterne Björnson.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.
Donnerstag nachm. 3 Uhr:
Zapfenstreich.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das Lumpengesindel.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. Kritische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeetische ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochelegante Kegelbahnen, Würfelbuden, Skobiforel, Blumenstand etc. in den Sälen:
Großer Ball.

Strassenbahn: Nr. 1, 2, 4, 17, 50, 62, 63, 74.
Schweizer Garten. Am Königsgr. Am Friedrichsh. bahn.

Jeden Sonntag Extra-Vorstellung Ball und Volksbelustigungen.
Pfingsten: Beginn der Hauptsaison.
Am 1. und 2. Feiertag: Früh-Konzert und Vorstellung.
Neue Spezialitäten und Theater-Vorstellung.
Von Pfingsten ab tägliche Vorstellungen. 13012*

Apollo-Theater.

Novität! Heute: Novität!
Das blaue Bild.
Phantastie in 1 Akt v. Bolten-Bäckers.
Musik von Paul Lincke.
Im großen Spezialitäten-Theater:
Erfürmisch, ununterbrochenes Lachen
Ein Abend in einem amerikanischen Cingel-Cangel.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
!Auf - in's Metropol!

Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Holländer.
Rauchen überall gestattet.

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Das neue Mai-Programm

14 erstklassige Spezialitäten
Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67/68.
Jeden Abend 8 Uhr:
Arme Mädchen.
Von Adolf Philipp.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Aus dem Geschlecht.
Schauspiel in 5 Akten v. H. Gené.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonabend zum erstenmal: Der Weg des Märtyrers.

Heute u. folgende Tage im Garten Spezialitäten - Vorstellung. Anfang 6 Uhr. Entree 20 Pf.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Baumstr. 16.
Heute: Geschlossen.
Donnerstag, den 24. und Sonnabend, den 26. Mai 1906:
Letzte Vorstellungen vor Pfingsten!
Sonntag, den 3. Juni 1906:
Eröffnung der Sommer-Saison. Konzert, Theater, Spezialitäten.

Kasino-Theater
Lehringstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Sensationeller Erfolg!
Madame Bonivard.
Dazu das brillante Abschiedsprog.
Montag, 28. Mai: Schlussvorstellung.
Donnerstag 4 Uhr: Arbeit schändet nicht.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater
Frankfurter Allee 85.
Das vorzügliche Mai-Programm!
Auftreten nur erstklassiger Spezialitäten.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater
Frankfurter Allee 85.
Das vorzügliche Mai-Programm!
Auftreten nur erstklassiger Spezialitäten.

Urania Taubenstr. 48/49.

Abends 8 Uhr:
Dir. Dr. P. Schwahn:
Der jüngste Anbruch des Vesuvus.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich nachm. 4 1/2 Uhr:
Großes Militär-Konzert.
Einstreit 1 Mk., v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Neu eröffnet!
Welt-Ausstellungs-Biograph-(St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselnd. Anormitäten-Program.
Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow,
Münzstraße 16.

Elysium
Landsberger Allee 40-41.
Heute sowie täglich Vorstellung
abwechselnd von vier der besten Sängergesellschaften.
Im Parktheater: Gr. Ball.
Anfang 7 Uhr. Entree frei.

Trianon-Theater. Anfang 8 Uhr: Loulou.

Reichshallen. Stettiner Sänger.
Zum Schluss: Einquartierung.
Mit Hum. von Meyfel.
Anfang Bochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci. Kottbuser Straße 4a.
Dir. Wilhelm Reimer.
Der Garten ist eröffnet.
Sonnt., Mont., Donnerst.: Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Tanzkränzechen.
Sommerpreise:
Entree 30 Pf., num. Pl. 50.
Sonnt. Beg. 5. Bochent. 8 Uhr
Im Borg.: Freikonzert.
Himmelfahrt: Gr. Extra-Vorstellung.

Elysium
Landsberger Allee 40-41.
Heute sowie täglich Vorstellung
abwechselnd von vier der besten Sängergesellschaften.
Im Parktheater: Gr. Ball.
Anfang 7 Uhr. Entree frei.

WINTERGARTEN

TORTAJADA
Spanische Tänzerin u. Sängerin.
Narrow Bros., komische Radfahrer.
Osaroch-Bianca, französ. Duett.
Die Hartleys, Springer.
Brösina, Pariser excentr. Sängerin.
Patty Frank-Truppe, Akrobatin.
König Dollar, englisches Ballett.
Imro Fox, Illusionist.
Die Brittons, Neger-Sänger und Tänzer.
De Dio, Phantasio-Tänzerin.
Die Perseus, Kugelspieler.
Der Biograph.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich im Garten bezw. in den unteren Sälen
Gottschalk Freikonzert
Mittwoch u. Sonnabend: Freilanz.

Damen-Konfektion direkt aus der Fabrik.
Kein Laden.
Nach beendeter Engros-Saison
auch Einzelverkauf
enorm billig

Staubmäntel
Capes
Jackets
Havelocks
Kostüme
Kostüm-Röcke
Mädchen-Paletots
Robert Baumgarten,
Hausvogtei-Platz 11, II. Etage
(an der Jerusalemstraße).

Bei Vorzeigung dieses Inserats an der Kasse werden = 5 Proz. Rabatt vergütet =
Auch Sonntags geöffnet!

Spezial-Haus für Teppiche u. Gardinen
Louis Joseph, Rosenthalerstr. 2 (am Rosenthaler Tor).
Eröffnung Dienstag, den 22. Mai Nachmittags 4 Uhr.
Beachten Sie bitte meine nachfolgenden Inserate.

Begründet 1873.
Neueste Moden. Hut-Engros-Lager. Größte Auswahl.
in Filzhüten, Jagdhüten, Zylinderhüten, Chap-claques u. Strohhüten.
Einzelverkauf zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Neue Königstr. 48, 1 Treppe, drittes Haus vom Alexanderplatz (Sonntags geöffnet).

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme am Seebinssee.
Hermann Peter. Telefon: Grünau No. 39.
(Endstation der „Stern“-Dampfer).
Empfehle mein allbekanntes, herrlich am Wald und Wasser belegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
Ausspannung und Dampfersteige, Kegelbahnen, große Kaffeekeise.
Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Pinol

An allen Orten werden Verkaufsstellen errichtet.
Vertreter gesucht.
Gebrüder Krayer, Mannheim.

Das größte Brot nur 50 Pf.
Backware: 6 Stück 10 Pfennig in Albrechts Bäckereien:
Wrangelestr. 135, Kronstr. 19, Waldenstr. 25, Zandstr. 2, Marktstr. 11/12, Stand 222/23, Marktstr. 11/12, Stand 16/18, Bebrale: Bogdamerstr. 13.

Meine Baustellen in Tempelhof verkaufe mit 2000 Mark
Anzahlung und schicke zum sofortigen Baubeginn 4-5000 Mark vor.
Adressen erbeten unter
„Selbständig“ nach Postamt 35, Körnerstraße. 18035*

Eine Mark wöchentl. Teilzahlung
seiner elegante, fertige Herren-Moden.
Erste für Haus.
Mass-Anfertigung
feinste Verarbeitung
Garantie tadelloser Sitz.
I. Kurzberg
An der Jannowitz-Brücke 1, I.
direkt am Bahnhof.
Kein Waren-Kredithaus.

Ausnahmepreise für Mai, Juni, Juli.
A. B. Koch, Kohlen-Groß-Handlung
Berlin O. 34, Brombergerstr. 15.
Fernsprecher Amt 7, 3040.
Preise für nur 10 Marken ab Platz von 10 Mark an:
Primo la Halbsteine (bekannte Marken) pr. St. 75 Pf.
la Marienst. pr. St. (110 bis 120 Stk.) 78 Pf.
la Diamant (110 bis 120 Stk.) 80 Pf.
la Alle u. Klv. pr. St. 85 Pf.
la Anthrazit Gads J. 2, 10 Pf.
Koks, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tagespreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. St. 10-15 Pf. mehr. — Bei Original-Baggen und größeren Abhängen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Müchkenfett
ohne Schwarte und Hellen pro Pfund 60 Pf., ohne Schwarte 40 Pf., Butter, Knochen und Knochenfleisch empfiehlt billigst 12428*
Berliner Wurst- und Fleischwaren-Fabrik, G. m. b. H., Petersburger Platz 8.

Inventur- Ausverkauf.

Saal- Salon- Speise- Wohn- herren- Sofa- Bett-	Teppiche = 50, 65 bis 90 Mk. Teppiche = 30, 40 bis 65 Mk. Teppiche = 25, 30 bis 50 Mk. Zimmer-Teppiche = 20, 25 bis 35 Mk. Teppiche = 15, 18 bis 25 Mk. Teppiche = 6, 8 bis 14 Mk. Teppiche = 1,25, 2,50 bis 5 Mk.
--	---

Außerdem offeriere die bei der Inventur zurückgebliebenen stets **1000 Stück prima echt Velours, echt Ayrminster, echt Tournay, echt Brüssel**, sowie **echte Smyrna- und Perser-Teppiche**, handgeknüpft, in allen Größen und reicher Musterwahl, mit kleinen, unmerklichen Musterfehlern, jetzt nach dem **Unzuge für die Hälfte des regulären Wertes.** 10782*

Teppichhaus B. Hurwitz

**Rotes Schloß
vis-à-vis dem National-Denkmal.**

Sämtliche Neuheiten für Frühjahr u. Sommer vorräthig.



M. Schulmeister

Schneidermeister
Berlin SO., Dresdener-
straße 4
am Kottbuser Tor.

Spezial-Haus feiner Herren- und Knaben- Garderobe fertig und nach Maß.

Elegante
Sommer-Paletots Mk. 18⁵⁰
Jackett-Anzüge . . . 17⁵⁰
Rock-Anzüge . . . 26-
Gehrock-Anzüge . . . 32⁵⁰
Haus-Joppen . . . 6-

Berufskleidung für alle Gewerke.
Nur Eigen-Konfektion.

Kinderwagen-Kuhlicke

nur Neue Königl. 43. 1 Trepp. Gde. Wile Schützenstr. a. Alexanderplatz.



Kinderwagen,
Kindersportwagen,
Bettstellen
pp.
kaufen Sie nicht,
bevor Sie meine
Kataloge
gesehen haben,
gratis u. franko.

Das Wunder Berlins

sind die bekannten Konfektionshäuser

3 Geschäfte **Blitz** 3 Geschäfte

80 Chaussee-Straße **80**

3 Geschäfte **Blitz** 3 Geschäfte

9 Rosenthaler Straße **9**

Ecke August-Straße.

3 Geschäfte **Blitz** 3 Geschäfte

137 Große Frankfurterstr. **137**

zwischen Koppen- u. Fruchtstr.
Chones Industrie-Palast

Herren-Anzüge, Herren-Paletots, Kinder-Anzüge, Hosen

hochelegant . von **4⁹⁰** an
das Neueste . von **5⁶⁰** an
in feinsten Ausführungen . von **1⁸⁰** an
in allen erdenklichen Mustern . von **57 Pf.** an

Wir bitten genau auf die Firma

Blitz

zu achten. — zu achten.

Bel Einkauf Fahrvergütung. Vor Täuschung wird gewarnt.

13. Ziehung 5. Kl. 214. Kgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 21. Mai 1906, vormittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

Nachdruck verboten.

179 256 533 72 700 92 804 1008 [5000] 184 253
[500] 60 [500] 61 78 536 43 655 765 90 [500] 882 907
[500] 19 [500] 95 2142 298 [500] 344 [500] 64 77
[500] 509 717 67 [500] 77 827 3402 84 117 290 345
[500] 99 405 908 [500] 4069 274 491 512 [500] 26 853
89 [1000] 761 74 810 [500] 5690 128 48 [500] 376 79 94
994 6945 59 128 [500] 237 [500] 72 442 303 64 999
[500] 974 7112 96 545 601 32 41 84 750 992 8041
[1000] 49 61 238 72 [1000] 339 430 654 9324 497
575 783 843

10039 34 96 [1000] 182 293 302 425 591 944 [500]
11008 [500] 98 393 54 530 633 [1000] 85 927 47 12130
[1000] 83 435 338 702 21 68 882 73 902 67 13291 880
948 84 14224 97 840 805 15000 90 [500] 67 238 899
518 71 635 70 95 [500] 16071 389 [500] 547 49 782
880 921 89 95 17335 [500] 517 86 92 719 [1000] 18301
141 260 845 859 93 921 19399 698 795 885 950 [1000] 85
20090 138 337 75 [500] 678 863 21151 513 96 785
827 22024 307 452 631 814 946 23684 743 808 833 89
24104 57 [500] 379 431 599 628 899 [1000] 890 25178
238 602 26049 227 369 78 801 742 71 877 983 [1000] 68
27670 123 65 365 459 593 646 788 [500] 848 93 908 30
28065 374 [500] 405 [500] 631 890 908 23 29071 73 97
349 453 673 712 857

31065 35 [5000] 148 341 81 502 717 74 804 92 979
31001 [500] 180 273 596 627 872 [1000] 32042 85 [500]
191 321 401 52 84 887 [500] 693 782 841 906 33032 154
90 249 50 317 37 [500] 56 414 40 783 62 602 87 89 882
[500] 929 33 34103 90 401 538 [500] 620 93 744 [500]
54 848 35087 [1000] 99 179 344 461 78 [500] 95 548 72
[500] 709 42 83 94 36271 310 499 584 639 788 925 31
93 37028 71 260 489 802 44 95 96 885 908 35216 428
689 74 [1000] 43 833 [500] 973 30037 44 [1000] 213
85 380 414 82 832 66 609 727 954

40223 375 561 811 911 29 41050 246 89 466 42062
138 92 271 86 339 41 823 71 922 43099 117 91 [1000]
363 [500] 604 799 837 44000 47 [1000] 161 289 363 74
445 506 826 48 [1000] 95 934 40 56 77 45050 [500]
367 632 45 990 [500] 46038 397 [500] 340 55 675 961
47388 35 1000 [500] 630 708 48222 304 55 [500] 98
[1000] 75 626 874 907 43028 415 589 635 878 83 [500]
699 77

50027 181 283 [5000] 569 642 845 619 [1000] 51200
48 53 439 96 804 90 790 82 52073 130 432 696 [500]
739 924 53027 379 [5000] 88 512 637 94 831 71 54118
[500] 248 67 682 793 876 83 55082 121 37 92 404 533
70 [1000] 841 969 56008 675 57001 542 611 610 838
919 22 93 58121 503 28 96 59233 47 315 61 415 617 816
60222 388 [5000] 692 730 802 [1000] 955 61111 264
341 57 542 606 62377 [5000] 741 983 63064 104 [500]
242 404 [500] 25 [5000] 34 567 64638 141 305 441 814
88 [500] 92 65050 312 444 831 789 864 66119 89
[500] 306 65 465 328 712 49 965 67118 83 [1000] 273
89 40 4 [5000] 32 802 796 [5000] 68009 128 383 825
[1000] 676 716 69094 [5000] 196 [1000] 489 526 683
721 915 85

7030 202 326 63 [5000] 425 73 700 41 822 7175
287 302 64 77 322 601 738 812 72321 [1000] 84 780 85
511 48 628 31 713 42 95 833 73259 303 401 [500] 508
758 843 902 34 74028 388 463 521 [1000] 090 15 [5000]
65 75189 51 696 [1000] 892 90 992 76159 347 632
50 79 829 [500] 62 77095 431 83 529 761 821 65 81
907 91 78032 104 247 866 773 74 888 901 89 79149
82 [500] 291 396 416 396 906

80004 42 280 348 441 89 537 892 783 824 70 967
81288 [1000] 69 483 [500] 82329 416 648 [500] 61 907
917 64 83184 378 531 63 975 84147 420 789 80 [500]
861 [1000] 85111 274 613 842 [500] 63 981 86118
98 233 321 463 303 67 433 806 [1000] 79 921 29 [500]
57046 148 298 72 354 443 382 60 74 780 844 89196 364
79 819 89037 56 59 86 110 410 22 [500] 537 769 [500]
65 69 907 89 [1000] 62

90088 132 223 99 330 633 816 970 [500] 91130 48
210 63 836 83 630 [500] 92028 201 [500] 93131
[500] 344 481 521 39 [500] 83 777 94121 268 623 89
746 84 904 13 23 [500] 42 95087 368 496 534 600 741
[500] 901 18 29 62 [500] 96119 305 634 634 948 97013
133 [500] 58 515 617 891 941 71 98000 58 [500] 83
[500] 108 229 303 75 438 961 [1000] 99133 485 611 703
[500] 28 881

100284 755 65 75 101165 80 380 448 65 80 832
102080 106 434 85 896 103155 354 [1000] 516 [500]
73 885 67 792 104296 305 642 43 731 815 975 105230
311 880 106000 11 283 53 833 83 654 89 97 848 93
948 107690 301 [1000] 253 [500] 77 [500] 924 53 691
94 782 84 533 [500] 43 108063 122 76 253 390 [500]
428 502 [500] 47 929 861 911 [1000] 41 43 84 86
109891 718 75 824

110098 [500] 657 673 720 40 56 839 97 [1000]
111057 133 512 [1000] 333 [500] 827 42 68 99 785 854
112600 113 255 427 96 397 643 113018 90 [500] 142
382 85 84 419 842 96 [1000] 613 90 922 58 114037 71
[500] 289 608 848 115038 133 718 884 77 [1000] 62
60 277 484 840 97 [500] 632 963 79 [1000] 117273
361 842 841 [500] 76 961 118395 40 419 633 833 924
[500] 111036 489 654 88 782 984

120061 680 724 890 121035 190 394 532 71 809
733 82 844 911 122048 513 23 89 80 [500] 649 62 813

47 86 988 123015 280 759 124084 137 38 86 489 [5000]
601 27 89 601 [5000] 30 701 39 933 40 [1000] 43 49
125028 43 73 251 302 20 488 89 [500] 857 798 838
126260 54 94 393 [5000] 400 23 378 99 610 67 736 947
127028 74 239 498 806 506 734 89 [10000] 67 71
943 92 125295 93 303 4 31 409 39 727 31 67 880 913
[1000] 129129 537 817 85 74

130038 [1000] 124 202 36 334 46 78 [5000] 433 40
507 61 646 [5000] 51 822 968 131134 290 [1000] 325
467 [500] 857 74 913 132004 432 518 28 36 706 14 82
969 133041 233 319 83 [500] 553 779 94 854 57 134159
61 587 [500] 727 832 135488 35 520 745 [5000] 136029
228 86 379 530 43 660 [500] 703 8 841 137191 200 496
747 803 39 622 138158 334 76 492 549 [5000] 696 712
881 663 139032 115 303 33 43 79 520 [500] 22 981

140187 390 947 [1000] 475 843 50 813 74 14103
[1000] 70 83 [500] 282 382 74 492 597 681 790 142148
[500] 298 892 710 143016 35 591 796 36 963 [1000]
144319 525 62 694 919 145133 275 384 678 851 [1000]
146208 28 429 590 000 729 [1000] 147447 556 148134
211 33 421 [1000] 48 89 819 623 726 41 874 77 895
149021 174 257 90 496 505 [5000] 10 20 [500] 767 957
150019 210 61 674 858 161038 [5000] 177 400
90 515 620 63 728 838 41 967 152088 238 46 444 81 91
741 44 887 935 153029 [5000] 113 366 29 597 796 151918
232 73 340 82 [5000] 475 520 779 808 155178 87 232
354 436 501 674 720 [1000] 140 17 156217 341 732 61
[1000] 980 157017 116 [500] 511 28 97 880 93 284
[500] 26 47 99 158189 873 898 [500] 159090 [500] 234
229 883 970

160039 145 492 747 96 823 28 33 63 161033 116
29 62 578 97 789 [5000] 896 904 20 95 162151 69 367 95
[1000] 40 58 603 14 29 899 116 [1000] 50 15 1638013 211
405 24 58 648 587 164028 33 79 161 371 450 540 718 40
165067 367 419 51 60 722 79 927 166255 460 517
709 64 167000 17 128 74 267 438 554 794 989 168907
111 95 96 213 303 626 33 627 84 809 [500] 936 169071
380 406 507 639 726 [5000]

170055 218 64 87 841 800 70 171173 643 67 70 83
838 [1000] 172308 375 871 925 43 173042 110 74
255 368 485 574 732 43 880 908 174105 322 93 656
175194 285 475 89 632 856 960 [500] 72 176022 113 464
98 [500] 353 91 622 86 [1000] 717 686 177015 30 97
140 305 7 402 66 500 [500] 67 67 706 888 178414 125
442 624 690 710 91 954 179027 241 59 [1000] 333 413
[500] 525 [1000] 706 807 25 91 93 [5000] 951020

180004 184 621 32 298 50 59 85 181004 50
[500] 135 221 321 39 62 770 82 828 [500] 40 [500] 71
903 49 182008 [1000] 138 83 850 885 885 183012 372
576 [500] 84 97 615 880 921 58 184002 289 376 438 68
807 663 714 34 48 64 817 978 [500] 185059 74 323 78
440 582 656 730 31 74 903 49 186002 [500] 50 166
305 24 425 745 74 89 [500] 827 967 87 187120 [1000]
35 385 361 73 635 775 188137 216 333 521 36 43 669
189034 482 61 800 912

190008 88 98 189 274 79 [500] 412 28 63 61 520
702 75 983 90 [500] 191070 [5000] 78 [5000] 133 382
[500] 403 673 714 800 30 [500] 67 946 134214 47
543 63 692 754 947 193028 226 336 434 37 621 694 788
84 90 824 194040 110 22 [500] 86 [500] 225 672 80
734 61 195003 14 10 [1000] 653 87 728 196006 91 248
50 89 419 661 740 197030 199 620 776 198500 [500]
91 93 [500] 135 70 219 79 371 498 [1000] 327 622 43
708 34 57 819 93 906 [500] 199152 305 [1000] 98
365 890

200285 34 488 891 201182 [500] 228 434 [1000]
75 814 70 331 [500] 993 202244 45 351 702 7 56 985
[500] 203025 81 134 225 [1000] 374 499 91 527 614
71 62 606 204038 94 216 390 509 17 653 708 917 61
205322 12 44 74 323 [1000] 62 416 709 46 [500]
20624 509 207073 181 87 [500] 323 99 574 912
208028 471 587 82 796 88 209072 144 75 [1000] 256
346 784 805 [500]

210110 272 19 382 489 96 509 30 686 709 [500] 926
211036 283 811 84 212099 116 228 372 82 977 798 79
885 833 [1000] 81 213223 79 353 582 80 604 964 85
214294 37 54 66 442 560 10 14 73 908 [1000] 30 89
215038 311 94 692 700 31 831 75 70 216017 69 126
[1000] 204 81 476 500 689 99 792 840 83 [500] 901 88
217093 69 194 [5000] 238 521 757 817 85 88 218333
99 447 61 526 806 46 [1000] 83 219104 325 461 537
656 788 [1000] 838

220217 507 788 972 221030 71 279 301 19 [500]
466 22 45 94 882 [500] 910 85 222074 107 [500] 996
833 71 223017 35 297 336 [500] 71 615 843 83 801 79
224306 [500] 149 222 [500] 72 [500] 225 42 463 88
617 [500] 92 736 91 511 78 225094 43 501 783 21 [500]
941 [500] 55 66 95 227108 90 [1000] 377 89 429 35 74
896 632 832 228059 80 616 61 769 999 229057
119 [500] 50 242 98 574 790 922

230013 25 127 283 581 716 821 231103 240 84
[500] 380 [1000] 83 428 788 818 [500] 90 232322 641
233402 84 [1000] 534 50 815 44 990 234170 484 907
83 54 740 80 977 235096 367 611 801 21 92 946
236183 273 [500] 394 601 711 [1000] 72 [500] 822
986 99 237118 344 51 798 822 973 75 238097 96 301
26 28 423 55 95 994 46 239022 224 [1000] 847 601
27 782 [500] 89 895

240113 46 [1000] 348 519 35 [1000] 769 71 88
870 899 [500] 80 241138 345 961 888 990 242006 163
441 611 18 77 [1000] 613 88 [500] 728 113168 286 99
244223 328 [500] 904 614 69 989 245115 309 445
71 81 612 81 802 246032 187 [500] 365 608 247074
[500] 120 358 [500] 985 [500]

13. Ziehung 5. Kl. 214. Kgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 21. Mai 1906, nachmittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

Nachdruck verboten.

89 198 202 360 600 70 80 874 92 1043 120 79 284
345 81 450 66 92 98 [500] 612 817 43 900 2378 83 361
757 803 3292 305 42 95 610 938 48 4028 [500] 46 [1000]
289 471 [1000] 775 499 5032 309 96 830 798 865 6077
100 90 202 300 [500] 85 517 633 790 812 [1000] 931
7144 88 233 314 [500] 54 67 79 563 679 733 8111 [500]
292 950 [500] 81 9000 213 20 488 [500] 516 31 [500] 615
[1000] 30 720 51 86 [1000] 99

10042 48 169 [500] 345 69 74 424 69 625 37 [1000]
47 782 875 901 [1011] [500] 106 247 374 444 584 12149
[500] 679 818 13189 232 78 331 440 87 544 77 91 [500]
95 676 570 974 77 [500] 96 14020 40 80 107 44 [500] 66
64 207 [500] 49 69 69 [500] 92 419 625 60 703 88 820
66 16075 450 630 874 16300 187 [1000] 88 343 371 773
87 858 [500] 67 989 17108 [500] 237 879 410 13 23
[500] 529 73 98 [500] 680 889 984 18117 222 372 92 586
755 19185 333 610 67 454 773 [5

Partei-Angelegenheiten.

Die Sommerfeste

Der Parteigenossen haben sich immer mehr zu wahren Volkfesten ausgewachsen. Auf diesen Veranstaltungen finden sich die Genossen zusammen, um sich einige Stunden über die Misere des Tages hinwegzusetzen.

Der 6. Wahlkreis feiert am Sonntag, den 15. Juli, wieder im Roabiter Schützenhause, Blögensee, sein Sommerfest. In dem reichhaltigen Programm — Konzert, Gesang, Tanz, humoristische Vorträge, Auftreten von Turnern, Athleten und Radsfahrern — ist auch besonders der Kinder gedacht.

Fünfter Wahlkreis. Heute Dienstag abend präzise 8 1/2 Uhr: Versammlung des Wahlvereins im Alten Schützenhause, Eimühlstr. 6. Genosse Dörmel spricht über „Partei und Gewerkschaft“. Gäste haben Zutritt.

Charlottenburg. Heute Dienstag: Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins. Genosse Karl Wiesenhal wird über das Thema „Was lehren uns die Massenstreiks und -Ausparierungen?“ referieren.

Wahlverein Nigdorf. Abteilung 8: Herrenpartei! Treffpunkt 7 Uhr am Görtzger Bahnhof, Ecke Wienerstraße. Fahrt nach Schmüdow, von da nach Nigdorf nach Zwielsch (Bräuhäus), weiter über Hofen nach Miggelberg (Mittag im Restaurant „Zur großen Stämpe“).

12. Abteilung, Bezirke a, b, c. Heute abend 8 1/2 Uhr, findet in Fritz Hoppes Festhale, Hermannstr. 49/50, eine öffentliche Versammlung mit Frauen statt. Tagesordnung: Ein Wort zum Austritt aus der Landeskirche. Unsere Agitation auf politischem Gebiet.

Wilmersdorf. Heute abend findet im Döbischen Lokal, Weiningerstraße 8, in Schöneberg eine außerordentliche Generalversammlung statt. Vorher einem Vortrage des Genossen Bernuth über „Partei und Gewerkschaft“ steht die Neuwahl des 1. Vorsitzenden und Bericht des Vorstandes auf der Tagesordnung.

Rehensdorf. Heute abend 8 Uhr findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Dr. Max Schütte: Gesichtsauffassung und Geschichtslehre.

Königs-Wusterhausen. Die Versammlung findet nicht, wie bekannt gegeben, am Dienstag, den 22. Mai, sondern am Mittwoch, den 23. Mai, abends 8 Uhr, im „Siegeskranz“ statt.

Wittenau. Der nächste Diskutierabend findet Mittwoch, den 23. Mai, abends 9 Uhr, bei Böhm statt. Die Genossen werden ersucht, pünktlich und vollständig zu erscheinen.

Potsdam. Morgen Mittwoch, den 23. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Victoria-Garten“, Alte Luisenstr. 22, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: 1. Der preussische Volksschulgesetz. Entwurf. Referent: Wilh. Rietzke.

Berliner Nachrichten.

Die erste Adresse des Berliner Freijournals an Wilhelm II.

Wenn im Kaiserhause Geburtstag ist, wenn sich das Jahr wendet, wenn sich ein Prinz vermählt, wenn — kurz, wenn sich irgend eine Gelegenheit bietet — und wann böte sich eine solche nicht? versäumen unser aufmerksamer Magistrat und mit ihm die Väter unserer Stadt nie, ihre Ergebenheit und Königstreue dem Herrscher und dessen Gemahlin alleruntertänigst zu Füßen zu legen.

Einmal kam in die Adressenschickerei ein Mißton hinein, und zwar aus Anlaß einer Gratulation zum Geburtstag der Kaiserin. Es war zu jener Zeit, als die Stadtverordneten nicht einsehen wollten, daß die Steuergelder auch zu Kirchenbauten da seien und eine solche Forderung ablehnten.

Dieser Adressenverkehr zwischen Stadtvertretung und Kaiserhaus hat sich fast ausnahmslos auf schriftlichem Wege vollzogen, und die Zahl der abgeordneten Adressen dürfte im Laufe der Jahre zu einer recht erheblichen angewachsen sein.

Jetzt aus Anlaß des Todes des Stadtschulrats Dr. Gerstenberg frisch ein Mitarbeiter des „Berl. Tageblatt“ die Erinnerung an die damalige Zeit wieder auf.

Am 27. Oktober 1888 war es, als die städtische Abordnung, mit glänzenden Ketten angezogen, an ihrer Spitze der redenhafte Fockendek, im großen Empfangssaale des Jollernschlosses der Ankunft des Kaisers harrete.

Freudiger Festesglanz empfing Euer Majestät in den Hauptstädten der befreundeten Fürsten, und Friedensmuffel war sein Widerhall für Europas Völker.

Begeisterterweise war man allgemein gespannt auf den Verlauf der Audienz, in der das „Huldigungsgeschenk“ übergeben wurde, und mir fiel der ehrenvolle Auftrag zu, der Rittmelt darüber Bericht zu erstatten.

Warum wir auf die Sache zurückkommen, werden unsere Leser nach dem Vorstehenden leicht verstehen. Zum erstenmal wird durch diese Erinnerung die Tatsache bekannt, daß die erste Adresse der Berliner Stadtverordneten ihnen gar nicht abgenommen, sondern, weil der Kaiser die Herren einfach stehen ließ, auf einen Stuhl niedergelegt wurde.

Zur laufenden Berichtigung der Liste stimmfähiger Bürger Berlins hat das Wahlbureau des Magistrats im Etatsjahre 1905/06, über das es jetzt den Jahresbericht erstattet, von der Polizei 1 922 687 Meldungen erhalten.

Amtlich wird darauf aufmerksam gemacht, daß es nicht gestattet ist, und zwar weder Schülern noch Lehrpersonen, die Ferien über die amtlich festgelegten Termine hinaus früherer Abschiebe oder späterer Rückkehr zu verlangen.

Die Gemeinde Reinickendorf will mit der Großen Berliner Verhandlungen antreten wegen Verlängerung einer Straßenbahnlinie nach Reinickendorf oder Schaffung einer neuen Linie.

vom Gesundbrunnen aus durch die neue Prachtstraße und Humboldtstraße bis zur Eichhornstraße einzutreten oder den Bau einer Gemeinde-Straßenbahnlinie zwischen dem Osten und Westen des Dorfes in Erwägung zu ziehen.

Durch Kurzschluss in der elektrischen Hochbahn entstand Sonntag abend kurz vor 7 Uhr eine kleine Verkehrsstörung. In der Einfahrt des Tunnels westlich vom Rollendorfsplatz schlugen plötzlich hohe Flammen empor.

Die Photographie in der Schule. Praktische Übungen in der Photographie wurden an der 13. Realschule veranschaulicht im letzten Winter veranstaltet. Von einem der Physiklehrer wurden für Schüler der beiden obersten Klassen unentgeltliche Sonderkurse abgehalten.

Ein Seidenbiefahl wurde in letzter Nacht in der Lindenstr. 57 verübt. Im ersten Stock des Vorderhauses befindet sich dort das Seidenlager von Wilhelm Raab.

Das Rizzar Hochkaplerquartett. In Rizza verhaftete die Polizei vor einiger Zeit ein Quartett von deutschen Besessenen. Diese vier, namens Koschorek, Otto Marschall, Rudolf König und Emma Romeid geborene Lönies, die jetzt hinter Schloß und Riegel sitzen, sind hier keine Unbekannten.

Alle vier „Wohltäter“ vereinigten sich in Rizza zu einer Gesellschaft unter der Firma Koschorek u. Cie. Sie amonsterten dann, wie man weiß, in Deutschland, daß ein Bankier, der über bedeutende Kapitalien verfüge, Darlehen zu sehr niedrigen Zinsen gegen eine geringe Vermittlungsgebühr gewähre.

Zwei Kinder sind am gestrigen Sonntag in die Spree resp. in die Havel geführt, von denen das eine den Tod fand. Die sechsjährige Tochter Emma des Kohlenabtrügers Berner aus der Dorfstraße 10 spielte mit anderen Kindern am Südufer und lief an der Böschung des Spandauer Schiffahrtskanals entlang.

Die oft gerügte Unart der Kinder, hinter Gewannen herzulaufen, hat am Sonnabend abend schon wieder einen schweren Unfall herbeigeführt. In der Antonstraße folgten mehrere Schulmädchen einem Heuwagen und rissen Deulpatne aus der Ladung heraus.

Die oft gerügte Unart der Kinder, hinter Gewannen herzulaufen, hat am Sonnabend abend schon wieder einen schweren Unfall herbeigeführt. In der Antonstraße folgten mehrere Schulmädchen einem Heuwagen und rissen Deulpatne aus der Ladung heraus.

folgenden Geschäftswagen überfahren. Das rechte Bein wurde dem Mädchen fast völlig zertrümmert. Die Kleine hatte auch außerdem innere Verletzungen erlitten und wurde in äußerst bedenklichem Zustande in das Lazaruskrankenhaus gebracht.

Den Kettelbesitzer als Schaffstube ausgeführt hatte sich gestern Abend der Schiffer Max K. aus der Kettestraße. K. leidet an Delirium und befand sich gestern Abend in total angetrunkenem Zustande. Als er heimgehen wollte, glaubte er am Kettelbesitzer bereits am Ziel zu sein. Zum Erstaunen und Entsetzen der Passanten und Passantinnen begann sich K. plötzlich auf offener Straße zu entkleiden, und als er sich vollständig ausgezogen hatte, wollte er sich zur Kasse niederlegen. Hierzu kam es jedoch nicht; mehrere Männer verschaukelten den Schiffer und wollten ihn fortjagen. Er lief jedoch davon, wurde aber verfolgt und bald festgenommen. Man brachte ihn zunächst nach der Insafflation in der Lindowstraße und von dort in die Irrenanstalt in Dalldorf.

Rätselhafte Wertpapietraubungen auf dem Postamt Unter den Einden (Amt 64) und Geldbeträge auf anderen Berliner Postämtern ereigneten sich in letzter Zeit. Sie haben jetzt ihre Aufklärung gefunden. Die Traubungen der Wertpapiete geschahen jedesmal in der Weise, daß ein scharfer Schnitt durch die Umhüllung gemacht worden war. In einem Falle wurden auf diese Art 150 M., in einem anderen 500 M. gestohlen. Diese Diebstähle konnten nach Lage der Verhältnisse nur auf dem Postamt 64 ausgeführt worden sein. Es bemächtigte sich daher der dort beschäftigten Beamten eine begreifliche Aufregung. Ferner wurden auf anderen Berliner Postämtern in einer Reihe von Fällen den bei der Paketannahme beschäftigten Beamten auf gleich rätselhafter Weise Geldbeträge, die sie neben sich liegen hatten, gestohlen, wodurch die Beamten in eine sehr unangenehme Lage gerieten, da sie erklippflichtig waren. Schließlich gelang es der Postbehörde, durch ihre Untersuchung festzustellen, daß in allen Diebstahlsfällen der Postbote Franz W., der in der Hermannstraße zu Rigdorf wohnt, in den betreffenden Räumen dienstlich beschäftigt war. Das erregte Verdacht. Man hielt eine Hausdurchsuchung bei W. ab, und diese förderte eine große Geldsummeutage, über deren Erwerb der Postbote sich nicht auszuweisen vermochte. Im Verhör in die Enge getrieben, hat W. eingestanden, er habe die sämtlichen Diebstähle ausgeführt. Er will aus Not gehandelt haben. Gestern morgen ist W. in Haft genommen worden.

Eine ganze Kollwagenladung gestohlen. Immer mehr häufen sich in letzter Zeit die Fälle, in denen unbeaufsichtigte Fuhrwerke entweder eines Teiles ihrer Ladung beraubt oder ganz gestohlen werden. Ein solcher Fall ereignete sich auch gestern wieder im Konfektionsviertel und zwar vor dem Hause Hausvogteiplatz 12. Dort hielt ein Kollkutscher mit 15 Ballen Konfektionsstoffe, die für die beiden Engrosfirmen Joellsohn u. Brunn und Heller u. Horwitz, beide am Hausvogteiplatz, bestimmt waren. Während nun der Kutscher auf einen Augenblick bei der Firma Joellsohn u. Brunn vorsprach, um die Papiere dort abzugeben, war der ihn begleitende Kollmops unflugerweise gleichzeitig nach dem gegenüberliegenden Geschäft von Heller u. Horwitz gegangen, um dort die Ankunft der Waren anzumelden. Diese Gelegenheit hatte ein Kollkutscher benützt, um mit Geschwindigkeit und Ladung das Weite zu suchen. Der Wert der gestohlenen Waren allein beläuft sich auf etwa 7000 M. Bis jetzt ist es der sofort benachrichtigten Polizei noch nicht gelungen, irgend eine Spur des Täters zu finden.

Der Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter ersucht uns um Aufnahme folgender Zeilen: Der Arbeiter Friedrich Junide aus Lindenwalde hat am 14. d. M. in Berlin sein Mitgliedsbuch vom Zentralverband der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Sp. Nr. 58709, Orts-Nr. 8, sowie seine Invalidenkarte verloren. Der eifrige Finder wird gebeten, dieselben im Bureau des Zentralverbandes der Handels- und Transportarbeiter, oder in der Expedition des „Courier“, Engelsufer 21, Hof 1, abzugeben.

Einen erheblichen Verlust hat am Dienstag, den 16. Mai, der Genosse Gerhard Hildebrand, Ober-Schönebeide, Köpenickerstr. 161, erlitten, als er an diesem Tage nachmittags 3,40 von Niederschönebeide nach der Stadtbahn zu fuhr. Als er in Treptow umsteigen mußte, verlag er ein Paket aus dem letzten Abteil des vorderen Raucherwagens mitzunehmen, das in grauer Packpapier eine große Anzahl Bücher enthielt, die er einem Genossen zurückbringen wollte. Das Paket enthielt Tagebücher von Barnhagen v. Enke, von 14 Bänden waren 8 oder 9 gebunden. Von der Bahnverwaltung eingeleitete Nachforschungen haben mit einem negativen Ergebnis geendet. Vielleicht liest einer der Mitgefahrenden diese Zeilen und kann dem Genossen zu den vermissenen Sachen wieder verhelfen.

Die Leiche eines neugeborenen Kindes wurde am 16. d. M., vormittags 5/2 Uhr, im Vorgarten des Grundstückes Schöneberger Ufer 87 aufgefunden. Die Leiche war verpackt in einen gelblichweißen und blauen Vogen Packpapier mit der Firma Kaufmann, Schuhwarenhaus, Potsdamerstraße 46 und Biesbuden, Langgasse 9, und in einem zerfetzten weißen Hemd und einem weißen mit Rauten versehenen Planelunterrock ohne Zeichen. Die Nachbarn nach der Mutter waren bisher ergebnislos. Ob eine strafbare Handlung vorliegt ist noch nicht festgestellt. Die Leichenstarre war beim Auffinden noch nicht eingetreten, so daß die Geburt und der Transport an die Fundstelle nicht lange vor 5 Uhr stattgefunden haben kann.

Mitteilungen über die Mutter sowie über Personen, die das Paket mit der Leiche über das Vorgartengitter geworfen haben, werden von der Kriminalpolizei zur Tagebuchnummer 3036 IV. 41. 06 erbeten, auch nimmt solche jedes Polizeirevier entgegen.

In der Utenenhalle des Vereins für Feuerbestattung auf dem städtischen Friedhofe in Friedrichsfelde sind nach fünfzehnjährigem Betriebe größere Reparaturen und Verschönerungsarbeiten erforderlich, die voraussichtlich den ganzen Monat Juni in Anspruch nehmen werden. Da die Halle während dieser Zeit im allgemeinen für den Besuch geschlossen bleiben muß, wird das interessierte Publikum gut tun, sich danach einzurichten.

Kadrennen zu Steglitz, 20. Mai. Die zahlreichen Besucher, etwa 10 000, die sich zu dem Rennen eingefunden hatten, sind jedenfalls auf ihre Rechnung gekommen, denn selten dürfte es spannendere Kämpfe gegeben haben. Zwei Dauerrennen waren vorgesehen. In dem Stundenrennen um das „Kleine goldene Rad“ war der Franzose Louis Darragon siegreich gegen den Belgier Goor und die Berliner Schipke, Nyser und Aend. Aber der Sieg wurde ihm nicht leicht gemacht, denn da er gezwungen war, sein Rad zu wechseln, konnte Goor vom 30. bis 50. Kilometer die Spitze behaupten; dann aber holte der Pariser wieder auf und ging mit 75,740 Kilometer als Erster durch das Ziel vor Goor (72,540 Kilometer), Schipke (72,050 Kilometer), Nyser (69,570 Kilometer) und Aend (66,710 Kilometer), letztere beide waren verschiedentlich von ihrer Führung abgefallen. — Noch fesselnder gestaltete sich das Rennen über 100 Kilometer um die „goldene Kette mit Stern“, die der Holländer B. Dientmann vor dem Amerikaner Rat Butler, dem Kölner B. Gänther und dem Berliner R. Demke gewann, denn auch hier gab es einen heißen Kampf zwischen den beiden ersten, Dientmann hatte anfangs die Spitze; Butler dicht hinter ihm, ihn wiederholt bedrohend; endlich beim 40. Kilometer, als der Holländer seine Schrittmacher wechselte, gelang es dem Amerikaner, an seinem Gegner vorbeizugehen und sich bis zum 60. Kilometer als Erster zu behaupten; dann war er gezwungen, ein anderes Rad zu besteigen. Für Dientmann war es nun ein Leichtes, wieder den ersten Platz zu belegen und diesen bis zum Schluß zu behaupten. Bei dem scharfen Kampf wurden vom 10. bis 20. Kilometer die besten Steglitzer Reiten und vom 30. bis 70. Kilometer sogar die ohne Windfänger erstellten Weltrekorde geschlagen. Dientmann fuhr in der Stunde 82,680 Kilometer und legte die 100 Kilometer in 1 Stunde 12 Minuten 42 1/2 Sekunden zurück, Butler erndete 750 Meter, Gänther 1880 Meter

und Demke 2720 Meter zurück. Letzterer lag bis zum 96. Kilometer an dritter Stelle, dann aber, für kurze Zeit von seiner Führung abfallend, gelang es Gänther, ihn zu passieren. — Drei Rennen waren für die „Rieger“ bestimmt; das Hauptrennen wurde von Scheuermann vor Kubela, Conrad und Wegener gewonnen. Im Prämienfahren siegte Kubela vor Kubela, Teile und Conrad und das Vorgabefahren belegte Kubela (vom Rad) gegen Scheuermann (10 Meter Vorgabe), Conrad (20), Lehmer (70) und Kurzmeier (50). Die Rennen verliefen ohne Unfall.

Kadrennen zu Zehlendorf, 20. Mai. Die hübsch gelegene Zehlendorfer Rennbahn hatte heute ihren großen Tag; selten dürfte dieselbe einen so zahlreichen Besuch aufzuweisen gehabt haben. Galt es doch, den beliebtesten Dauerfahrer, den Weltmeister Thaddäus Robl im Kampf gegen den Franzosen Guignard und den Ränderer A. Huber zu sehen. Robl rechtfertigte denn auch das Vertrauen seiner Anhänger, er gewann das „große goldene Rad von Zehlendorf“, ein Stundenrennen, das mit Preisen von 3000, 2000 und 1000 M. ausgestattet war, mit 64,700 Kilometer gegen Guignard 64,100 Kilometer und Huber 63,650 Kilometer. Ein anderes Stundenrennen um das „Kleine goldene Rad von Zehlendorf“: 700, 500 und 300 M., gewann der Berliner Schönebeide mit 60,470 Kilometer gegen Stein (Selb in B.) 56,800 Kilometer und Bohzert (Budapest) 55,800 Kilometer. Im Marsfahren über 2000 Meter siegte Kubela vor Bodlin und Katona und das Hauptfahren über 8000 Meter gewann gleichfalls Kubela gegen Döber und Bodlin. Ein zur Verlosung gekommenes Bremaborrad fiel auf die Nr. 765.

Feuerwehrbericht. Am Sonntag wurde die Feuerwehr nach der Reindendorferstr. 5a gerufen. Dort belästigte ein Betrunkener auf einem Gerüst das Publikum und drohte herabzustürzen. Die Feuerwehr holte den Mann herunter. In der Kobusstr. 7 drohte eine Dede einzustürzen. Die Wehr beseitigte die Gefahr. In der Remelerstr. 82 drohte ein Giebel herabzustürzen. Auch dort beseitigte die Wehr die Gefahr. Ferner hatte die Wehr in der Kaiserstr. 41 zu tun, wo ein Steiler unter Wasser stand. Das Wasser mußte ausgepumpt werden. Vrethofenbrände beschäftigten die Feuerwehr in der Fruchtstr. 18 und auf dem Ostbahnhof sowie einigen anderen Stellen. Außerdem mußten Kichenbrände in der Dollmannstr. 8, Alt-Neubitt 79 und anderen Orten gelöscht werden.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Die Erziehung des Schullindes durch den Stod ist keineswegs so ungefährlich, wie sie aussieht. Sie ist es nicht für das Kind, das diese Erziehungsmethode an sich probieren lassen muß, und auch nicht für den Lehrer, von dem sie an dem Kinde probiert wird.

Als der schlimmste Schaden, den der Stod anrichten kann, erscheint vielen nicht der, daß nur zu bald aus einem Kinde die Lust zur Schule und die Liebe zum Lehrer herausgeprügelt wird. Auch das wird meist unterschätzt, daß der Stod den Lehrer leicht zu einem bloßen Drillmeister herabdrückt, der schließlich unfähig wird zur Anwendung jedes edleren Erziehungsmittels. Erst wenn ein Lehrer den Stod so unvorchriftsmäßig gebraucht hat, daß mal ein Kind an seinem Körper geschädigt erscheint — dann erst dämmert manchem die Erkenntnis auf, daß die Erziehung mit dem Stod doch wohl nicht ganz ungefährlich sei. Und dann erst lernt auch so mancher prägelnde Lehrer begreifen, daß der Stod, den er so lange und mit so großem Eifer gegen die ihm anvertrauten Kinder geschwungen hat, zu einer Gefahr für ihn selber werden kann. Denn erst dann pflegt es zur Wehr zu kommen, zur Untersuchung und zum Disziplinarverfahren, vielleicht sogar zu gerichtlicher Anklage und Verurteilung. Wer steht nur nach Vorchrift auf, darf so reichlich hauen, wie er will; er kann dabei „in Ehren grau werden“ und sich sein fünfzigjähriges Lehrerbüßlein samt allen dazu gehörigen Ehrentungen erpüßeln. Wieviel Kindesseele der Jubilar in diesen fünfzig Jahren vielleicht zerstört hat, das hat ihm kein Altersschreiber gebucht, und kein Festredner wird es ihm vorrechnen. Aber wehe dem, dessen Brügelreißer sich bis zu „Gesundheitschädigungen“ verweigert. Dem kann es leicht passieren, daß er sich beizeiten aus seinem Erzieheramt hinausprügelt.

Aus Rigdorf hatten wir vor etlichen Tagen berichtet, in welcher Weise dort der Lehrer Heintze, der an der 19. Knaben-Schule (Herzberg-Platz) angestellt ist, einen Jungen mit dem Stod bearbeitet hatte. Auch Herr Heintze, der bis dahin den Stod gewiß für ungefährlich gehalten haben wird, dürfte inzwischen zu der Einsicht gelangt sein, daß dieses „Erziehungsmittel“ doch auch seine Gefahren hat. Es scheint nämlich, daß über diesem Jugendbildner, der in Rigdorf als Prügler bekannt ist, sich ein Gewitter zusammenzieht soll. Infolge unserer Veröffentlichung ist uns zunächst eine zweite Prügelaffäre aus dem Reiche des Herrn Heintze mitgeteilt worden. Auch hier haben die Eltern die Vorsicht gebraucht, das geprügelte Kind von einem Arzt untersuchen zu lassen und ein Zeugnis über die Wirkungen des Heintzischen Stodes zu erbitten. Viel werden sie indes nicht gegen den Lehrer unternehmen können, da der Arzt diesmal eigentlich nur die nicht reglementwidrigen Striemen auf dem Gesicht bescheinigen und nur noch hinzusetzen konnte, daß auch auf den Schultern ältere Striemen zu bemerken sind, die von Herrn H.'s Stod herühren sollen. Die von uns vorgenommene Untersuchung dieses Falles hat uns aber auf die Spur eines dritten Falles geführt, von dem Herr H. offenbar selber annimmt, daß er böse für ihn enden könnte, falls die Eltern es so wollen. H. hatte da einen Jungen so nachdrücklich geprügelt, daß wiederum ein Arzt um sein Gutachten erlucht werden mußte. Was der Arzt bescheinigt hat, darüber sind uns bisher nur mündliche Mitteilungen gemacht worden, für deren Wortlaut wir nicht einstehen möchten. Der Vater hat einem Vertreter unseres Blattes, der ihn unaufgefordert aufsuchte, auf Wunsch versprochen, er werde der Redaktion des „Vorwärts“ das Zeugnis übersenden. Bisher ist es uns nicht zugegangen, aber vielleicht kriegen wir es noch. Einzwischen müssen wir uns daran genügen lassen, hier mitzutheilen, daß Herr H. die Eltern des geprügelten Kindes schließlich in ihrer Wohnung besucht hat und sie in stundenlangem Unterredung insändigt gebeten hat, die Angelegenheit nicht weiter zu verfolgen. H. hatte allerdings allen Grund, sich zu diesem Witzgang herbeizulassen. Mit dem im „Vorwärts“ (Nr. 111 vom 15. Mai) veröffentlichten Fall ist das nun in kürzester Frist bereits das dritte Mal, daß Eltern ihm durch einen Arzt schwarz auf weiß bescheinigen lassen, wie er zugehauen hat. Und er befürchtet offenbar, daß schon durch Veröffentlichung jenes ersten Falles der Stein gegen ihn ins Rollen gebracht worden sein dürfte. Herr H. hat den Eltern vorgejammert, daß ihn diese Prügelaffären in seiner Karriere schwer schädigen und vielleicht gar um sein Amt bringen könnten. Gewiß, das wäre bitter für ihn; aber das hätte er sich sagen sollen, ehe er jubelte.

Ueber der Person steht uns die Sache, aber dem Interesse des Lehrers das Interesse der Schule. Wer dem schweren Amt eines Lehrers nicht gewachsen ist, der soll es aufgeben. In tausend anderen Berufen gibt es als ganz selbstverständlich, daß ungeeignete Elemente erbarmungslos ausgeschieden werden. Nur da, wo es sich um das Wohl der Kinder handelt, soll „Küchelt geübt“ werden? Schädlinge am Baum der Schule verdienen keine Gnade. Wer sie ihnen gewährt, wird mitschuldig an dem Schaden, den sie stiften.

Ein wahrhaft betäubendes Bild ist seit Wochen in der Gegend der Kaiser Friedrichstraße und Reuterplatz zu beobachten. Eine obdachlose Frau irt dort zum Geoprit der Postanten in den Straßen umher. Hilflos wendet sie sich an Vorübergehende, um dem Gaudium der Kinder, welche mit Steinen und Urat nach ihr werfen, zu entgehen. Hat nicht hier die Behörde die Pflicht, dafür zu sorgen, daß eine solche Frau irgenbwo untergebracht wird? Diefelbe Behörde, die „im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“ streikende Arbeiter an der Ausübung ihres Koalitionsrechts hindert, dürfte nicht dulden, daß eine Frau wochenlang täglich mit einer Schar sich an ihre lustig machender Kinder einhergeht!

Schöneberg.

Aus dem abenteuerlichen Leben und Treiben des flüchtigen Hochstaplers Regner werden immer wieder neue Schwindelmandate bekannt. Einen geradezu raffinierten Coup wagte M., um aus sich einen Zeitungverleger zu machen. Sein zukünftiger Schwiegervater, der vermögende Rentier M. aus Schöneberg, verlangte von seinem Schwiegersohne in „spo“, daß er als Ehegatte eine gesicherte Lebensstellung haben müsse. Außerdem stellte der Rentier an M. die Forderung, noch vor der Verheiratung das Staatsexamen zu machen. Durch diese Anfinnen ließ sich der Hochstapler, welcher kaum eine höhere Schule besucht hatte, keineswegs in Verlegenheit bringen. Er trat mit dem Verleger eines Blattes in Verbindung und wollte Verlagsstheilhaber werden. Als solcher mußte er sich mit 50 000 Mark beteiligen. Während noch die Verhandlungen, welche M. vorzichtigerweise allein mit dem Verleger pflegte, im Gange waren, mochte der zukünftige Schwiegersohn sein Staatsexamen. Er trieb sich viel in der Universitäts-, besonders aber in der königl. Bibliothek herum. Die „Vorbereitungen“ für das Staatsexamen bestanden dort darin, daß M. aus Journalen und Büchern Leitartikel und Feuilletons abschrieb und diese Nachwerke als eigene geistige Arbeiten unterzubringen versuchte. Während sich der Rentier mit seiner Familie auf seinem Sommerhof bei Rauchfangwerder aufhielt, traf dort eines Tages ein Telegramm ein mit den lakonischen Worten „Staatsexamen bestanden“. Am Tage darauf stellte sich der glückliche Abender des Telegramms in Grad und weißer Binde persönlich vor, um die Glückwünsche aus Anlaß des glänzend bestanden Staatsexamens entgegenzunehmen. Die Schwiegereltern zögerten nun nicht mehr, die Einwilligung zu dem Verlöbnis zu geben. Zu Ostern sollte die Hochzeit stattfinden und man hatte bereits eine ganze Etage in dem Wohnhause des Rentiers für das junge Paar hergerichtet. Nun galt es aber noch, nachdem die eine Bedingung erfüllt war, die gesicherte Existenz fertig zu gründen. Der Schwiegervater verpflichtete sich, zu der Einlage von 50 000 M. in den Zeitungsverlag 5000 M. beizusteuern. Dieses Geld glaubte M. besser anzuwenden, wenn er seine zahlreichen Gläubiger einigermaßen befriedigen würde, damit diese ihm nicht noch im letzten Augenblick gefährlich werden könnten. Er fertigte sich nun dadurch einen Verpfändungsschein über 50 000 M. an, daß er die Namensunterschrift des Schwiegervaters durchpauste. Er übergab den Schein dem Zeitungverleger und verpflichtete sich, die Summe am 1. Mai zu zahlen. Bis dahin durfte M. bestimmt damit rechnen, daß er die Tochter des Rentiers als Frau habe und dann blieb dem Schwiegervater schließlich nichts weiter übrig, als zu zahlen, oder mit anzusehen, daß der Schwiegersohn ins Judthaus wanderte. Inzwischen stellten sich jedoch die betrügerischen Manipulationen des sauberen Schwiegersohnes heraus, weshalb die Flucht desselben mit seiner Braut erfolgte.

Arbeiter-Samariterkolonne. Den Mitgliedern der III. Abteilung zur Nachricht, daß der Lebrabend am Mittwoch, den 23. Mai, bei Dbst, Reimingerstraße, stattfindet. Gäste haben Zutritt. Der Abteilungsleiter.

Charlottenburg.

Die bereits angekündigte Volksversammlung, in welcher Reichstags-Abgeordneter P e u s über „Bedeutung der wirtschaftliche Organisation eine Nachfrage für die Arbeiterklasse“ sprechen sollte, findet nicht Dienstag den 22., sondern Dienstag den 29. d. Mts. statt. Näheres durch Inserat.

Mariendorf.

Ueberschwemmung durch den Bruch eines Kanalisations-Druckrohrs. Am Sonntagabend gegen 1/2 11 Uhr brach das durch die Chaußeestraße in Mariendorf geleitete Hauptdruckrohr der städtischen Radialsysteme II und VI und ein mehr als mannshocher Wasserstrahl schoß fontänenartig fast drei Meter hoch aus dem Erdboden hervor mit solcher Gewalt, daß große Pflastersteine von den Wassermassen mitgerissen wurden. In wenigen Minuten war der Fahrbaum und Bürgersteig von den trübren, abfließenden Abwässern überschwemmt. Durch telefonische Meldung wurde die Pumphstation in der Bismarckstraße benachrichtigt und von dort aus die Juleitung abgestellt. An der Bruchstelle ist der Erdboden aufgerissen und eine drei Meter tiefe und fünf Meter lange Höhlung entstanden. Die Straßenbahnfähnen sind vollständig freigelegt. Der Verkehr wurde am Sonntag durch Pendelbetrieb zwischen Tempelhof und der Bruchstelle aufrecht erhalten und erst gegen 8 Uhr abends konnte der Verkehr bis zur Endstation wieder aufgenommen werden, nachdem durch Herstellung eines Notgleises die Umschaltung der Bruchstelle ermöglicht worden war.

Groß-Lichterfelde.

Ein unerhörter Baumfrevler wurde, wie man uns mitteilt, am vergangenen Sonntag von der Dampfstraßenbahn Groß-Lichterfelde — Klein-Rachnow verhaftet. Wahrscheinlich um den Niefenverkehr nach der neuen Rachnower Schleuse zu betwängeln — der sich übrigens in durchaus normalen Grenzen hielt — hatte sich die Direktion der Dampfstraßenbahn von der Staatsbahn alle zweijährige Wagenuntersätze geziehen, mit denen sie nun am letzten Sonntag zum erstenmal Chaußeest und Dorfstraßen besuhr, die zum größten Teil mit städtischen, jetzt im prächtigsten Blätter- und Blütenprunk prangenden Bäumen besetzt sind. Man kann sich denken, wie übel die Bäume dabei zugerichtet wurden, in deren Laubwerk die zweiten Stodwerke der Wagen weit hineintragen. Streckenweise war der Boden förmlich besät mit grünen Blättern und mit kleinen und großen schönbelaubten Zweigen, und jedem, der in dem oberen Stod der Wagen Platz genommen hatte — die Räume dort, ebenso wie die Trittschwellen und Plattformen waren ebenfalls mit frischem Grün dicht bedekt — schnitt das unaufhörliche Knacken und Krachen der Äste ins Herz, die von den Dachern der Wagen jämmerlich geknickt, abgebrochen und geschleift wurden. Dabei befanden sich die Fahrgäste ständig in der Gefahr, durch die Zweige, die infolge der raschen Fahrt mit großer Behemung bald in die Coupéfenster hinein, bald hinausgeschleudert wurden, verletzt zu werden. — Alles war voller Empörung über die Grausamkeit, mit der der herrliche Baumbestand beschädigt bezw. vernichtet wurde.

Wie wollen abwarten, ob man gegen die für den ungeheuren Schaden Verantwortlichen vorgehen wird oder nicht. Verurteilen wir es, wenn jemand sich an einem zur Verschönerung bestimmten Baum oder Strauch vergreift, so haben wir in diesem Falle erst recht alle Ursache zu verlangen, daß so etwas nicht ungepünkt bleibt. Hier stehen Allgemeininteressen auf dem Spiel, denen bloßer privater Gewinn weichen muß.

Oris.

Die letzte Gemeindevorstandssitzung beschäftigte sich im ersten Punkt mit dem Kassenericht des verfloffenen Jahres. Danach betragen die Einnahmen 2 200 165 M., die Ausgaben 2 232 455 M. Nach Abzahlung eines von der Gemeinde gegebenen Vorlaufs in Höhe von 88 418 M. bleibt ein Bestand von 54 128 M. Des weiteren lagen der Vertretung die zwischen dem Gemeindevorstand und den Vertretern der Stadt Rigdorf getroffenen Vereinbarungen, die Durchlegung eines zweiten Rigdorfer Druckrohrs durch Brieger Gebiet betreffend, vor. Rigdorf tritt danach den zur Verbreiterung der Rudowstraße notwendigen Geländestreifen vor dem Gemeindefriedhof unentgeltlich ab. Auch will Rigdorf zu den Kosten für die Regulierung des Bürgersteiges 2000 M. zahlen. Es verpflichtet sich ferner, eine besondere Vorflutleitung anzulegen, um die Regenwässer in der Rudow- sowie den einmündenden Nebenstraßen zwischen der Rigdorfer Grenze und dem Zeltowlana abzuführen. Den Wert dieser Zugeständnisse für die Gemeinde Brieg schätzt die Stadt Rigdorf auf 20 000 M. Sie will dann noch 20 000 M. zuzahlen, so daß Rigdorf für die Durchlegung eines Druckrohrs durch Brieger Gebiet eine einmalige Entschädigung von 40 000 M. gezahlt hätte. Von den Bürgerlichen wurde geltend gemacht, daß Rigdorf mit der unentgeltlichen Abtretung des genannten Geländestreifens nicht mehr getan

hat, als was jeder andere Bräuer Grundbesitzer an der Rudowstraße angeht. Genosse Weniger stellte den Antrag, daß Rudow statt 20 000 M., 30 000 M. zahlen soll; er wies darauf hin, daß Rudow, obgleich es bezüglich der Erhaltung der Schulunterhaltungskosten gegen Berlin ein obliegendes Urteil erstritten hat, dennoch Brüg mit seinen Ansprüchen an die Gerichte verwiesen hat. Redner bezeichnete es als wünschenswert, alle Streitfragen auf dem Wege gültiger Vereinbarung zu regeln und betonte die Notwendigkeit von Zweckverbänden, wodurch alle Unkosten gemeinsam getragen würden.

Lichtenberg.
„Die Polizei als Agitator für den Metallarbeiter-Verband“ lautete das Thema, über welches Genosse Düweck in einer imposanten Versammlung im „Schwarzen Adler“ referierte. Sowohl das Referat, wie die sich daran anschließende Diskussion gestaltete sich zu einer scharfen Beurteilung der gegen die Arbeiterorganisation angewandten Polizeivollmacht. Sämtliche Redner forderten zur unermüdbaren Agitation für Organisation und Presse auf. Fräulein Reinhardt ermahnte die anwesenden Frauen und Mädchen, sich den Bildungsvereinen anzuschließen. Mit einem Mahnwort des Vorsitzenden, in dem die Versammlung beherrschenden Geist weiter zu arbeiten, erreichte die Versammlung ihr Ende.

Friedrichsfelde.
Die hiesige Fortbildungsschule hat es einem Teil der hiesigen Handwerksmeister angetan. Wiederholt hat man seinen Unwillen gegen diese Einrichtung öffentlich zum Ausdruck gebracht; so auch verschiedene Male in der Gemeindevorstandssitzung. Einige Herren sagten offenherzig: Was wir von der Fortbildungsschule erhofft haben, ist nicht eingetreten; die jungen Leute sind heute noch ebenso unbotmäßig wie vormals. Das Kuratorium der Fortbildungsschule hatte sich in jeder Sitzung mit Beschwerden und Verweigerungsgesuchen zu befassen. Bis März d. J. dauerte die Unterrichtszeit von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends. Als Berlin die Pflichtfortbildungsschule einrichtete, wurden die Schulkunden von 6 bis 8 Uhr abends festgesetzt. War die frühere Unterrichtszeit vielen Lehrherren unangenehm, so die jetzige erst recht. Als nun im vorigen Jahr das Kuratorium für die Schüler des letzten Schuljahres pro Woche je eine Stunde Gefesekunde und Buchführung einführte und dadurch ein Schulabend mehr nötig wurde, kamte der Unwille der Lehrherren keine Grenzen mehr. In einer gemeinsamen Eingabe forderten sie, daß der vierte Unterrichtsabend fortfallen solle. Die Antragsteller, in der Mehrzahl hiesige Tischlermeister, führten in ihrer Begründung an, daß es nicht mehr möglich sei, den Lehrlingen das richtige Maß für ihr Handwerk beizubringen, da die Fortbildungsschule an den vier Abenden zu viel Zeit wegnähme; im übrigen sei der Lehrherr für die Ausbildung verantwortlich, nicht der Lehrer. Als Beispiele der Begründung dienten u. a. folgende: „Der Drechslermeister M. ist in Meisdorf, um mit Hilfe seines Lehrlings Treppengeländer aufzustellen. Der Lehrling muß, da er um 6 Uhr Schule hat, um 4 Uhr (1/2) die Arbeit verlassen. Der Meister konnte allein nichts beginnen, mußte also auch nach Hause gehen.“ — „Dah aber auch Mithgefühle für das leibliche Wohl“ dem Antrag zu Grunde lag, geht aus einem anderen Beispiel hervor: „Der Lehrling des Schlossermeisters W. wohnt in Rudow, bei seinen Eltern, wofelbst er auch ißt und schläft. Da er mittags kein warmes Essen bekommt, vielmals abends aber zur Schule muß kann er an diesen vier Abenden kein warmes Essen, das einzige tagsüber, erst um 9 Uhr zu sich nehmen.“ — Es erübrigt sich, diesen scheinbaren Besorgnissen etwas hinzuzufügen. Die Begründungen zeigten nur, wie bildungsfeindlich diese Kräfte sind, wenn ihr Profit um etwas geschmälert wird.

Wiesdorf.
Eine folgenschwere Brannenreparatur unternahm am Sonntag früh auf der Wiesdorfer Kolonie der Bäckermeister Wehrauch. Derselbe besitzt in Straße 17 ein Grundstück und liegt in den Brannen schacht. Raum war er hineingestiegen, so hörte man schon ein Stöhnen. Auf Anrufen der Bekannten erfolgte keine Antwort. Man nahm nun bestimmt an, daß Herr Wehrauch durch Sticlust betäubt worden ist. Die Angehörigen versuchten ihn nun hochzuziehen, wobei der Kermel seines Jacketts zerriß und er zwei Meter tiefer in den Brannen stürzte. Inzwischen war auch die Wiesdorfer Feuerwehr erschienen. Ein Feuerwehrmann kletterte hinauf, um den Verunglückten herauszuholen; kaum war er unten, als auch er keinen Laut mehr von sich gab. Man zog ihn an die Oberfläche und fand ihn in ganz bewußtlosem Zustande wieder. Erst einem zweiten Feuerwehrmann gelang es, den Verunglückten zu fassen; beide wurden schnell hochgezogen. Aber auch dieser brach, als er mit dem Verunglückten an der Oberfläche war, bewußtlos zusammen. Nach vieler Mühe der Samariter gelang es, den leblosen Eigentümer Wehrauch wieder zum Bewußtsein zu bringen. Auch die beiden Feuerwehrleute erholten sich wieder und wurden somit drei Menschenleben vor dem Tode gerettet.

Friedersdorf (Kreis Teltow-Beeskow).
Aufgeklagt wurde eine für Sonntagmorgens einberufene Volksversammlung, in der Genosse Hans Weber-Berlin über „Die Forderungen der Sozialdemokratie“ sprechen wollte. Die Versammlung war am Donnerstag ordnungsgemäß durch eingetribenen Brief bei dem Amtsvorsteher, Fortkmeister Gedert, angemeldet worden. Das Erscheinen zweier Sendarmen spricht dafür, daß der Amtsvorsteher diesen Brief auch erhalten hat. Unverständlich ist es daher, daß die Auflösung erfolgte, weil keine Versammlung über die Anmeldung vorlag. Wir nehmen natürlich nicht an, daß der Amtsvorsteher den Sendarmen die Weisung zur Auflösung gegeben hat, da diese Weisung sich als Amtsmißbrauch, wie das Obertribunal in einem früheren Falle entschieden hat, darstellen würde. Jedoch meinen wir, daß bei den engen Beziehungen zwischen Amtsgewalt und Sendarmen die letztere leicht von der ordnungsmäßigen Anmeldung unterrichtet werden konnte. Wegen die ungesetzliche Auflösung der Versammlung wird Beschwerde eingelegt.

Spandau.
Die Stadtverordnetenversammlung am Freitag war von der sozialdemokratischen Fraktion wegen der Verdringung des Genossen Paul Schwaizer nur schwach besucht. Ehe die Versammlung in die Beratung der nicht allzu umfangreichen Tagesordnung eintrat, fand es der konservative Stadtverordnete Rechtsanwalt Justizrat Dr. Baumert für angemessen, sich von einem in der letzten Sitzung ihm gemachten Vorwurf, er habe die Stellung eines Antrages bezüglich der landtagsmännlichen Beibehaltung des Madelandes persönliche Interessen verfolgt, zu reinigen. Ob ihm diese Reinigung vollständig gelang, darüber kann man geteilter Meinung sein.
Bei Beratung der Magistratsvorlage, die 14. Jahresversammlung des Verbandes deutscher Elektrotechniker am 24., 25., 26. und 27. Mai zu Stuttgart durch den Betriebsleiter und zwei Deputationsmitglieder zu beschiden, vertreten die Genossen Schmidt I und Pieck den Standpunkt, daß sie eine Beschikung durch Deputationsmitglieder nicht für erforderlich erachten. Die hohen Reisekosten ständen in keinem Verhältnis zu den Vorteilen, welche Laien von dem Besuch einer solchen Versammlung haben. Sie beantragten deshalb, daß nur der Betriebsleiter abgeordnet werde. Die Versammlung zeigte sich in ihrer Mehrheit jedoch reisefreudig und stimmte der Magistratsvorlage zu.
Ein zweiter Antrag zur Ordnung für die Erhebung einer Gemeindefeuer beim Erwerb von Grundstücken wurde von der Mehrheit der Versammlung zur weiteren Beratung an die betreffende Kommission zurückverwiesen. Die Herren Spekulanten scheinen versuchen zu wollen, in diesen Antrag noch günstigere Bedingungen für sie hineinzubringen.
Die nunmehr folgende Vorlage: „Genehmigung von 6000 M. zur Annahme eines königlichen Regierungsbaumeisters“, sollte nach einem Antrag des Berichterstatters, Stadtverordneten Wender, erst am Schluß der öffentlichen Tagesordnung beraten werden, um, falls Personenfragen dabei besprochen werden, diese in geheimer Sitzung vornehmen zu können. Genosse Pieck wandte sich ganz energisch gegen diesen Antrag, indem er den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion dahin vertrat, daß alles in breiter Öffentlichkeit verhandelt werde. Die Versammlung stimmte jedoch in

ihrer Mehrheit dem Antrage des Berichterstatters zu. Diese Vorlage zeitigte dann eine sehr ausgedehnte Debatte, in welcher namentlich der Dauerredner der Versammlung, Justizrat Dr. Baumert in endlosen Wiederholungen immer ein und dasselbe sagte. Wenn einer unserer Genossen sich erlauben würde, die Versammlung mit einem solchen Redeschwall zu traktieren, die Mehrheit würde sicher durch laute Schlußrufe dagegen protestieren. Von diesem Herrn läßt man sich's aber ruhig gefallen, man belächelt höchstens, wenn es zu viel wird, den Sitzungsfaal. Bei der Vorlage selbst handelt es sich um folgendes: Der Magistrat will, daß dem einzustellenden Regierungsbaumeister die Vertretung des Stadtbaurats übertragen werde, mit der Aussicht, bei einer Reorganisation der Bauverwaltung Mitglied des Magistrats zu werden. Der Berichterstatter und die Mehrheit der bürgerlichen Stadtverordneten wollen dagegen, daß erstens ein Regierungsbaumeister für den Hofbau und außerdem noch ein solcher als selbständiger Magistratsbezerrner angestellt werde. Genosse Pieck wies darauf hin, daß diesmal die Rollen vertauscht seien; während der Magistrat nur einen Beamten verlangt, will die Versammlung zwei Beamte haben. Er empfiehlt die Annahme der Magistratsvorlage. Die Versammlung entscheidet sich schließlich dahin, die Vorlage zur nochmaligen Vorberatung an eine gemischte Kommission zu verweisen.
Die übrigen Nummern der Tagesordnung waren von geringerer Bedeutung und wurden meist debattelos erledigt.

Gerichts-Zeitung.

Museumsdirektor Geheimer Hofrat Professor Dr. Meyer (Dresden) aus dem Dienst entlassen.
Bezeichnend für Mängel in der sächsischen Verwaltung war das am Sonnabend zu Ende geführte Disziplinarverfahren gegen den seit 1904 vom Amte suspendierten Direktor des Dresdener königlichen zoologischen, anthropologischen und ethnographischen Museums Geheimen Hofrat Dr. Meyer. 30 Jahre lang war Meyer Staatsbeamter. Er hat eigene Werke dem Museum veräußert, als Verkäufer aber andere Personen bezeichnet und durch „Belege“ beurkundet. Etwa 5000 Mark sind in seine Taschen allein für Werke geflossen, die ihm von Schriftstellern geschenkt waren und die er dann so an die Bibliothek „verkaufte“. Ferner verwendete er unter anderem 1000 Mark, die ein Hamburger Museum für ein Skelett an das Dresdener sendete, für sich und so weiter. Von Museumslieferanten hat M. Provisionen in Höhe von vielen tausend Mark bezogen, ferner ließ sich der Geheimrat Reberse über 10 Proz. und noch mehr vom Bezugspreise der gelieferten Gegenstände ausstellen und verbrauchte als Requisition dafür, die betreffenden Firmen zu empfehlen. Einmal hat er einer Firma, die Schwierigkeiten bei der Provisionsauszahlung machte, gedroht, sie aus dem Museums-kataloge zu streichen. Die vorliegenden Fälle führten am Sonnabend zur Verhängung des auf Dienstentlassung lautenden Erkenntnisses erster Instanz. Schwer gravierend muß der Sachverhalt für den Beamten und für den Mangel an ausreichender Kontrolle bei den höchsten Staatsinstanzen gewesen sein. Anders läßt sich schwer erklären, weshalb der Dresdener Disziplinarhof die Öffentlichkeit bei den Verhandlungen und bei der Urteilsbegründung ausschloß. Dieser Ausschluß verhindert auch, zu erkennen, weshalb gegen die hohe Staatsbürokratie rechtliche Anklage bislang nicht erhoben ist.

Pressfreiheit und Veröffentlichung ausländischer Lotterien.
Nach § 6 des preussischen Lotteriegesezes wird mit Geldstrafe bis zu 50 Mark bestraft, wer Gewinnergebnisse von in Preußen nicht zugelassenen Lotterien in einer in Preußen erscheinenden Zeitung veröffentlicht oder durch öffentliches Auslegen, Aufstellen oder Aushängen bekannt gibt. Die „Lotterietopst“, eine zweimal im Monat erscheinende Zeitschrift, hatte in der Nummer vom 10. August 1906 in einer Notiz mitgeteilt, auf welche Nummer der Hauptgewinn der großen Pariser Prehlotterie gefallen sei und wer ihn erhalten habe. Nur dieser eine Gewinn war mitgeteilt worden. Gleichwohl wurde der Redakteur des Blattes auf Grund des § 6 des preussischen Lotteriegesezes angeklagt. Das Landgericht Berlin I sprach ihn frei, weil der § 6 auf seinen Fall nicht zu treffe. Das Kammergericht hob das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Der § 6 des preussischen Gesezes sei rechtdgültig. Er verstoße nicht gegen § 1 des Reichspressgesezes, der vorschreibt: „Die Freiheit der Presse unterliegt nur denjenigen Beschränkungen, welche durch das gegenwärtige Gesez vorgeschrieben oder zugelassen sind.“
Es würden nicht der Presse besondere Beschränkungen auferlegt, sondern, was jedermann verboden sei, werde auch der Presse verboten. Es genüge ferner zur Anwendung des § 6 schon die Mitteilung eines einzelnen Gewinnergebnisses. Wie die Motive ergäben, habe auch das verboten werden sollen.
Die Auslegung des Reichspressgesezes durch das Kammergericht widerspricht dem klaren Wortlaut des Gesezes. Das preussische Gesez legt der Presse die Beschränkung auf, über den Ausfall einer nichtpreussischen Lotterie Mitteilungen zu bringen. Das ist ein offenkundiger Widerspruch zum Reichsgesez. Das Verbot des § 6 des preussischen Gesezes beruht auf dem rein fiskalischen und wenig moralischen Bestreben des preussischen Dreiklassen-Gesezgebers, das Bestreben des preussischen Staates zu erleichtern, Steuern von denen die nicht alle werden, aus der Hoffnung, zu gewinnen, herauszuschlagen. Mit anderen Worten: es stellt das Verbot, ausländische Gewinnlisten zu publizieren, einen preussisch-gesezlich privilegierten unlauteren Wettbewerb zugunsten der preussischen Rieterverkäufer dar. So wenig öffentliches Interesse auch die Gewinnlisten der ausländischen Lotterien nach unserer Ansicht haben, ihre Veröffentlichung zu unterzagen ist einem Partikularstaats nach dem Reichspressgesez ebenso wenig gestattet, wie etwa ein preussisches Verbot, mitzuteilen, wie viel billiger die Nahrungsmittel in zollfreien Ländern sind als in Deutschland. Das Kammergerichtliche Bestreben, die schon so geringe Pressfreiheit in Deutschland noch mehr zu verkleinern, muß als ein verfassungswidriger Eingriff in die Reichskompetenz bekämpft werden.

Formalien bei Polizeiverordnungen zum Arbeiterschutz.
Die Bremsbahn in einem Steinbruch war zur Beförderung von Menschen benutzt worden, entgegen einem Verbot der Polizeiverordnung vom 1. März 1901, welche für den Regierungsbezirk Köln erlassen ist. Der Geschäftsführer Lenz von der Steinbruchgesellschaft wurde dafür verantwortlich gemacht und vom Landgericht Köln in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Kammergericht hob das Urteil am Donnerstag auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung an das Landgericht zurück. Zur Begründung wurde ausgeführt: Es komme hier der § 120e der Gewerbeordnung in Betracht, da es sich um Maßnahmen zur Durchführung von Grundfragen im Sinne der Arbeiterschutzbestimmungen der §§ 120a bis 120c der Gewerbeordnung handele. § 120e schreibe aber vor, daß vor dem Erlaß solcher Anordnungen und Polizeiverordnungen den Vorständen der beteiligten Berufsgenossenschaften oder Berufsgenossenschaftssektionen Gelegenheit zu einer gutachtlichen Äußerung zu geben sei. Diese Bestimmung sei zwingender Natur. Die Polizeiverordnung, die an sich vom Regierungspräsidenten hätte erlassen werden können, wäre darum nur gültig, wenn jene Anhörung der Berufsgenossenschaft erfolgt wäre und das aus dem Wortlaut der Verordnung selber hervorginge. Da dies nicht der Fall sei, so wäre die Verordnung ungültig. Dasselbe treffe auf ihre Vorgängerin, die Verordnung vom Jahre 1898, zu, nicht aber auf eine daselbst Gebiet betreffende Verordnung von 1882, da damals die fraglichen Bestimmungen der Gewerbeordnung noch nicht in Kraft gewesen wären. Die Verordnung von 1882 bestche noch zu Recht, wenn sie auch durch die spätere Verordnung ersetzt werden sollte, denn eine gültige Polizeiverordnung könne nicht durch eine ungültige, die zu ihrem Erlaß bestimmt sei, aufgehoben werden. Auf die Verordnung von 1882 müsse jetzt das Landgericht zurückgreifen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 34. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Das Heft hat folgenden Inhalt: Die russische Duma. Von K. K. — Mary' Kritik Ricardos. Von Gustav Götze. — Die beiden Tendenzen in Holland und der Vortellag zu West. Von J. van der Goe. — Arbeiterbildung. Von Heinrich Schulz (Schluß). — Literarische Rundschau: Gustav Strauß-Grammann, Geschichte des österrreichischen Unterrichtsweesen. Von Ph. Dr. Markus Gittinger, Die Kartelle in Oesterreich. Von Hans Schulmann.
Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.
Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktstellen-Direktion. Rindfleisch Ia 62-66 pr. 100 Pfund, IIa 51-52, IIIa 49-52, IVa 40-42, engl. Bullen 0,00, dan. Bullen 0,00, holl. Bullen 0,00. Kalbfleisch, Doppelkinder 105-120, Ia 82-92, IIa 68-80, IIIa 54-66. Hammelfleisch Ia 60-70, IIa 54-60, Schweinefleisch 56-62. Kaninchen 0,30-0,75. Hühner, alte, Stück 1,40-2,10, junge, per Stück 0,75-0,90. Tauben, junge 0,36-0,50, alte 0,44. Enten, prima, per Stück 1,75-1,80, Hamburger per Stück 2,25 bis 3,40. Gänse, junge, per Pfd. 0,88-0,95, per Stück 4,50-6,00. Gedahte 71-100. Schlei 81-84. Heise 0,00, matt 0,00. Kälse, groß 100-104, mittel 97-108, klein 67, untl. 70-90. Wäpchen 0,00. Fäudern, pommt I, d. Schod 3,00-7,00. Heiser, Ellege Ia 4-6, da. mittel, per Riste 2-4, da. klein, per Riste 0,00. Wädlinge, holl. per Ball 0,00. Heiser 1-2,50. Strauß 3,00-3,50. Kälse, groß, p. Pfd. 1,10-1,30, mittel 0,80-0,90, kl. 0,50 bis 0,60. Sprossen, Heiser, 2 Ball 0,00. Gb. per Riste 0,00. Erdbeeren, 1902er, per Kist 76,00, 1904er 74,00, 1905er 70,00. Schottische Vögelringe 1905 0,00, large 40-44, full 36-38, med. 33-35, deutsche 37-44. Deringe, neue Kälse, per 1/2, To. 60-120. Hummern, Ia, 100 Pfd. 0,00. Krebse, per Schod, große 0,00-0,00, mittelgroß 14-19, kleine 0,00-0,00, unfortiert 14-19. Eier, Kanb., per Schod 3,00-3,25, hühne 0,00-0,00. Butter per 100 Pfund, Ia 114-118, IIa 110-113, IIIa 106-108, abfallende 103-105. Saure Gurken, Schod 3,50-4 M., Pfeffergurken 3,50-4 M. Kartoffeln per 100 Pfd. magn. bon. 2,10-2,35, rote Daberische 2,00-2,30, runde weiße 1,80-2,00. Wirsingboh, holl., per Schod 0,00. Weizkohl, dan., per Schod 0,00-0,00. Rotkohl, holl., per Schod 0,00. Grünkohl, per 100 Pfd. 0,00. Rüben, weiße 0,00, Zeltower 0,00. Rospiraben, per Schod 0,00.

Witterungsübersicht vom 21. Mai 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Windstärke	Temper. in C. d. G. u. N.	Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Windstärke	Temper. in C. d. G. u. N.	
Stolmsdorf	764,00	4	bedekt	8	Haparanda	744,00	SE	2	Regen	4
Hamburg	764,00	3	bedekt	9	Petersburg	752,00	SE	2	Regen	18
Berlin	763,00	2	bedekt	14	Seitz	761,00	SE	2	Regen	9
Frankfurt	763,00	2	bedekt	11	Wien	763,00	SE	2	Regen	6
München	754,00	3	bedekt	6	Paris	752,00	SE	2	Regen	8
Wien	754,00	3	Regen	8						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 22. Mai 1906.
Hiemlich kühl, vorherrschend wollig mit leichten Regenschauern und mäßigen nördlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Arbeiter-Raucher-Bund
Berlins und Umgegend.
Nachruf.
Hiermit zur Nachricht, daß unser Bundesmitglied
Friedrich Müller
aus Altd. „Regalia“ verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Am 19. Mai cr. verstarb mein guter Mann, der Vater
Franz Schroedter
nach langem, schwerem Leiden an der Proletarierkrankheit.
Wwe. Schroedter
geb. Lehmann.
Die Beerdigung findet heute Dienstagmorgens 9 1/2 Uhr vor der Leichengasse des Schmargendorfer Gemeindefriedhofes (Mitte Schmargendorf) aus statt.

Am 19. Mai, abends 9 1/2 Uhr, entfiel nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann und guter Vater
Richard Bartlewski
im 46. Lebensjahre.
Dies zeigen betrübt an
Die Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 24. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichengasse des Simeons-Kirchhofes aus statt.

Dankjagung.
Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unseiner guten Schwesler und Schwägerin
Pelagia Kicinski
agen mir allen Bekannten, insbesondere dem Verein gemeinnütziger Frauen und Mädchen, den Kollegen der Rahmenfabrik Gebr. Röhlisch und den Mitgliedern des Stafflubs „Grand“, unseeren herzlichsten Dank.
Th. Bernards, Jakubowski und Frau.
Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Gustav Hanau** sage ich allen Bekannten sowie den Formern der Firma Köster u. Kühnemann, Eidel u. Bachmann meinen herzlichsten Dank.
Die trauernde Witwe Frida Hanau.
1906

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.
Kranz- und Blumenbilder
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Str. 2.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.
Dr. med. Ad. Schlesinger,
pr. Naturarzt und

Magnetopath
wohnt jetzt 29619/9*
Belle-Alliance-Str. 5
nahe Hallesches Tor (Spr. 11-2, 5-7)
Telephon Amt 6a, 14914.
Mitglied des Vereins der freigewählten Kassenärzte.

Das beste Mittel
gegen die Wotten ist unbedingt Reichel's Aromat. Spezial-Wottenpulver, es treibt jede Wotte aus, löst die Waben und ist von dauernder Wirksamkeit, das einzige, das selbst schon von Wotten befallene Sachen vor weiterer Verdringung schützt. Einfachste Anwendung. In Kartons a 50 Pf., 1,00, 2,00, 3,00, nur echt und garantiert mit Marke „Tot u. Teufel“.
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.
Telephon-Nummer IV. 646, 3190, 4562.

Rester-Geschäft
des S.-O. von **Wilhelm Mühlbach**
empfiehlt zur Frühjahrssaison Reste zu Damen- und Kindermänteln sowie für Herren- und Frauen-Konfektion zu anerkannt billigen Preisen.
Größte Auswahl in fertiger Konfektion.
10 Oppelnerstr. 10

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuester Katalog m. Empfehlung viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstraße 110.
Achtung!!!
St. Felix-Brasil
hochfeine gestreckte Blätter Cruz das Almas ff. schmeckend und brennend per Pfund 1,10 M.
Hamburger Rohtabak-Haus.
Filiale Berlin N., Brunnenstr. 190.
Bestes Zigaretten-Geschäft
Kein Laden. Brennabor
Räder. Günstigste Bedingungen.
Louis Barth, Brückenstr. 10a pt.

